Draghi im Zwielicht S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

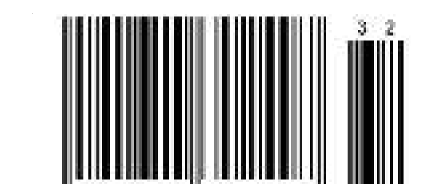
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 32 – 11. August 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Euro-Krise als Chance: Verfolgt Jürgen Trittin Deutschlands möglichen Ruin gar mit Genugtuung?

Bild: pa

»Deutschland? Nie wieder!«

Euro-Krise hilft Grünen-Politiker Jürgen Trittin bei Verwirklichung seines Traums

Mancher mag sich darüber wundern, warum Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin für die Vergemeinschaftung der Schulden im Euro-Raum ist. Seine Biografie liefert die Antworten.

Mit äußerster Schärfe geißelt Grünen-Fraktionschef Trittin die angebliche „Blockade“ der Bundesregierung gegen die Vergemeinschaftung der Schulden aller Staaten und Banken des Euro-Raums. Dabei übertrifft er noch die ebenfalls harte Kritik der Sozialdemokraten.

Die Folgen einer solchen Politik sind Trittin klar: Bislang hat die Aussicht, dass andere für eigene Schulden geradestehen, nur dazu geführt, dass Regierungen und Banken nur umso ungestümer Risiken eingingen, Schulden machten und notwendige Reformen aufschoben. Er weiß: Wer Deutschland in immer abenteuerlichere Haftungssummen verstrickt, gefährdet dessen finanzielle und wirtschaftliche Existenz.

Was Trittin antreibt, ist nicht finanzpolitischer Irrtum, nicht Unkenntnis geldpolitischer Zusammenhänge, es ist sein tiefer Abscheu gegen Deutschland an sich. Schon die Grünen-Ikone Joschka Fischer war davon durchdrungen. Sein politisches Bekenntnisbuch von 1996 trägt bezeichnenderweise den Titel „Risiko Deutschland“. Wie behandelt ein verantwortungsbewusster Politiker „Risiken“? Er hegt sie ein, verringert sie und bringt sie schließlich zum Verschwinden.

Im Bundestagswahlkampf 1990 plakatierten die Grünen die Parole „Deutschland? Nie wieder!“ als angebliches Zitat von Marlene Dietrich. Die Diva empörte sich aus ihrem Pariser Domizil, so etwas habe sie nie gesagt, das sei ein „Anschlag auf meine Ehre“. Daraufhin zogen die Grünen das Plakat kleinlaut wieder ein. Die darin zum Ausdruck kommende Überzeugung blieb.

> Internationaler Völkerbrei als Ziel aller Bestrebungen

Als Außenminister (1998–2005) führte Joschka Fischer ein völlig neues Verständnis von Außenpolitik ein. Klassischerweise gehen Regierungen internationale Bündnisse ein, um dem Wohl ihrer Länder zu dienen: Das Land ist der Zweck, das Bündnis das Instrument.

Fischer stellte dies auf den Kopf: Deutschland hatte sein Gewicht einzusetzen, um seiner Idee von „Welt-Innenpolitik“, von „global gouvernance“ dienlich zu sein. Nur darin lag in den Augen Fischers Deutschlands internationale Daseinsberechtigung: Das Land wurde zum Instrument, die internationalen Bündnisse zum Zweck.

Ist der Zweck fast erreicht, darf das Instrument ruhig verbraucht werden. Trittin wähnt sich und uns ganz nah am Ziel: das Verschwinden Deutschlands in einem internationalen Völkerbrei ohne nationale Souveränitäten. Daher kann er nun aufs Ganze gehen und die komplette Finanzkraft Deutschlands in seinem finalen Kampf verbrennen. Er würde dieses Verschwinden aus seiner Deutschfeindlichkeit heraus mit großer Genugtuung verfolgen. Seine Wählerschaft indes dürfte sich wundern, welche Folgen dieses Verschwinden für ihr eigenes Leben hätte. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verlogen

Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, SPD und Linke wünschen sich mehr „sozialen Patriotismus“. Patriotismus ist die begeisterte Liebe zum Vaterland, also genau das, was gerade aus dieser politischen Richtung immer wieder als Nationalismus oder gar Rechtsextremismus verunglimpft wird. Eigentlich ist Patriotismus also etwas Positives. Die Forderung nach „sozialem Patriotismus“ hat jedoch nichts Positives. Denn sie ist gleich in mehrfacher Hinsicht verlogen. Sie ist verlogen, weil sich dahinter tatsächlich Pläne zu Vermögensabgaben und Zwangsanleihen verbergen. Sie ist verlogen, weil verschwiegen wird, dass es nicht nur den Reichen, sondern auch den Durchschnittsverdienern ans Vermögen gehen soll. Und sie ist verlogen, weil das Geld, das den Bessergestellten genommen werden soll, nicht, wie behauptet, den Bedürftigen im Lande zugutekommen, sondern gleich in die Euro-Pleitestaaten weitergereicht werden würde.

Der Staat hat sich in vielen Bereichen aus der Daseinsvorsorge zurückgezogen. Längst sind gemeinnützige Vereinigungen in seine Pflichten eingetreten. Sie sind es, die sich um Bedürftige kümmern und unsere soziale Gesellschaft am Leben halten. Das funktioniert nur durch die Spendenbereitschaft und das Engagement der Ehrenamtlichen. Aber wie lange noch? Die Abgabenlast ist so hoch wie nie. Ohne, dass es jemand mitkriegt, werden die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten weiter eingeschränkt. Wem immer mehr genommen wird, der wird irgendwann nicht mehr bereit sein, auch noch freiwillig etwas zu geben. Das sollten diejenigen bedenken, die von „sozialem Patriotismus“ reden, aber Vermögenszwangsabgaben meinen.

Enteignungen offenbar voll im Trend

USA: Bankrotte Kommune sucht nach Wegen zur Entschuldung – Es geht um Milliarden

Trotz bereits erfolgten Schuldenschnitts in Höhe von 107 Milliarden Euro fordert der Internationale Währungsfonds (IWF) einen erneuten Schuldenschnitt für Athen zulasten der anderen Euro-Staaten, sonst würde der IWF aus der Griechenland-Rettung aussteigen. Würde Griechenland seine Schulden gegenüber den Euro-Partnern überhaupt nicht mehr bedienen, würden rund 300 Milliarden Euro nicht zurückgezahlt werden.

Und während alle Welt ängstlich nach Athen und Brüssel blickt, zeichnet sich jenseits des Atlantischen Ozeans ein Schuldenschnitt ab, der, so er denn Realität werden würde, den griechischen noch übertreffen könnte. „Wertpapiere“ im Nennwert von 485 Milliarden Euro wären nämlich betroffen, wenn die derzeit im kalifornischen San Bernardino durchgerechnete Idee in den USA Schule machen würde. Das seinen Gläubigern mit der Insolvenz drohende San Bernardino ist nämlich vor allem in Zahlungsschwierigkeiten geraten, weil seine Haupteinnahmequelle, nämlich die Grundsteuer, weggebrochen ist. Da immer mehr Immobilienbesitzer ihr Haus verkaufen mussten, da sie die Kredite nicht mehr bedienen konnten, stehen die Gebäude leer. Viele Kredite sind zudem inzwischen höher als der Wert des Hauses, da dieser nach dem Platzen der Immobilienblase deutlich sank. Die Kredite dieser US-amerikanischen Hausbesitzer wurden vor Jahren in Anleihen verpackt von US-Banken an Investoren in der ganzen Welt weiterverkauft. Vor allem deutsche Kreditinstitute griffen gerne zu. San Bernardino überlegt nun, sein Recht zu nutzen, im Interesse der Allgemeinheit die Eigentümer dieser Anleihen zu enteignen und die Kredite unter Wert zurückzukaufen. Diese sollen dann dem tatsächlichen Wert der Immobilie angepasst werden und dann an Investoren weiterverkauft werden. Auf diese Weise würde die monatliche Belastung der Hausbesitzer gesenkt, sie könnten ihr Heim behalten und würden weiter Grundsteuer zahlen.

> Auch deutsche Banken wären betroffen

Kaum war die Idee geäußert, ging auch schon ein Protestbrief zahlreicher Banken und Investoren ein, die bei der Umsetzung des Planes enteignet würden. Sie warnen davor, dass derartige Interpretationen des US-Rechts, das eigentlich für den Fall der Enteignung von Land zugunsten des Straßenbaus gedacht ist, das Vertrauen zwischen Gläubiger und Kreditnehmer auf Dauer zerstören würde. Ob das fast bankrotte San Bernardino offene Ohren für derartige Appelle hat, wird sich zeigen. *Rebecca Bellano*

Stimmungsmache?

Monti behauptet, Rom subventioniere Berlin

Für großes Rätselraten unter den Finanzexperten sorgte dieser Tage ein Interview des italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti im „Spiegel“. So hatte der Italiener unter anderem behauptet, die Italiener, die derzeit rund sechs Prozent für neue Kredite am Kapitalmarkt zahlen müssen, würden auf diese Weise die niedrigen Zinsen von rund 1,5 Prozent, die die Deutschen auf Staatsanleihen zahlen müssen, „subventionieren“.

> Ministerpräsident zielt auf Zinssätze ab

Einige deuteten Montis Aussage so, dass nur dank der Kapitalflucht aus dem Süden Europas auch wegen Italiens hoher Staatsverschuldung in Höhe von 123 Prozent des Bruttoinlandsproduktes die Anleger bereit wären, sicheren Ländern zu geringeren Zinsen Geld zu leihen.

Andere unterstellten Monti schlicht Stimmungsmache und wiesen darauf hin, dass wenn einer die für den Bund niedrigen Zinsen „subventionieren“ würde, dann dieses der deutsche Sparer sei, schließlich seien es seine Sparbeiträge, die von Versicherungen und Banken in deutschen Staatspapieren angelegt und unter der Inflationsrate verzinst würden. *Bel*

Rückgabe nicht für Vertriebene

Das Oberste Gericht in Polen hat im Juli ein Urteil gefällt, mit dem die Eigentumsrechte deutscher Spätaussiedler gestärkt werden. Das Gericht bestätigte mit seinem Urteil die Entscheidung der Vorinstanz, die den Fall der deutschen Spätaussiedlerin Agnes Trawny verhandelt hatte und das ihr entzogene Eigentum – ein Haus in dem masurischen Ort Narthen im Kreis Ortelsburg – zusprach, das sie 1970 geerbt hatte. Bei ihrer Aussiedlung 1977 hatte sie ihre Eigentumsrechte nach damaligem polnischen Usus verloren. Polen hatte Deutsche nur dann ausreisen lassen, wenn sie schriftlich auf ihr Eigentum verzichteten. Die Immobilie fiel damals an den polnischen Staat. Der Fall hatte bereits 2011 Aufsehen erregt, weil Trawny gerichtlich durchsetzen konnte, dass die polnischen Bewohner des Hauses, die sich als Eigentümer betrachtet hatten, ausziehen mussten. Die jüngste Entscheidung gibt einem Teil der Spätaussiedler Anlass zur Hoffnung, ihr Eigentum zurückzuerhalten.

Das Gerichtsurteil bezieht allerdings nicht alle Spätaussiedler ein und gilt insbesondere nicht für Vertriebene. Das Warschauer Gericht beschränkte die Rückgabe auf deutschstämmige Erben, die zwischen 1956 und 1984 ausgewandert sind und zuvor die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Für Deutsche und deutsche Volkszugehörige gilt weiterhin das Dekret von 1946, wonach das deutsche Eigentum in staatlichen Besitz Polens übergegangen ist. Das Warschauer Gericht urteilte weiter, dass der Eigentumsverlust bei der Ausreise nach dem Gesetz von 1961 nur für die unmittelbare Kriegsgeneration gilt, nicht aber für deren Erben.

Obwohl Polen als EU-Mitglied nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handeln müsste, tut die polnische Regierung sich schwer damit, ein Restitutionsgesetz zu erlassen. Jüdische Opferverbände in den USA drängen Polen seit Jahren zu einer Entschädigungsregelung. Die Bundesregierung hingegen teilt die Position Polens. *MRK*

Die Schulden-Uhr: Schäuble spart

Erstmals seit 1995 sinkt 2013 der Rentenbeitrag wegen der guten Konjunktur unter 19 Prozent. Die Opposition sieht die Senkung als Geschenk zur Bundestagswahl 2013, doch wollte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hiermit wirklich das Wohlwollen der Wähler erlangen, würde er den Beitrag stärker senken. Theoretisch könnte er dies, die hohen Einnahmen der Rentenkasse ließen dies zu. Doch da der Bund zugleich nicht mehr die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Empfänger überweist und Schäuble den Steuerzuschuss bis 2016 um fast fünf Milliarden kürzt, muss die Rentenkasse dieses Minus selber ausgleichen. Noch profitiert sie davon, dass derzeit die personell eher schwachbesetzten Nachkriegsjahrgänge in Rente gehen. Ab 2020 wird es finanziell aber sehr eng, denn dann gehen die Vertreter der starken Geburtsjahrgänge 1955 bis 1965 in den Ruhestand. *Bel*

2.046.400.255.804 €

Vorwoche: 2.045.564.250.209 €
Verschuldung pro Kopf: 25.017 €
Vorwoche: 25.007 €

(Dienstag, 7. August 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Stunde der Technokraten

Innenministerium will Sicherheitsbehörden an die kurze Leine nehmen – In Hamburg bereits Realität

Die Auswechslung der kompletten Führungsspitze der Bundespolizei sorgt weiter für Unruhe. Kritiker vermuten, die Bundespolizei und andere Sicherheitsbehörden sollen jetzt durch die Einsetzung der Politik ergebener Beamter an die kurze Leine genommen werden.



Widerspruch unwahrscheinlich: Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD, l.) und der Hamburger Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch, ehemals Lehrer und treues SPD-Mitglied Bild: P. Guelland/dapd

Warum der Bundespolizeichef und seine beiden Stellvertreter in die Wüste geschickt wurden, wissen sie wohl bis heute nicht. Was an Kritik an ihrer Amtsführung aus dem Ministerium zu hören ist, kann getrost als der untaugliche Versuch, die unpopuläre Personalmaßnahme im Nachhinein zu rechtfertigen, verbucht werden. Fachliche Mängel dürften kaum dahinterstecken, denn alle drei gelten als hoch qualifiziert, erfahren und untadelig. An ihrer Stelle sollen jetzt als unbedingt loyal und durchsetzungsfähig geltende Beamte aus dem Haus von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die rund 40000 Bundespolizisten führen.

Kritiker argwöhnen, dass durch die Einsetzung der im Apparat des Innenministeriums verwurzelten Technokraten dessen Einfluss auf die Bundespolizei deutlich gestärkt werden soll. Dazu passen auch die bereits vollzogenen und geplanten Personalveränderungen an der Spitze anderer Sicherheitsorgane wie des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes (BKA). Das Vorgehen des Ministers lässt eine gewisse Systematik erkennen. Mit neuen, vertrauten Leuten an der Spitze lassen sich umstrittene Reformvorhaben wie die Fusion von Bundespolizei und BKA, vor noch gar nicht langer Zeit von Friedrich selbst vom Tisch gefegt und nun plötzlich wieder im Gespräch, reibungsloser durchführen. Denn Widerstand aus den Führungsetagen der betroffenen Behörden ist jetzt nicht mehr zu erwarten. Dass Reformen durchaus sinnvoll wären, wird im Grundsatz nicht einmal von Friedrichs Kritikern bestritten. Doch sein rücksichtsloses Bestreben, Stärke zu demonstrieren und als zentraler Akteur durch Einschränkung der Autonomie der Behörden mehr Macht und Kontrolle über den Sicherheitsapparat zu erlangen, führt zu Ablehnung und könnte sich letztendlich sogar als Schwäche des Ministers erweisen.

Qualifikation und Erfahrung spielen keine Rolle

Dass die Befürchtungen seiner Kritiker nicht unberechtigt sind, zeigt ein Blick nach Hamburg, wo sich in den vergangenen Monaten Ähnliches abgespielt hat. Es kommt selten vor, dass die konservative Deutsche Polizeigewerkschaft und ihr eher linkes Pendant, die Gewerkschaft der Polizei, einer Meinung sind. Doch als es Anfang des Jahres um die Ablösung des Hamburger Polizeipräsidenten Werner Jantosch ging, waren sie sich einig: „Unbegründet, inakzeptabel, politische Willkür, unwürdig". Ähnlich wie im Fall Seeger erfolgte die Versetzung in den Ruhestand ohne Vorwarnung und unter Umständen, die nicht nur der Betroffene selbst als entehrend empfunden hat.

Mit mehr als 40 Dienstjahren war Jantosch einer der erfahrensten und profiliertesten Hamburger Polizeibeamten. Er hat alle Ebenen der Polizei durchlaufen und kannte alle Facetten der praktischen Polizeiarbeit. Die Ernennung zum Polizeipräsidenten durch den CDU-Senat im Jahre 2004 krönte seine Laufbahn. Polizeiintern war er wegen seines straffen Führungsstils nicht immer unumstritten, fachlich jedoch stets anerkannt. Und seine Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen: Die Zahl der Straftaten sank während seiner Amtszeit von rund 270000 auf unter 230000. Den Regierungswechsel hin zur absoluten Mehrheit der SPD überstand der parteilose Spitzenbeamte zunächst unbeschadet. Doch dann plante Innensenator Michael Neumann, die Polizei so umzustrukturieren, dass seine Behörde den rund 10000 Beamte umfassenden Apparat noch fester in den Griff bekommt. Dabei waren Jantosch und andere bewährte Führungskräfte im Wege und zum Abschuss freigegeben.

Verfolgung politischer Ziele auch gegen fachliche Vernunft

Sein Nachfolger wurde Wolfgang Kopitzsch, ein studierter Historiker mit Lehramtsexamen ohne jede Erfahrung in der operativen Polizeiarbeit, dafür aber mit SPD-Parteibuch. Seit 1979 unterrichtete er Gesellschaftswissenschaften und Deutsch an der Landespolizeischule, bevor der Nicht-Polizist 2007 deren Leiter wurde. Von dort wechselte er zwei Jahre später auf den Stuhl des Bezirksamtsleiters Hamburg-Nord. Alles in allem also keine Laufbahn, die ihn für die Polizeispitze qualifiziert. Aber er ist ein seinem Parteichef und Bürgermeister Olaf Scholz treu ergebener Genosse, der alle politischen Vorgaben konsequent umsetzt. Dass ihrem praxisfernen Chef keinerlei Stallgeruch anhaftet, sieht ihm die Basis noch nach, dass er aber den fachlichen Dialog mit ihr verweigert, dagegen nicht. Doch das ficht weder ihn noch den Innensenator an. Kopitzsch bietet den neuen Herren im Rathaus die Garantie dafür, dass ihre Pläne gegen alle Widerstände in der Polizei durchgesetzt werden.

Was bei der Hamburger Polizei bereits Realität ist, könnte jetzt auch auf die Bundespolizei zukommen. *Jan Heitmann*

Drogendrehkreuz Warschau

Es fehlt Zeit und Geld für umfassende Kontrollen

Ferienzeit ist in Polen traditionell Hochkonjunktur für Drogenkuriere. Durch das Transitland Polen ziehen Ströme von Touristen, die von Brasilien bis Weißrussland reisen und nicht selten verbotene Substanzen mit sich führen. Derzeitige Modedroge ist Khat („Catha edulis" oder „Abessinischer Tee"), eine euphorisierende Pflanze, deren profitabler Anbau in Ostafrika Kulturen wie Gemüse oder Kaffee verdrängt.

Lückenlose Kontrollen würden zu „wochenlangen Wartezeiten bei der Einreise" führen, wissen erfahrene polnische Zöllner und Polizisten, die sich auf Stichproben und Drogenhunde verlassen. Allein auf Warschaus Flughafen „Okecie" werden alljährlich Dutzende Kilo Drogen entdeckt und „2012 könnte ein Rekordjahr werden", wie es ahnungsvoll heißt. Hinzu kommen andere Flughäfen, Bahnhöfe, internationale Fernstraßen, Postverkehr und sonstige Drogenwege.

Diese Internationalität unterscheidet die aktuelle Drogenszene von ihrer Vorgängerin zu kommunistischer Zeit, die rein „national" war. 1968 kam sie auf, 1980 diskutierten Polizei und Psychiater darüber, ob in Polen 30000, 200000 oder 600000 Junkies lebten. Auslandskontakte hatten sie nicht, klassische Drogen fehlten, gegen die Beschaffungskriminalität war die Polizei machtlos. Jeder Abhängige war sein eigener Produzent. Eigenbaudrogen („Danziger Heroin", „Kompott") waren hochgefährlich, wie 160 und mehr Drogentote im Jahr zeigten. Dagegen stritt der Psychotherapeut Marek Kotanski (1942–2002) seit 1974 mit aggressiven Schriften und seinen Heimen „Monar", in denen Süchtige in klösterlicher Strenge entwöhnt wurden. Und Kotanskis Erfolgsmethoden werden weiter benötigt, sichtbar an heute 157 „Monar"-Zentren.

Kuriere per Gewinnspiel rekrutiert

Seit August 2010 ist in Polen Drogenbesitz zum persönlichen Gebrauch straffrei. Übermäßiger Drogenbesitz charakterisiert fortan therapierbare Abhängige oder strafwürdige Dealer. Letzteren haben Zoll und Polizei den Kampf angesagt, zumal sie ihre Tricks kennen, etwa massenhafte Briefsendungen aus China, mit denen Grundstoffe für Amphetamine eintreffen, oder Drogenverstecke in der Kleidung, im Auto, Gepäck.

Experten wie Dariusz Loranty und Zbigniew Wroblewski kennen die spezifische Tragik der Drogenkuriere. Drogenbosse aus Somalia und anderen Ländern haben es auf unerfahrene junge Touristen aus Tschechien oder Bulgarien abgesehen. Besonders beliebte Opfer sind Landsleute, etwa von den 600000 Polen in England, deren Reisekasse vorzeitig geleert ist und die nun gern als gut besoldete Kuriere dienen. 2004 rekrutierte man sie per Preisausschreiben und schickte sie nach Lateinamerika, wo sie strandeten und erst gegen Mitnahme von Drogen die Rückreise bezahlt bekamen. Daheim gerieten sie oft an erfahrene Drogenfahnder, die ihre hilflosen Ausreden als „rzniecie glupa" (Dummstellen) abtun.

Unlängst fanden Zöllner bei einer Bulgarin Kokain im Marktwert von 100000 Euro. Wäre sie durchgekommen, hätte sie ihren Dealern ein „doskonaly interes" beschert, einen „vollkommenen Reibach". Die Kehrseite kannte schon Marek Kotanski: Das „jugendliche Image" jeder Drogenszene rührt daher, dass Süchtige selten älter als 30 Jahre werden. *Wolf Oschlies*

Schallende Ohrfeige

Slowenien muss »Ausgelöschte« entschädigen

Slowenien, derzeit von seiner Bonität her laut Ratingagenturen zwei Stufen über dem „Ramsch"-Status, hat am 26. Juni auch noch eine „samar" (Ohrfeige) erhalten, die ihm am 26. Juni das Europäische Gericht für Menschenrechte in Straßburg wegen Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verabreichte. 500 Millionen Euro Entschädigung soll es an 31031 Serben, Bosnier und andere zahlen, die am 26. Februar 1992 aus slowenischen Bürgerlisten „ausgelöscht" wurden. Sie, zumeist ethnische Serben, wollten keine Slowenen sein, also vertrieb man sie unter Wegnahme von Rentenanspruch, Ersparnissen und Wohnung aus dem Land. Jetzt herrscht dort Entsetzen. Janez Jansa, seit Januar Premier Sloweniens, leistete einen halben Offenbarungseid: „Wir haben kein Geld für dringendste Nöte, bis 2014 können wir nicht zahlen."

Seit fünf Wochen sucht Laibach [Ljubljana] fieberhaft Auswege. Doch der Europaabgeordnete Jelko Kacin warnt: „Am Gerichtsurteil ist nichts zu deuteln, es muss sofort erfüllt werden!" Zumal Europa Erfahrungen hat, wie Slowenien mit den „Izbrisani" (Ausgelöschten) umgeht: 1999 urteilte das slowenische Verfassungsgericht zu ihren Gunsten, aber die Regierung lehnte wegen „Verjährung" ab. Am 4. April 2004 votierten in einem Referendum 94,68 Prozent der Wähler dagegen, verhassten „Jugoaggressoren" und „Südstaatlern" Recht zuzuerkennen. Am 13. Oktober 2010 urteilte das Straßburger Gericht erstmals zugunsten der „Izbrisani", deren Partei auch internationale Menschenrechtsorganisationen ergriffen. Doch Slowenien fühlte sich nicht angesprochen, jetzt ist sein Schock umso größer.

Dem Land fehlt das Geld dafür

Sechs Ankläger, alle vor der „Auslöschung" mit Dauerwohnsitz und Arbeitsplatz in Slowenien, haben den jetzigen Prozess gewonnen. Anders als frühere Siege wird der aktuelle „versilbert" werden, was die Slowenen höllisch schmerzt. Die Verantwortlichen von 1992 sind in Rente, aktiv ist nur noch Janez Jansa, damals Verteidigungsminister, heute Zahlmeister für die „Ausgelöschten". *W.O.*

Hoffnung im Osten

Von THEO MAASS

Am vergangenen Wochenende begann die neue Saison in der 2. Fußballbundesliga. Gleich zwei Berliner Vereine sind dort vertreten. Dennoch will an der Spree darüber keine rechte Freude aufkommen. Bundesligaabsteiger Hertha BSC kommt aus dem Westteil der Hauptstadt, Lokalrivale FC Union aus dem Osten. In der Saison 2010/11 war Hertha erst aufgestiegen und durch Arroganz und Missmanagement wieder nach unten „durchgereicht“ worden.

Eigentlich müssten sich die übrigen Zweitligisten über den attraktiven Zuwachs freuen, denn Heimspiele gegen den Hauptstadtklub verheißen ein volles Stadion und damit gute Einnahmen. Aber die Hertha-Fans sind berüchtigt und gelten vom Gewaltpotential her als ähnlich gefährlich wie die des anderen Absteigers 1.FC Köln. Dabei hat die Liga mit dem FC St. Pauli und Dynamo Dresden schon jetzt zwei prominente Sorgenkinder, was die Brutalität einer Reihe von Anhängern angeht.

„Wir müssen diese Entwicklung stoppen“, forderte dieser Tage Christian Seifert, Chef der Deutschen Fußball-Liga. Und drohte noch härtere Strafen gegen die betroffenen Vereine an. Von den Trainern der Liga gaben bei einer Umfrage die meisten Hertha als ihren Aufstiegsfavoriten an (17 Nennungen), gefolgt vom 1. FC Kaiserslautern (16), dem 1. FC Köln (15) und 1860 München (13) sowie den Linksradikalen-Kultklub FC St. Pauli (9) aus Hamburg. Nur drei Übungsleiter trauen Herthas Lokalkonkurrenten Union den Aufstieg zu.

Dabei konnte sich der Klub in den vergangenen Jahren kontinuierlich in der Tabelle nach oben schieben. In der letzten Saison erklomm Union gar den 7. Tabellenplatz und wurde damit der bestplatzierte Ostverein vor Rostock, Cottbus und Dresden. Auch Hertha ist für Union nicht unbesiegbar: Vor zwei Jahren beim Lokalderby gegen Hertha konnte ein Sieg und ein Unentschieden eingefahren werden. Dirk Zingler, Präsident des 1. FC Union, redet anders als sein Rivale dennoch nicht offen vom Ziel Aufstieg, lässt aber trotzdem höhere Ambitionen durchblicken: „Hertha BSC wird immer einen größeren Etat haben, keine Frage. Aber im Fußball ist ein Machtwechsel auf dem Rasen zu erleben.“

Zingler hofft trotz aller Bescheidenheit also auf eine Wachablösung. Herthas erstes Heimspiel im Olympiastadion vergangenen Freitag gegen Paderborn ging unentschieden aus. Das dürfte Zinglers Hoffnungen beflügeln, denn Union startete mit einem Auswärtsremis beim FC Kaiserslautern. Mit einem Überraschungsaufstieg in die 1. Bundesliga wäre erstmals nach Jahren auch wieder der „Osten“ in der Ersten Klasse vertreten. Und das ganz ohne die Bürde von „DDR-Altlasten“, denn der Verein von der „alten Försterei“ in Berlin-Köpenick wurde zu DDR-Zeiten vom SED-Regime nach Kräften benachteiligt. Er galt als Hort der Opposition.

Kulturerbe in Gefahr

Wo deutsche Geschichte begraben liegt: Auf Waldfriedhof Stahnsdorf soll gebaut werden



Zahllose Prominente fanden hier ihre letzte Ruhe: Das Grab der Familie Siemens auf dem Waldfriedhof Stahnsdorf

Bild: Ullstein

Verschwinden bedeutende Zeugnisse der preußisch-deutschen Geschichte unter Beton? Auf dem Stahnsdorfer Waldfriedhof vor den Toren Berlins finden sich die Gräber von prominenten Künstlern und Unternehmern, aber auch die von Politikern wie Otto Graf Lambsdorff und von gleich 50 preußischen Generälen. Nun soll ein Teil des Friedhofs für Wohnungsbau geopfert werden.

Jahrzehntelang im Dornröschenschlaf, nun Zankapfel der Kommunalpolitik, so lässt sich die aktuelle Entwicklung um den Stahnsdorfer Waldfriedhof vor den Toren Berlins auf den Punkt bringen. Um die Zukunft des zweitgrößten Friedhofs Deutschlands, südwestlich von Berlin, ist mitten in der politischen Sommerpause ein Disput entbrannt. Der Anlass: Bekanntgewordene Pläne des örtlichen kommunalen Wohnungsunternehmens, Teile des 206 Hektar großen parkähnlichen Friedhofsgeländes zu kaufen und mit Wohnungen zu bebauen. Ein Vorhaben, das nach Ansicht von Lokalpolitikern auf dem denkmalgeschützten Areal überhaupt nicht zulässig ist, sodass inzwischen schon die Forderung nach Ablösung der Geschäftsführerin des betreffenden Wohnungsunternehmens im Raum steht.

Sollten die Pläne eines Tages dennoch Realität werden, dann droht tatsächlich ein kunsthistorisch wertvoller Ort unter die Räder zu kommen: Unter den 120 000 Toten, die hier seit 1909 ihre letzte Ruhe fanden, befinden sich die Gräber zahlreicher prominenter Persönlichkeiten. Die Liste reicht von der Baronin von Ardenne, die Theodor Fontane als Vorlage für seinen Roman „Effi Briest“ diente, bis zum „Hellseher“ Erik Jan Hanussen. Auf dem Gelände befinden sich Familiengräber von Unternehmerdynastien wie Ullstein, Siemens und Langenscheidt genauso wie Gräber von Künstlern wie Heinrich Zille und Lovis Corinth oder prominenter Politiker wie Otto Graf Lambsdorff, der hier vor wenigen Jahren im Familiengrab beigesetzt wurde.

Teil des riesigen Friedhofsgeländes sind ebenso die Grabstätten von 15 Feldmarschällen und etwa 50 preußischen Generälen, die 1949 nach der Auflassung des Berliner Garnisonfriedhofs nach Stahnsdorf umgebettet wurden. Bereits 1920 hatten Italien und Großbritannien für die Gräber eigener Soldaten, die in Berlin und Pommern als Kriegsgefangene während des Ersten Weltkrieges verstorben waren, Gelände auf dem Friedhof angekauft.

Dass trotz der unbestrittenen kunsthistorischen Bedeutung des Friedhofs überhaupt Bebauungspläne aufkommen konnten, hat viel mit der einzigartigen Geschichte des Ortes und den erstaunlichen Eigentumsverhältnissen zu tun, die selbst die Jahrzehnte der deutschen Teilung überstanden haben. Zwar befindet sich der Friedhof auf dem Gebiet Brandenburgs, angelegt wurde er aber im Jahre 1909 für das aus allen Nähten platzende Berlin. Der Großfriedhof im Umland sollte die Bestattungsprobleme der evangelischen Kirchengemeinden und der Bezirke der wachsenden Millionenstadt lösen.

> Die Friedhofsbahn fährt nicht, weil die DDR es so wollte

Ins Abseits geriet der Stahnsdorfer Friedhof mit der deutschen Teilung. Er lag nun nicht mehr nur hinter der Stadtgrenze, er lag in einem anderen politischen System. Bereits seit 1953 war für Besucher aus West-Berlin ein Friedhofsbesuch nur noch mit einem besonderen Passierschein möglich. Durch den Mauerbau im Jahr 1961 wurde der Friedhof von seinem ursprünglichen Einzugsgebiet endgültig abgeschnitten. Die Zahl der Bestattungen ging drastisch zurück, der Friedhof geriet immer mehr in Vergessenheit.

Einen gehörigen Anteil daran, dass dieser Zustand selbst noch nach dem Revolutionsjahr 1989 bis heute anhält, hat die Tatsache, dass der Friedhof für die Berliner immer noch schlecht erreichbar ist. Hoffnungen, die sogar noch bis zum Jahr 1961 bestehende Verkehrsanbindung des Friedhofs wieder herzustellen, müssen zunächst einmal ad acta gelegt werden: In einem kurios anmutenden juristischen Streit um einen vor 100 Jahren geschlossenen Vertrag über die sogenannte „Friedhofsbahn“ hatte die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz jahrelang gegen die Deutsche Bahn geklagt und war letztendlich unterlegen.

Im Jahr 1913 in Betrieb genommen, fußte die deutschlandweit wohl einmalige „Friedhofsbahn“ auf einer Abmachung zwischen der preußischen Staatseisenbahnverwaltung und der Evangelischen Kirche: Die Kirche stellte Grundstücke für die Bahntrasse und 2,6 Millionen Goldmark für die Baukosten zur Verfügung, die Bahn verpflichtete sich dafür zum Betrieb der 4,3 Kilometer lange Bahnlinie zwischen Berlin-Wannsee und dem Stahnsdorfer Friedhof. Da die Bahnverbindung sogar zur Überführung von Leichen genutzt wurde, verpasste ihr der Berliner Volksmund alsbald den entsprechenden Spitznamen „Leichenbahn“.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Klage der Kirche auf Wiedereinrichtung der Bahn erst kürzlich endgültig abgewiesen. Erstaunlich war die Begründung der Richter: Mit dem Bau der Berliner Mauer sei die einstige Verpflichtung der Staatseisenbahn gegenüber der Kirche zum Bahnbetrieb erloschen. Verständlich ist bei dieser Urteilsbegründung der Unmut des Bürgermeisters von Stahnsdorf Bernd Albers. Das Urteil bedeutete für ihn letztendlich, „dass die DDR heute noch der Bundesrepublik vorschreibt, wo die Bahn zu fahren hat und wo nicht“.

Norman Hanert

BER noch später fertig?

Wowereit bereitet die Öffentlichkeit auf weitere Verzögerung vor

Zumindest aus juristischer Sicht hat der neue Hauptstadtflughafen „BER“ eine weitere Hürde genommen: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Klagen von Anwohnern gegen den Planfeststellungsbeschluss abgewiesen. Vorgebracht hatten die Kläger, dass erst 2010, nachdem die Deutsche Flugsicherung die Flugrouten für den BER veröffentlicht hatte, offensichtlich wurde, dass die Routen stark von dem abweichen, was 2004 beantragt worden war.

Die Richter sahen hierin jedoch kein Problem. Das Genehmigungsverfahren für den Flughafen und die Routenplanung hätten nichts miteinander zu tun. Daher seien die geänderten Flugrouten auch keine arglistige Täuschung der Anwohner. Nicht der einzige Erfolg für die Flughafengesellschaft: Das Volksbegehren für ein strengeres Nachtflugverbot droht zu scheitern. In Berlin müssten bis zum 28. September 173 000 Unterschriften gesammelt werden, damit ein Volksentscheid erzwungen werden kann. Sogar Initiatoren des Volksbegehrens aber schätzen, dass seit dem Beginn der Sammlung am 29. Mai erst die Hälfte der Unterschriften zusammengekommen ist. Ob sie den Rest in den wenigen verbleibenden Wochen noch auftreiben, erscheint selbst ihnen fraglich.

> EU-Genehmigung kaum noch rechtzeitig zu erlangen

Doch damit ist das Projekt noch lange nicht über den Berg. Auf eine eher wenig beachtete Gefahr, die den momentan geplanten Eröffnungstermin im März 2013 in Frage stellen könnte, hat die CDU Brandenburgs aufmerksam gemacht: Aufgrund von Mehrkosten beim Bau werden Berlin, Brandenburg und der Bund nochmals rund 1,2 Milliarden Euro nachschießen müssen. Indes: Da es sich dabei um Steuergelder handelt, muss die EU-Kommission den Nachschuss genehmigen.

Dafür wird die Zeit mittlerweile immer knapper, so die Warnung des brandenburgischen CDU-Europaabgeordnete Christian Ehler. Legt man die Bearbeitungszeit von sechs Monaten beim letzten Beihilfeantrag für den Großflughafen als Maßstab zugrunde, müsste spätestens im September oder Oktober in Brüssel ein Antrag vorliegen, um eine Eröffnung im März noch möglich zu machen.

Jüngste Äußerungen von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit lassen ahnen, dass er den Eröffnungstermin am 17. März 2013 intern schon wieder abgeschrieben hat: Er könne „noch nicht einschätzen“, ob das neue Datum haltbar sei, so der SPD-Politiker dieser Tage. *N.H.*

»Falle für Autofahrer«

Berliner Verkehrsklubs kritisieren Blitzerei als Geldschneiderei

Berlin will noch mehr stationäre Blitzgeräte aufstellen, um Autofahrer mit Bußgeldern belegen zu können. Derzeit sind sechs Anlagen in Betrieb, fünf auf Hauptstraßen, eine auf der Autobahn. Eine breite Koalition aus SPD, CDU und Grünen ist sich einig, dass mehr geblitzt werden soll. Das war nicht immer so: 2008 war ein entsprechender Antrag der Grünen von den anderen Parteien abgelehnt worden.

Neben den festen Anlagen lauern 43 in zivilen Autos angebrachte Apparate, die vom Straßenrand aus blitzen, sowie 62 transportable kleinere Lasergeräte. Sie werden von Beamten per Hand bedient. Unterm Strich ist jedes Gerät rund 1500 Stunden pro Jahr im Einsatz. Polizeisprecher Markus van Stegen freut sich über die „recht gute Auslastungsquote“. Von den im letzten Jahr gemessenen rund zwölf Millionen Autos waren etwa sieben Prozent zu schnell. Bereits von 2010 zu 2011 wurden die Geschwindigkeitskontrollen erheblich vermehrt.

Der Online-Automobilklub „Mobil in Deutschland“ kritisiert, dass sich die meisten Radarfallen in Berlin „auf breiten, relativ ungefährlichen Straßen befinden, die zum Gasgeben verführen“. Dies sei bei neun von zehn Einsätzen der Fall. Dadurch würden die Fahrer abkassiert. Sinnvoll wären nach Ansicht des Verkehrsklubs hingegen Tempokontrollen, die den Verkehr tatsächlich sicherer machten – so an Unfallschwerpunkten oder vor Schulen, Krankenhäusern und in Tempo-30-Zonen. Der ADAC sieht es ähnlich: „Wo das meiste Geld in die Kasse kommt, spielt sicher auch bei der Polizei eine Rolle“, so Sprecher Jörg Becker. „Mobil in Deutschland“ resümiert, den Fahrern würden in besonderem Maße „nur Fallen gestellt“.

> »Vor allem auf breiten Straßen, die zum Gasgeben verführen«

„Mich stört schon das Wort Falle“, kontert CDU-Polizeiexperte Peter Trapp die Kritik: „Die Polizei zockt nicht ab.“ Der SPD-Verkehrspolitiker Frank Zimmermann argumentiert: „Stationäre Geräte haben Vorteile, weil sie kein Personal brauchen.“

Die Berliner CDU zeigt sich von der Kritik unbeeindruckt und fordert die Anschaffung von „mehr solchen Blitzern“, angeblich wegen des „enormen erzieherischen Wertes“. Ein Argument, das aus der Hauptstadt-Union zu hören ist, scheint den Verdacht der reinen Geldmacherei jedoch zu erhärten: So heißt es, die hohen Anschaffungskosten – ein Gerät kostet mehr als 1,4 Millionen Euro – hätten sich schnell amortisiert.

Hans Lody

Der Würfel Gottes?

Endlich entdeckt: das Higgs-Boson, das »die Welt im Innersten zusammenhält«

Gott würfelt nicht. Mit diesen drei knappen Worten qualifizierte Albert Einstein, Vater der Relativitätstheorie, die Quantentheorie des Nobelpreisträger-Kollegen Werner Heisenberg ab. Der vertrat die These, in der Welt des Allerkleinsten, der Atome und ihrer Bausteine, regiere der Zufall; vorausberechnen lasse sich allenfalls die Wahrscheinlichkeit, mit der dieser oder jener Zufall eintrete. Für Einstein aber kennt die Physik keinen Zufall. Doch Einstein irrte.

Einsteins Universum ist Schöpfung nach göttlichem Plan, und da gelten Mathematik und Naturgesetze absolut. Überall, im Kräftespiel der Galaxien wie der Quarks und Photonen. Doch hier irrte Einstein. Längst haben Experimente eindeutig bewiesen, dass Heisenbergs Quantenmechanik die Welt der Elementarteilchen richtig beschreibt. Oder, um Einsteins Worte aufzugreifen: Gott würfelt eben doch.

Aber womit? Seit Jahrzehnten, genauer gesagt, seit 48 Jahren suchen Physiker in aller Welt nach jenem „Würfel Gottes“ – einem Elementarteilchen, dass es nach allen gängigen Theorien geben muss, dessen Eigenschaften ziemlich genau bekannt sind, das aber noch nie jemand gesehen hat.

Der erste, der es beschrieb, war der britische Physiker Peter Higgs, inzwischen 83 Jahre alt. In einem kurzen Aufsatz, der 1964 erst im zweiten Anlauf zur Veröffentlichung angenommen wurde, vermutete er ein unsichtbares, unspürbares, aber allgegenwärtiges Kraftfeld, das aller Materie erst ihre Masse verleiht. Träger dieser geheimnisvollen Kraft, die frei nach Goethes Faust „die Welt im Innersten zusammenhält“, sollte ein flüchtiges, noch unbekanntes Elementarteilchen sein.

Seit 48 Jahren wurde nach Spuren des Teilchens gesucht



In der Fachwelt wurde die gewagte Theorie zunächst angezweifelt. Doch bald schon merkte man, dass das sogenannte Standardmodell, das den Aufbau der Elemente erklärt, ohne ein solches Teilchen in sich zusammenbrechen würde. Folgerichtig gab man ihm den Namen Higgs-Boson und eröffnete sodann die Jagd.

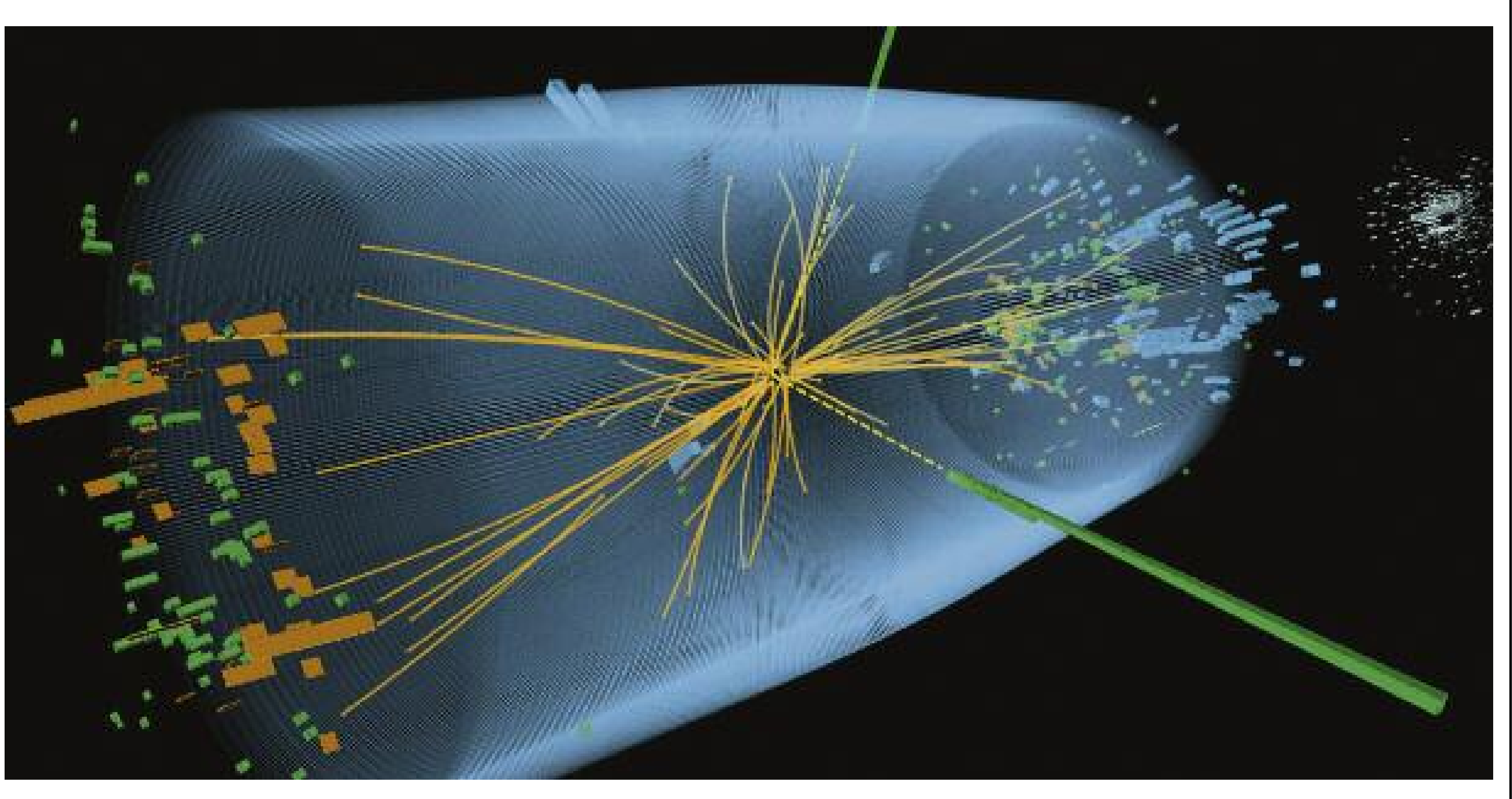
Die „Waffen“, mit denen man dem elementaren Winzling zu Leibe ging, wurden immer gigantischer. Zuletzt sollte es der neue „Large Hadron Collider“ (LHC) richten, die vom Cern in Genf betriebene „Weltmaschine“ (siehe Artikel unten).

Und Anfang Juli war es dann endlich soweit. Zwar blieb das Teilchen selber weiterhin unsichtbar. Aber in den Experimenten mit der gewaltigen Protonenschleuder 100 Meter tief unter dem schweizerisch-französischen Grenzland hatte es genügend verräterische Spuren hinterlassen: Trümmer, die übrig bleiben, wenn Atomkerne mit 99,9 Prozent der Lichtgeschwindigkeit aufeinanderprallen.

Die offizielle Bekanntgabe des Erfolgs liest sich noch relativ zurückhaltend: „Wir beobachten in unseren Daten deutliche Signale eines neuen Teilchens von 125 Gigaelektronenvolt mit einer Signifikanz von knapp fünf Sigma.“ Im Klartext: Die Auswertung der Spuren von über einer Billion Protonen-Kollisionen deutet mit einer Sicherheit von 99,99994 Prozent auf ein Teilchen mit der Masse eines Cäsium-Atoms hin, genauso wie Higgs es gefordert hatte. Das Restrisiko, dass es sich doch um ein anderes als das gesuchte Teilchen oder gar um einen Messfehler handeln könnte, liegt bei 0,00006 Prozent.

Die Forscher der beiden Cern-Teams, die das als „Gottesteilchen“ gefeierte Higgs-Boson unabhängig voneinander entdeckt haben, können sich schon auf den Physik-Nobelpreis freuen. Auf den Lorbeeren ausruhen können sie sich nicht: Nun muss geklärt werden, auf welche Weise dieses gespenstische Elementarteilchen der Materie zur Masse, also zur Körperlichkeit verhilft und somit verhindert hat, dass unser ganzes Universum sich unmittelbar nach dem Urknall wieder zerstrahlt und in Nichts aufgelöst hat.

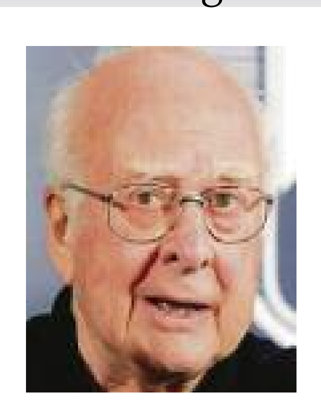
Hans-Jürgen Mahlitz



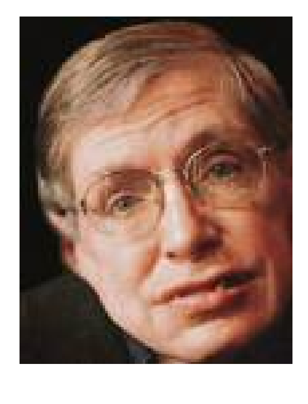
Gottesteilchen? So stellen die Forscher an der Europäischen Organisation für Kernforschung (Cern) in Genf ihre Entdeckung grafisch dar

Bild: Cern/dapd

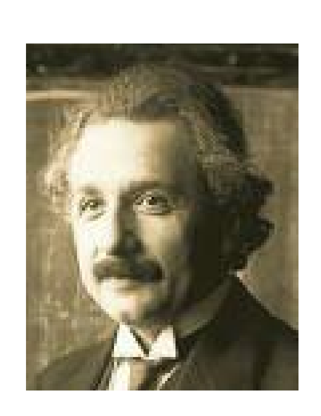
Zeitzeugen



Peter Higgs – Der englische Physiker wurde 1929 geboren. Schon als Schüler interessierte er sich für Mathematik und Physik. Seit Ende der 50er Jahre war er als Lehrbeauftragter an verschiedenen britischen Hochschulen tätig. 1964 schlug seine Stunde: In einem eineinhalbseitigen Aufsatz postulierte er ein das gesamte Universum gleichförmig durchdringendes Kraftfeld; Träger und Übermittler dieser Kraft sollte ein noch unbekanntes Elementarteilchen sein. Die britische Fachpresse schickte ihm das Manuskript zurück – zu phantasievoll und zu unwissenschaftlich! Eine US-Zeitschrift aber griff zu. Damit war das Higgs-Teilchen in der Fachwelt angekommen. Den Nobelpreis, den er eigentlich verdient hätte, erhielt Higgs nie. Immerhin aber durfte er an der Präsentation der Entdeckung am 4. Juli 2012 in Genf als Ehrengast teilnehmen.



Stephen Hawking – Der britische Physiker, geboren 1942 in Oxford, war von 1979 bis 2009 Inhaber des renommierten Lucasischen Lehrstuhls für Mathematik an der Universität Cambridge. Er gilt als einer der bedeutendsten Physiker und Astrophysiker unserer Zeit. In Sachen Higgs aber hat er sich geirrt: Vor einigen Jahren wettete er mit einem Kollegen, dieses Teilchen werde nie gefunden. Als die Erfolgsnachricht aus Genf ihn erreichte, gestand Hawking ein: „Ich habe soeben 100 Dollar verloren.“ Deutlich mehr als diesen Wetteinsatz gönnt er jenen Kollegen, die dem Higgs-Teilchen auf die Spur kamen: Sie hätten auf jeden Fall den Nobelpreis verdient.



Albert Einstein – Der 1879 in Ulm geborene Physiker hat Anfang des 20. Jahrhunderts die Relativitätstheorie entwickelt, mit der er die Welt insgesamt physikalisch und mathematisch beschreiben wollte. Das gelang ihm aber nur teilweise: In der Welt der Elementarteilchen gelten andere Gesetze, nämlich die der von ihm abgelehnten Quantenmechanik. Später suchte er nach einer einheitlichen Theorie aller Naturkräfte, allerdings ohne Erfolg. Die aktuellen Forschungsergebnisse am LHC in Genf aber gehen in dieselbe Richtung. Sie könnten zu einer einheitlichen „Theorie für alles“ führen, in der sich Einstein, Hawking und Heisenberg wiederfinden könnten – mit ihren so unterschiedlichen Theorien, aber auch mit ihren Irrtümern.

Gottesteilchen – wozu?

Die einen schwärmen vom „Gottesteilchen“, andere fragen: „Zu was brauchen wir das?“ Woran man erkennt: Es ist nicht ganz einfach, die Bedeutung des Higgs-Teilchens richtig einzuschätzen. Natürlich wird seine Entdeckung sich kaum auf den Alltag der Menschen auswirken; das nunmehr bestätigte Standardmodell der Elementarteilchenphysik kann weder die Euro-Krise lösen noch das klägliche Scheitern deutscher Olympia-Schwimmer erklären.

Dennoch hat Großforschung im Grundlagenbereich ihre Berechtigung. Das Streben nach Erkenntnis ist ein Grundzug der Menschheit. Schon im Alten Testament markiert es den Schritt vom Paradies in die raue Wirklichkeit.

Doch je weiter die Menschheit auf diesem Weg voranschreitet, umso komplexer werden auch die Erkenntnisse, die wir anstreben und manchmal gewinnen. So auch im Falle Higgs-Boson: Immer weniger Menschen verstehen überhaupt noch, warum es so wichtig sein soll, dieses Elementarteilchen endlich entdeckt zu haben.

Ohne dieses Teilchen gäbe es uns nicht

Aber diese Welt, in der wir leben, ist nun einmal kompliziert. So ist es unvermeidlich, dass wir uns immer wieder eingestehen müssen: Das verstehe ich nicht. Daran sind manchmal auch die Wissenschaftler schuld, wenn es ihnen nicht gelingt, uns ihre Erkenntnisse verständlich zu machen. Andererseits gilt in der Wissenschaft wie in der Politik: Wer auf schwierige Fragen allzu einfache Antworten gibt, macht sich verdächtig.

Auch wenn die Funktionsweise des Higgs-Kraftfeldes vielen Menschen genauso unverständlich bleiben wird wie die Quanten- oder die Relativitätstheorie: Ohne dieses Higgs-Teilchen würde es keine Materie geben, also auch uns Menschen nicht! Verstanden? *H.J.M.*

Die Weltmaschine von Genf

Cern: Nach Pannenserie am Anfang jetzt spektakuläre Erfolge

Die Zahlen sind mehr als eindrucksvoll: 27 Kilometer lang, rund 100 Meter tief unter der Erde, bestückt mit 9600 Magneten, drei Milliarden Euro teuer, jährlicher Energieverbrauch 800 Gigawattstunden (das entspricht dem Stromverbrauch einer mittleren Großstadt).

Die Rede ist vom „Large Hadron Collidor“ (LHC), dem weltweit größten Teilchenbeschleuniger am Europäischen Kernforschungszentrum Cern (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire) in Genf. Die Wissenschaftler erhoffen sich von dieser Anlage eine Bestätigung (oder auch Widerlegung) des sogenannten Standardmodells der Elementarteilchenphysik. Es handelt sich dabei um eine Theorie, die sowohl die bislang bekannten Elementarteilchen als auch die zwischen ihnen herrschenden Kräfte und Wechselwirkungen beschreibt. Sie stützt sich auf die von Werner Heisenberg entwickelte Quantentheorie, ist aber auch mit Albert Einsteins Relativitätstheorie vereinbar.

In dem Ringtunnel, der teils unter Schweizer, teils unter französischem Territorium verläuft, werden Protonen oder Blei-Atomkerne auf nahezu Lichtgeschwindigkeit beschleunigt. Dann lässt man sie an einem der vier Kreuzungspunkte der beiden parallelen Stahlröhren aufeinanderprallen. Die Kollisionstrümmer können mit insgesamt sechs Detektoren aufgespürt und analysiert werden.

Kritiker warteten vergeblich auf Schwarze Löcher

Als der LHC am 10. September 2008 erstmals hochgefahren wurde, sahen Kritiker das Ende der Welt nahen. So hatte der deutsche Mediziner und Biochemiker Otto E. Rösler am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vergeblich versucht, die Inbetriebnahme zu verhindern. Er behauptete, mit dem LHC könnten kleine Schwarze Löcher erzeugt werden, die schließlich anwachsen und die ganze Erde verschlingen könnten. Rösler scheiterte hier ebenso wie mit einer entsprechenden Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Anfangs scheiterten allerdings auch die Experimente in Genf. Nach nur neun Tagen versagte die Kühlanlage, welche die Magneten auf Minus 271,25 °C herabkühlt. Erst nach einem Jahr konnte der Forschungsbetrieb wieder aufgenommen werden, läuft seither allerdings weitgehend störungsfrei. Auch zeigten sich weder Schwarze Löcher noch sonstige Gefahren, wie sie von Kritikern vorausgesagt worden waren.

Die mutmaßliche Entdeckung des Higgs-Teilchens ist der erste spektakuläre Erfolg der Anlage. Nun konzentrieren sich die Arbeiten darauf, die noch ziemlich rätselhaften Mechanismen des Higgs-Kraftfeldes zu erforschen. Neue Erkenntnisse erhofft man sich bei der Suche nach Dunkler Materie, Dunkler Energie oder Antimaterie. Die Forschungsprogramme sollen voraussichtlich bis 2030 laufen. Für die Zeit danach wird bereits über einen neuen, noch leistungsfähigeren Beschleuniger nachgedacht, diesmal nicht ringförmig, sondern linear. Und natürlich auch noch teurer – inoffiziell ist von zehn Milliarden Euro die Rede. Falls es dann noch Euros gibt. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3456**

Neue Lkw-Maut: Wer zahlt die Zeche?

Ob die zusätzlich geplanten 110 Millionen wirklich in den Straßenbau fließen, ist noch ungewiss

Seit dem 1. August wird nicht nur auf Autobahnen, sondern auch auf ausgewählten Bundesstraßen Lkw-Maut kassiert – staatliche Abzockerei oder sinnvolle Verkehrspolitik?

Im Hause von Verkehrsminister Peter Ramsauer klingelt die Kasse: Allein an den ersten zwei Tagen nach der Erweiterung der Lkw-Maut wurden 800000 Euro vereinnahmt. Die Rechnung des Bundesverkehrsministers könnte also aufgehen: Ramsauer will zusätzlich 110 Millionen Euro pro Jahr kassieren. Die Gesamteinnahmen aus der Straßennutzungsgebühr würden damit von 4,5 auf 4,6 Milliarden steigen, ein Plus von nicht einmal 2,5 Prozent.

Erhoben wird die zusätzliche Maut auf 1135 Kilometer Bundesstraße, die mindestens vierspurig ausgebaut, mindestens vier Kilometer lang und an eine Autobahn angebunden sind. Auf diesen Strecken kostet künftig jeder gefahrene Kilometer für einen Lkw mit über zwölf Tonnen zulässiges Gesamtgewicht 19 Cent.

Das gesamte Bundesstraßennetz in Deutschland misst 40700 Kilometer, somit bleiben über 97 Prozent weiterhin mautfrei. Hingegen ist das Autobahnnetz mit 12800 Kilometer Gesamtlänge lückenlos vom Mautsystem erfasst; hier wird mit Hilfe ausgetüftelter elektronischer Messverfahren „Mautprellern" keine Chance gelassen. Anders auf den neu hinzugekommenen Bundesstraßen. Hier gibt es keine stationären Messbrücken, Fahrer und Speditionsunternehmen sind in die Pflicht genommen. Doch Minister Ramsauer ist zuversichtlich. Man habe ein gut funktionierendes mobiles Kontrollsystem entwickelt und zudem Verstöße mit hohen Bußgeldern bedroht, daher sei er sicher: „Mautpreller fischen wir raus, zum Beispiel mit Mautblitzern."

Der CSU-Politiker weiß auch schon ganz genau, was er mit dem zusätzlichen Geld anfangen will. Es soll in den Ausbau des Fernstraßennetzes fließen. Fachleute bezweifeln allerdings, dass mit diesen Einnahmen auch nur die durch den zunehmenden Schwerverkehr verursachten Straßen- und Brückenschäden lückenlos behoben werden könnten. Sie befürchten vielmehr, dass auch die Bundesstraßenmaut letztlich dazu dienen soll, Löcher in den eurorettungsgeschädigten Staatskassen zu stopfen.

Dazu macht der „Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung" (BGL) eine aufschlussreiche Rechnung auf: Insgesamt haben die Transportunternehmen im vergangenen Jahr in Form von Kfz-Steuer, Mineralölsteuer und Autobahnmaut 16 Milliarden Euro in die Staatskasse eingezahlt. Davon flossen aber nur fünf Milliarden zurück in den Bundesfernstraßenbau. Der „Rest" von immerhin elf Milliarden versickerte in allgemeinen Haushaltslöchern.

Unabhängig davon, wofür der Bundesverkehrsminister das zusätzlich vereinnahmte Geld ausgeben will – die Transportunternehmer wollen es auf keinen Fall aus eigener Tasche berappen, sondern werden es an ihre Kunden weitergeben. Der Paketdienst GLS, Branchendritter in Deutschland, hat bereits angekündigt, wegen des Mautzuschlags die Frachtgebühren ab sofort um einen Cent pro Paket zu erhöhen. Das klingt zunächst einmal bescheiden, ist es dann aber doch nicht: GLS hat im vergangenen Jahr 375 Millionen Pakete befördert, daraus errechnet sich eine Verteuerung von insgesamt 3,75 Millionen Euro für die Kundschaft. Sie trifft in erster Linie die Geschäftskunden, zum Beispiel den Versandhandel. Der aber will auch nicht auf den Zusatzkosten sitzen bleiben und reicht die Rechnung weiter an den Endverbraucher. Der ist dann am Ende wieder einmal der Dumme, der alles zahlen muss.

> An Fluchtstrecken wird die Belastung noch stärker

Massive Kritik erntet Minister Ramsauer aber auch von anderer Seite. In vielen kleineren Städten und Gemeinden befürchten die Anwohner, nun noch stärker durch sogenannte Mautflüchtlinge belastet zu werden – Lastzüge mit bis zu 40 Tonnen, die sich durch enge Dorfstraßen und Wohngebiete quälen, um die Straßenbenutzungsgebühr zu sparen.

Neuerdings haben die lärm- und abgasgeplagten Anwohner der Mautfluchtstrecken ein zusätzliches Argument zur Hand. Sie können sich auf eine Studie der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) stützen, in der ohne Einschränkungen und Grenzwerte festgestellt wird, dass Dieselabgase generell stark krebserregend sind.

Zumindest sollte diese Erkenntnis für die Verkehrspolitiker ein Anlass sein, über ein anderes, flächendeckend alle Straßen erfassendes Mautsystem nachzudenken. Denn nur so kann erreicht werden, was durch das jetzige Mautsystem eher verhindert wird: dass der Schwerlast-Verkehr sich wieder dahin verlagert, wo er hingehört – auf die Autobahnen und die gut ausgebauten Bundesstraßen ohne Ortsdurchfahrten.

Im Bundesverkehrsministerium aber denkt man in eine andere Richtung. Nach den Lkw sollen nun auch die Fahrer der 43 Millionen in Deutschland zugelassenen Pkw zur Kasse gebeten werden. Das Positive an einer solchen Pkw-Maut wäre, dass sie auch die Millionen ausländischer Fahrer trifft, die das gut ausgebaute deutsche Fernstraßennetz bislang kostenlos benutzen dürfen, während wir in deren Heimatländern selbstverständlich Maut zahlen müssen.

Hingegen ist von den Versprechungen, die deutschen Autohalter könnten ja im Gegenzug bei der Kfz-Steuer entlastet werden, die Pkw-Maut sei also eine Art Nullsummenspiel, nicht viel zu halten. Erstens, weil die EU-Kommission bereits wissen lässt, dass sie ein deutsches Mautsystem wohl als Diskriminierung werten würde (Mautsysteme in Frankreich, Italien oder Österreich merkwürdigerweise aber nicht!). Und zweitens, weil Vater Staat auf eine Einnahmequelle, die er sich einmal erschlossen hat, nach aller Erfahrung nicht mehr verzichtet. Von Ramsauers Mautplänen wird also vermutlich am Ende nicht die Entlastung, sondern nur die Belastung übrigbleiben.

Hans-Jürgen Mahlitz



Bild: P. Zinken/dapd

110 Millionen Euro extra: Ramsauer will Einnahmen aus der Bundesstraßenmaut in die Fernstraßen stecken

MELDUNGEN

CDU weiter auf Linkskurs

Berlin – Unter Verweis auf konservative Werte unterstützt Familienministerin Kristina Schröder (CDU) offenbar den Vorstoß von 13 ihrer Parteifreunde, die steuerliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe zwischen Mann und Frau voranzutreiben. Auch dort übernähmen „Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander, sie leben damit konservative Werte", sagte Schröder am Dienstag. Das am Montag veröffentlichte Memorandum der 13 CDU-Abgeordneten greift einen jüngst ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auf, der eine Ungleichbehandlung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe beim Familienzuschlag für Beamte für verfassungswidrig erklärt hatte – ein weiterer Paradigmenwechsel hin zu linksliberalen Wertvorstellungen in der CDU. *CR*

11600 Lehrer müssen weg

Stuttgart – Während in einigen Bundesländern die Sommerferien bereits vorbei sind, nutzt man in Baden-Württemberg die schulfreie Zeit noch, um zu überlegen, wie man die Pläne der grün-roten Landesregierung umsetzen soll. Entgegen ihren Versprechungen und Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, die Voraussetzungen für bessere Bildung zu schaffen, sollen bis 2020 11600 der 77000 Lehrerstellen gestrichen werden. So will Ministerpräsident Manfred Kretschmann (Grüne) 2,5 Milliarden Euro bis 2020 sparen. „Wenn wir immer mehr Schulden machen, belasten wir die Kinder, für die wir eigentlich etwas tun wollen", so Kretschmann. Der Landesrechungshof teilt seine Position, denn bis 2030 werde es in Baden-Württemberg fast ein Viertel weniger Schüler geben, daher würden auch weniger Lehrer benötigt. Zudem habe das Land derzeit die beste Schüler-Lehrer-Relation bundesweit. *Bel*

Verwirrung statt Klarheit

Verbot gewerbsmäßiger Sterbehilfe ein Fehlstart

Was ein Gesetzentwurf alles auslösen kann: ein Sommertheater, einen Kommunikations-Gau und einen Koalitionsstreit während der parlamentarischen Sommerpause. Mitten in das Nachrichten-Sommerloch platzte der Referentenentwurf aus dem Bundesjustizministerium für ein „Gesetz zur Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Fremdtötung" wie eine Wasserbombe auf dem heißen Pflaster des Freibades.

Nach den Vorstellungen von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) soll die eigenverantwortliche Selbsttötung erlaubt bleiben. Sie will mit einem neuen Paragrafen 217 im Strafgesetzbuch künftig gewerbsmäßige Sterbehilfe unter Strafe stellen, jedoch nahestehende Personen, wenn sie Gelegenheit zum Selbstmord schaffen, davon ausnehmen. Der Entwurf sieht vor, dass Ärzte und Pfleger Beihilfe leisten dürfen, wenn sie in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Patienten stehen. Es ist diese Passage, die in der Öffentlichkeit für Aufregung sorgt.

Die Gesetzeslage grenzt aktives Handeln vom bloßen Unterlassen ab. Aktive Sterbehilfe ist in Deutschland verboten, passive Sterbehilfe – der Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen auf Wunsch des Patienten – dagegen nicht.

Die Patientenschutz-Organisation Deutsche Hospizstiftung kritisierte, mit dem Papier habe das Ministerium einen Kommunikations-Gau ausgelöst, weil niemand mehr wisse, was unter Strafe stehen und was straffrei bleiben solle. Und der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, empörte sich über das „Stück aus dem Tollhaus". Statt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die gewerbsmäßige Sterbehilfe zu verbieten, schaffe der Entwurf erst die gesetzlichen Grundlagen für Ärzte als Sterbehelfer. Montgomery stellte klar: „Als Sterbehelfer stehen wir Ärzte nicht zur Verfügung." Das Verbot dafür sei in der Muster-Berufsordnung für Ärzte klar geregelt. Er warf Leutheusser-Schnarrenberger vor, grundlegende medizinethische Werte in Frage zu stellen sowie einen „Koalitionsstreit als Sommertheater" zu inszenieren.

> Führte die Humanistische Union die Feder?

Ärzte sind durch die Debatte verunsichert, Geistliche protestieren. Der Chef der Ärztegewerkschaft „Marburger Bund", Rudolf Henke, forderte, es genüge nicht, wie beabsichtigt, das gewerbliche Assistieren beim Suizid zu unterbinden. „Man muss es erweitern auf organisierte Sterbehilfe." Nur dadurch verbiete man Vereine, die unter dem Mantel der Gemeinnützigkeit Schwerstkranken zum Tod verhelfen.

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) präzisierte inzwischen die Position ihres eigenen Hauses: Anders als ursprünglich gedacht, sollen Mediziner, anders als Angehörige, nicht straffrei bleiben. Ihr Parteikollege Wolfgang Zöller, Patientenbeauftragter der Bundesregierung, sprach sich ebenfalls gegen Ausnahmeregelungen aus. „Es würde reichen, die gewerbliche Förderung der Selbsttötung unter Strafe zu stellen", sagte er. Er befürchte, dass durch das neue Gesetz der Druck auf die Betroffenen und deren Angehörigen steigen könnte, die Sterbehilfe zu beanspruchen oder zu ermöglichen.

Unterdessen wurde bekannt, dass Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger im Beirat der Humanistischen Union (HU) sitzt. Der stramm antikirchliche Verein setzt sich für „selbstbestimmtes Sterben" samt aktiver Sterbehilfe ein. *CR*

Planwirtschaft lässt grüßen

DIW: Politik soll Banken zwingen, Windkraftanlagen zu finanzieren

In diesem Jahr werden so viele Windräder aufgestellt wie seit 2003 nicht mehr. Insgesamt 22700 von ihnen gibt es derzeit in Deutschland. Trotz Krise bei den deutschen Herstellern von Solarmodulen werden immer mehr Photovoltaikanlagen hierzulande verbaut und auch die Bioenergie kann sich über Zuwächse freuen. Da Strom aus erneuerbarer Energie laut Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bevorzugt ins deutsche Stromnetz eingespeist und von den Produzenten zu einem zuvor vereinbarten festen Preis angenommen werden muss, steigt 2013 die im Strompreis enthaltene sogenannte EEG-Umlage von derzeit knapp vier Cent auf über fünf Cent je Kilowattstunde.

Doch all das ist dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) noch nicht genug. Nachdem das zur Hälfte über staatliche Zuschüsse finanzierte DIW bereits vor einigen Wochen vorgeschlagen hatte, eine Vermögensabgabe für „reiche" Deutsche zur Behebung der Staatsschulden einzuführen, will es nun den Banken ans Portemonnaie. Beim DIW hat man nämlich vernommen, dass immer mehr Kreditinstitute nicht allzu freigiebig Windparks auf dem Meer finanzieren. Wirtschaftlich gesehen hat das gute Gründe, denn es fehlen noch Erfahrungen und technische Ausrüstung in diesem Bereich, zudem gibt es Probleme bei der Anbindung ans Stromnetz am Festland. So hat Eon für eine Milliarde Euro 80 Windräder vor Helgoland gebaut, doch da die Netzanbindung ans Festland nicht so läuft, wie geplant, wird der Windpark vermutlich über ein Jahr später die geplanten 300000 Haushalte mit Strom versorgen als vorgesehen. Das bedeutet für Eon massive Einnahmeverluste und die bei der Finanzierung beteiligten Banken müssen damit rechnen, dass die Kredite nicht so schnell zurückgezahlt werden können, wie vereinbart. Die Erfahrungen von Eon haben dazu geführt, dass RWE seine Windpark-Pläne auf offener See erst einmal zurückgestellt hat.



Foto: S. Schuermann/dapd

Ausflug in die Politik: Claudia Kemfert

Doch für das DIW liegt der Grund für den langsamen Ausbau von Windparks auf See an den Banken. Dass diese sich bei der Finanzierung kleiner Projekte zurückhalten, wenn schon Energieriesen wie Eon und RWE sich zurückhalten, ist für das DIW ein Zeichen von Böswilligkeit. Der Staat solle nun als Gegenleistung für die Bankenrettung der letzten Jahre die Kreditinstitute zwingen, derartige Projekte trotzdem zu finanzieren. Eine der Autorinnen der DIW-Studie zu diesem Thema ist Claudia Kemfert. Die beim DIW als Energie-Expertin geführte Forscherin war im Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen die Spezialistin für Umwelt im Schattenkabinett des unterlegenen Norbert Röttgen (CDU). Sie wollte NRW über den massiven Ausbau von erneuerbarer Energie einen Wirtschaftsaufschwung bescheren.

Da der Staat froh ist, dass die durch die staatlichen Hilfen geretteten Banken derzeit einigermaßen stabil sind, gehen Experten aber davon aus, dass dieser DIW-Vorschlag, der das Risiko bei den Banken erhöhen würde, von der Politik nicht aufgegriffen wird. *R. Bellano*

MELDUNGEN

Goldzählung der USA

New York – Seit Januar dieses Jahres zählen die USA ihre Goldreserven und überprüfen sie auf deren Echtheit. 350 Barren werden dabei angebohrt, um dadurch nachzuweisen, dass sie nicht aus Wolfram oder einem anderen Metall als Gold bestehen. Damit wird auch gegen Theorien vorgegangen, dass die USA nicht mehr im Besitz ihrer offiziellen 34 000 Barren mit einem Gewicht von über 8100 Tonnen sind. Die letzte Zählung der USA fand in den 1960er Jahren statt. In der Federal Reserve Bank in New York liegen Goldbestände mehrerer Staaten, so auch von Deutschland. Deutschland hat seine Bestände bisher nicht überprüft. *S.G.*

Niederländische Grenzkontrollen

Hannover – An der niederländischen Grenze werden ab sofort alle Fahrzeuge gefilmt, die die Grenze überqueren. Dabei werden Fahrzeugtyp, Kennzeichen und Insassenanzahl erfasst und mit einer Datenbank abgeglichen. Nach bestimmten Parametern werden Empfehlungen an die Polizei ausgesprochen, welche Fahrzeuge anzuhalten sind. Die Datenspeicherung soll nur vorübergehend sein. Diese Maßnahme soll der Kriminalitätsbekämpfung und der Verringerung von illegaler Einwanderung dienen. Aufgrund einiger Bestimmungen des Schengener Abkommens wird nur an 90 Stunden in der Woche gefilmt. Den Bedenken von Datenschützern zum Trotz hat sowohl die EU-Kommission als auch der Europäische Gerichtshof die Kontrollen für rechtmäßig befunden. Deutsche Behörden sind im Vorfeld von diesem Vorhaben infomiert wurden, aber ein Austausch über die Daten und die gewonnenen Erkenntnisse soll es nicht geben (*siehe Kommentar Seite 8*). *S.G.*

Die Luft wird dünner

Teherans Versuch, die Sanktionen des Westens zu umgehen, erweisen sich als kostspielig

Seit nun gut sechs Wochen gelten die EU-Sanktionen gegen den Iran. Dort spürt man inzwischen die Folgen, auch weil durch Misswirtschaft und Korruption die wirtschaftliche Basis des Landes sehr fragil ist. Doch noch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass Teheran im Atom-Streit dem Westen entgegenkommt.

In wenigen Tagen endet der Ramadan und die Iraner könnten eigentlich wieder dann essen, wenn sie hungrig sind, und nicht erst nach Sonnenuntergang, wie es ihre Religion während der jährlichen Fastenzeit der Muslime vorsieht. Doch ihr Speiseplan wird trotzdem sehr eingeschränkt bleiben. Grund hierfür sind auch die Sanktionen der EU und der USA. Seit 1. Juli importiert die EU beispielsweise kein Öl mehr aus dem Iran. Um Stärke zu beweisen, hatte die iranische Regierung schon drei Monate vor dem Termin auf die Lieferung an einige große Länder in der EU verzichtet. Da aber 80 Prozent der Staatseinnahmen aus dem Verkauf von Öl und Ölprodukten stammen, musste Teheran dringend andere Abnehmer finden. In Indien, China, Südkorea und auch Japan zeigte man sich bereit, auch weiterhin Öl aus dem Iran zu importieren, allerdings nutzten sie auch Teherans Zwangslage aus und erzwangen beachtliche Rabatte. Aber selbst die auf diese Weise reduzierten Einnahmen sprudelten nicht wie erhofft, denn europäische Versicherungen kündigten aufgrund der EU-Sanktionen den Versicherungsschutz der 47 iranischen Öltanker auf. Ohne Versicherungsschutz kamen diese aber nicht in den Suezkanal beziehungsweise in die Häfen der Empfängerländer, denn sollte ein Tanker havarieren, wer zahlte dann die daraus entstehenden Schäden?

Zwar hat die iranische Regierung das Tanker-Problem inzwischen gelöst, indem sie dem staatlichen Versicherer Birmeh Markasi als Gegenleistung dafür, dass er die Versicherung der Tanker übernahm, eine beachtliche Kreditlinie einräumte, trotzdem wird deutlich weniger Öl verkauft als erhofft. Präsident Mahmud Ahmadinedschad versprach sogar den verstärkten Ausbau eigener Raffinerien, um das Öl selber zu verarbeiten, um es teurer verkaufen zu können. Doch dem Land gehen die Partner aus, die das Geld für derartige Großprojekte geben würden. Der vor kurzem erfolgte Test von Kurzstreckenraketen und die vermutete Unterstützung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad mit Waffen und Soldaten schrecken potenzielle Investoren ab. So soll sich China aus der Erschließung von Gasvorkommen im Iran zurückgezogen haben. Offenbar hat Peking keine Lust, sein Geld in eine Region zu investieren, in der es bald zum Krieg kommen könnte. Stattdessen engagiert sich die Volksrepublik lieber in Kanada, dort gibt es auch Gas und Öl, dessen kontinuierlichem Bezug aber nichts im Wege steht.

Das Land hat kaum noch echte Verbündete

Es zeichnet sich also ab, dass der Iran sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich langsam isoliert hat. Ein Schuldiger ist bereits gefunden: Präsident Ahmadinedschad. Zwar wird das Land im Grunde von Ayatollah Ali Chamenei und seinem Gefolge beherrscht, doch die religiösen Häupter tun alles, um Ahmadinedschad schlecht dastehen zu lassen. Da dieser nach zwei Amtszeiten 2013 nicht erneut kandieren darf und seine Umfragewerte dies auch gar nicht zulassen, wehrt dieser sich kaum. Doch einen Mann allein für Fehlplanungen, Misswirtschaft, Korruption und internationale Isolation wegen des von allen Seiten im Land mitgetragenen Atom-Konflikts innenpolitisch verantwortlich zu machen, verfängt nicht bei der Bevölkerung, also wird das Feindbild des bösen westlichen Auslands zugleich gepflegt. „Wir, die starke, liebenswürdige und tapfere iranische Nation, haben sämtliche Sanktion überstanden und sind aus ihnen gestärkt hervorgegangen", machte Ayatollah Chamenei Mitte Juli seinen Landsleuten Mut. Doch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, Lebensmittelknappheit und einer Inflation von offiziell über 20 Prozent sind Appelle nicht genug. Selbst der Preis für das sonst billige Hühnchenfleisch soll sich in den letzten Monaten verdreifacht haben, da das Futter für die Tiere teuer aus dem Ausland importiert werden muss. Der Staat ließ schon in einigen Geschäften subventioniertes Hühnerfleisch verkaufen, damit sich auch ärmere Schichten noch hin und wieder Fleisch leisten können. Trotzdem besteht die Sorge, dass es aufgrund der schlechten Versorgungslage zu Unruhen kommen könnte. Daher schlug der Chef der Nationalen Sicherheitskräfte, Esmail Ahmadi-Moghaddam, bereits Maßnahmen vor, die aus europäischer Perspektive eher lächerlich wirken. So empfahl er, ab sofort kein Huhn mehr im Fernsehen zu zeigen. „Es wird gezeigt, wie Hühnchen gegessen wird und jemand schaut zu, der sich das nicht leisten kann. Zuschauer könnten auf den Gedanken kommen, zu ihren Messern zu greifen und sich ihre Rechte von den Reichen zu holen", so Ahmadi-Moghaddam.

Letztendlich würde dies dem Westen entgegenkommen. Dieser wünscht sich seit langem, dass es im Iran durch Erhebung der unzufriedenen Bevölkerung zu einem Regimewechsel kommt. Allerdings hat der sogenannte Arabische Frühling gezeigt, dass die Ergebnisse auch nicht immer im Sinne des Erfinders sind. Zumindest kann der Westen derzeit behaupten, dass man im Iran die ersten Folgen der Sanktionen schmerzlich spürt.

Rebecca Bellano



Foto: imago

Begrenzte Auswahl an Waren: Die Menschen in Teheran bekommen die Folgen der Sanktionen zu spüren

Zu viele Asylanten

Australien leidet unter Wirtschaftsflüchtlingen

Ende 2007 wählten die Australier den Sozialisten Kevin Rudd zum neuen Regierungschef. Bald danach begann ein Zustrom von Asylbewerbern in das Land, das durch seine Insellage eigentlich immun gegen Wirtschaftsflüchtlinge sein sollte. Allein im Juli versuchten rund 1500 Menschen aus Sri Lanka, dem Irak oder Afghanistan als „Boat People" Australien zu erreichen. Startpunkt der Asylantenboote ist meist Sri Lanka oder Indonesien. Anfang der 1990er Jahre hatten die damalige konservative Regierung und die Opposition überparteilich noch gemeinsam ein Gesetz beschlossen, das den damaligen Zustrom eindämmte. Alle Personen, die damals ohne Visum in Australien eintrafen, wurden zwangsweise interniert. Dafür gab es Lager in Zentralaustralien oder auf pazifischen Inseln. Jeder Asylbewerber konnte jedoch mit australischer Unterstützung in sein Ursprungsland zurückkehren. Ausländer und Asylantenlobby waren über diese Vorgehensweise empört und Rudd versprach anlässlich seiner Wahl eine Lockerung der Bestimmungen.

In asiatischen Medien stand, dass die Marine Sri Lankas allein vom 7. bis 21. Juli acht Boote mit insgesamt fast 400 Menschen vor oder kurz nach der Abfahrt aufgebracht hat. In Indonesien wurden am 18. Juli fünf Offiziere verhaftet, weil sie 45 Wirtschaftsflüchtlinge mit einem Armee-Lkw zu ihrem wartenden Boot bringen wollten. Die neue sozialistische Premierministerin Australiens, Julia Gillard, redet indessen viel von der Lösung des Problems – erreicht hat sie hingegen nichts. Ihr Versuch, 800 Bootsflüchtlinge im Tausch gegen 4000 registrierte Flüchtlinge nach Malaysia abzuschieben, wurde dieser Tage juristisch untersagt, weil Malaysias Gesetze den Schutz der Wirtschaftsflüchtlinge nicht garantieren" könnte.

Justiz verhinderte Abschiebung

Wie dreist die Führer der Flüchtlingsboote derweil geworden sind, zeigte sich jüngst, als ein in Seenot geratenes Boot eine Rückkehr an die rettende (nahe) indonesische Küste ablehnte und beharrlich in Richtung offene See bis in internationale Gewässer steuerte. Dort erwartet die „Flüchtlinge" die „Rettung" durch die australische Marine. Gleich nach Erreichen der internationalen Gewässer setzen diese Seelenverkäufer Notrufe ab, um Marineeinheiten zu ihrer Rettung herbeizurufen. *Theo Maass*

Wohlstand contra Nationalismus

Irakische Kurden-Region erlebt in Anlehnung an die Türkei eine ungeahnte Hochkonjunktur

Die mit erfundenen „Beweisen" losgetretene amerikanisch-britische Irak-Invasion 2003 wird meist als katastrophal beurteilt. Doch es gab auch Nutznießer: nicht nur Rüstungskonzerne und Söldnerfirmen, sondern vor allem die irakischen Kurden. Denn die drei größtenteils von Kurden bewohnten nordostirakischen Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniyya bilden heute den Kern der autonomen Region Kurdistan, die de facto, wenngleich nicht de jure ein selbstständiger Staat ist und einen wahren Wirtschaftsboom erlebt.

Die Autonomie geht auf ein Abkommen von 1970 zurück, das der damalige Vizepräsident Saddam Hussein mit den Kurdenführern unter Mustafa Barzani unterzeichnet hatte. Die Praxis sah dann anders aus, wie spätere Kurden-Massaker belegen. Dazu kam, dass der Westen dem in der UdSSR ausgebildeten Barzani misstraute und im irakisch-iranischen Krieg 1980 bis 1988 Saddam Hussein massiv unterstützte. Der Druck auf die Kurden ließ erst nach, als im Zuge des zweiten Golfkriegs 1991 der Nordirak Flugverbotszone wurde. Allerdings lieferten sich dann die Anhänger von Masud Barzani, dem Sohn von Mustafa Barzani, mit denen von Dschalal Talabani, der ursprünglich Barzanis Partei angehört hatte, einen Bruderkrieg, der tausende Opfer forderte.

Der innerkurdische Konflikt ist heute entschärft, denn Barzani residiert als kurdischer Präsident oder eher Gaufürst in der Regionshauptstadt Erbil, und Talabani ist als irakischer Staatspräsident „entsorgt". Gemeinsam mit den kurdischen Abgeordneten im irakischen Parlament hilft er so der Zentralregierung und der „Staatengemeinschaft", die Fiktion von einem ungeteilten Irak am Leben zu erhalten. Zur Sicherheitslage trägt derweil bei, dass die irakischen Kurden fast durchweg Sunniten sind und dass ethnische Minderheiten zahlenmäßig unbedeutend sind.

Die autonome Region ist de facto ein Staat

Ebenso entscheidend ist die äußere Sicherheit. Die US-Truppen gelten als Befreier, und CIA und Mossad haben daher freie Hand für alles, was für den Iran Einkreisungspolitik ist. Und die Türkei, die in der kurdischen Autonomie eine Gefahr für ihre territoriale Integrität sah und häufig PKK-Basen im Irak angriff – zum Teil mit stillem Einverständnis von Saddam Hussein –, unterhält mit der autonomen Region heute so enge wirtschaftliche Beziehungen, dass manche schon von einer Achse Ankara–Erbil sprechen.

Barzani weiß, dass eine formale Unabhängigkeit vor allem für die Türkei inakzeptabel wäre. Und die türkische Führung weiß, dass wachsender Wohlstand die Bereitschaft der kurdischen Führung vertreibt, diesen wieder aufs Spiel zu setzen, wie das bei Unterstützung „der kurdischen Brüder" in der Türkei oder gar einer Vereinigung der mindestens 20 Millionen Kurden in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien der Fall wäre. Ankara und Erbil „warnen" daher gemeinsam vor dem Freiheitsstreben der syrischen Kurden, denen das bedrängte syrische Regime jüngst nordsyrisches Gebiet überließ und die ins Fahrwasser der PKK geraten könnten.

Wie aber der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu beim vorwöchigen Besuch in Erbil und Kirkuk wieder zum Ausdruck brachte, lehnt die Türkei als Schutzmacht der Turkmenen auch die kurdischen Ansprüche auf Anschluss der kurdisch-arabisch-turkmenisch gemischten Region Kirkuk ab – „eigentlich" war dort eine Volksabstimmung vereinbart.

Grundpfeiler des Wirtschafts-Booms sind die 17 Prozent der irakischen Erdöleinnahmen, die der Region zufließen, und die relative Sicherheit, die ausländische Investoren anlockt. Die Türkei, deren Ostregion einst unter dem Irak-Embargo gelitten hatte, ist auch hier führend. Überall herrscht rege Bautätigkeit für Wohnraum und immer luxuriösere Hotels und Einkaufszentren. Etwa zwei Dutzend internationale Fluggesellschaften bieten heute direkte Linienflüge nach Erbil an. Dass bei Großaufträgen der Barzani-Klan mitschneidet, ist „normal" und wird hingenommen, weil es im Unterschied zu anderswo ja allen besser geht.

Erbil hat inzwischen mit rund 50 Ölfirmen direkte Verträge abgeschlossen – was Bagdad als illegal erachtet – und will über zwei von türkischen Firmen gebaute Leitungen ab 2013 selber Erdöl und später auch Erdgas exportieren. Ein Gesamtkurdistan, das unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht am Ende des Ersten Weltkriegs möglich schien, aber von den Siegermächten verhindert wurde, ist jedenfalls unrealistischer denn je.

R. G. Kerschhofer

Draghi im Zwielicht

EZB-Präsident unter Lobbyismus-Verdacht – Tätigkeit bei Goldman Sachs immer noch Thema

Bereits zu seinem Amtsantritt als EZB-Chef war Mario Draghi wegen seiner Vergangenheit bei der Investmentbank Goldman Sachs umstritten. Inzwischen sind gegen den Italiener neue Vorwürfe aufgetaucht.

„In der Bankenbranche bestens vernetzt“: Das war eines der Argumente, das bemüht wurde, als an die Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) der Italiener Mario Draghi statt des ursprünglich vorgesehenen Bundesbankvertreters Axel Weber treten sollte. Ausgerechnet die angepriesene Vernetzung entwickelt sich für Draghi nun zu einem Problem. EU-Ombudsmann Nikiforos Diamandouros hat gegen den EZB-Chef Draghi Ermittlungen eingeleitet. Der erhobene Vorwurf: ein Interessenskonflikt. Zum einen steht Draghi seit November 2011 an der Spitze der EZB, zum anderen ist er aber auch Mitglied einer Lobbyistenvereinigung von hochrangigen Bankvertretern namens G30. Die „Group of Thirty“ ist ein Zusammenschluss führender Bankvertreter, deren Ziel es selbst nach eigenen Angaben ist, Einfluss auf die Entscheidungen im Finanzsektor zu nehmen.



Genervt: Vorwürfe können Mario Draghi nicht wirklich schaden, doch sie stören ihn

Bild: Mario Vedder/dapd

Auf den jährlichen G30-Treffen, die hinter verschlossenen Türen abgehalten werden, sind hochkarätige Vertreter von Investmentbanken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und JP Morgan sowie, wie erst jetzt der Öffentlichkeit bewusst wird, eben auch Mario Draghi anwesend. Mit Hilfe eines Fragenkatalogs, den die EZB bis Ende Oktober beantworten soll, versucht der EU-Ombudsmann Diamandouros nun zu klären, inwieweit Draghi durch seine G30-Aktivitäten in einen Interessenkonflikt geraten ist.

Ins Rollen gebracht wurden die Ermittlungen durch den Verein „Corporate Europe Observatory“, der sich um Transparenz im Wirtschaftsleben bemüht. Kenneth Haar, Vertreter der Organisation, sieht im Falle Draghis einen klaren Interessenkonflikt. „Die EZB nimmt eine immer größer werdende Rolle bei der Bankenregulierung ein. Es sollte uns Sorgen bereiten, dass ausgerechnet ein Mitglied der G30 ihr Chef ist.“ Draghis Mitgliedschaft bei den G30-Lobbyisten ist vor allem mit Blick auf die geplante EU-Bankenunion hochbrisant. Künftig sollen die 25 größten Banken der Euro-Zone von der EZB überwacht werden – gleichzeitig ist zu befürchten, dass Vertreter der zu kontrollierenden Banken bei den G30-Treffen mit dem „Privatmann“ Mario Draghi regelmäßig an einem Tisch sitzen.

So unangenehm die Ermittlungen für Draghi momentan auch sein mögen, eine wirkliche Gefahr gehen von den Fragen des EU-Ombudsmanns nicht aus. Ein Sonderbericht an das Europa-Parlament ist schon das wirksamste Instrument, das dem Vertreter von Bürgerinteressen von der EU zugestanden wurde.

Trotzdem kommen die Vorwürfe für Draghi zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Auch

Sohn bei Großbank für Zinsentwicklung verantwortlich

seine Vergangenheit bei der Investmentbank Goldman Sachs droht nämlich wieder in den Blick der Öffentlichkeit zu geraten. Der Informationsdienst Bloomberg hat vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Klage gegen die EZB eingereicht. Unter Berufung auf das Recht auf Informationsfreiheit wird nichts anderes gefordert, als dass die EZB Dokumente freigibt, die sich mit dem umstrittenen Geschäft zwischen Griechenland und Goldman Sachs befassen. Bisher ist die Herausgabe der Unterlagen zu den damaligen Geschäften, mit deren Hilfe die wahre Verschuldung Griechenlands vor dem Euro-Beitritt verschleiert worden war, von der EZB beharrlich verweigert worden. „Dies hätte die negative Wahrnehmung der griechischen Fähigkeit, seine Schulden zurückzuzahlen, befeuert“, so die etwas gedrechselte Begründung der Anwältin der EZB, Marta Lopez Torres.

Schaden nehmen könnte allerdings vor allem Mario Draghi. Der hat zwar bisher stets behauptet, die anrüchigen Geschäfte wären bereits vor seiner Zeit bei Goldman Sachs eingefädelt worden. Tatsächlich hat Draghi erst im Jahr 2002 seine Arbeit bei der Investmentbank aufgenommen, als die Geschäfte bereits unter Dach und Fach waren. Allerdings war Draghi bis zum Jahr 2006 Chef für das Risiko-Management des Europageschäfts von Goldman. Seine Aufgabe wäre es gewesen, die Entwicklung eben solcher Geschäfte wie mit Griechenland im Auge zu behalten. Da die umstrittenen Verträge erst im Jahr 2005 durch Überwälzen auf die Griechische Zentralbank von Goldman aufgelöst wurden, ist kaum denkbar, dass Draghi überhaupt keine Kenntnis vom trickreichen Griechenland-Deal gehabt hat, wie er stets behauptet. Sollte er als zuständiger Risiko-Kontrolleur tatsächlich nichts mitbekommen haben, dann wäre „Super-Mario“ zum damaligen Zeitpunkt wahrscheinlich eine der teuersten Fehlbesetzungen in der Europazentrale von Goldman Sachs gewesen.

Fast schon als Lappalie im Vergleich zu den Vorwürfen um die Mitgliedschaft bei den G30 und der Vergangenheit bei Goldman Sachs mutet da ein anderes Detail aus dem familiären Umfeld Mario Draghis an: Giacome Draghi – einer der beiden Söhne des EZB-Chefs – ist für die Großbank Morgan Stanley in London tätig. Die Karriere-Plattform „Linked“ weist ihn als „Vice President interest rate trader“ aus. Der Filius ist demnach bei der Investmentbank ausgerechnet auf dem sensiblen Gebiet der Zinssatzentwicklung in einer Führungsposition, während sein Vater bei der EZB maßgeblich die Weichen bei der Zinsentwicklung stellt. *Norman Hanert*

KURZ NOTIERT

Nach Euro-Ländern jetzt Osteuropa: Zwar geht es Polen und den baltischen Staaten wirtschaftlich noch so gut, dass sie geringe Wachstumsraten in diesem Jahr verbuchen können, doch andere osteuropäische Staaten spüren bereits jetzt die Folgen der Euro-Krise. Da der Euro-Raum wichtigster Handelspartner Osteuropas ist, hat der sinkende Absatz in dem Währungsraum die Folge, dass die Konjunktur auch in Osteuropa einbricht. Tschechien und Bulgarien begegnen der Wirtschaftsflaute mit Haushaltskürzungen, was wiederum die Binnennachfrage zusätzlich schwächen dürfte. Ungarn und Rumänien leiden vor allem an innenpolitischen Turbulenzen. *Bel*

Aus Gewinn kann schnell Verlust werden: Trotz massiven Interventionen zur Stabilisierung des Frankenkurses konnte die Schweizer Nationalbank in der ersten Jahreshälfte einen Gewinn von 6,5 Milliarden Franken (5,4 Milliarden Euro) verbuchen. Dieser Gewinn ist überwiegend den Devisenanlagen zu verdanken, die allerdings auch ein großes Gefahrenpotenzial in sich bergen. Seit Anfang des Jahres stieg der Bestand von umgerechnet 108 auf 365 Milliarden Franken. 60 Prozent davon sind in Euro angelegt. *Bel*

Einheitssteuer durchaus sozial: Da die Einheitssteuer von 19 Prozent aus „sozialer Sicht“ unsinnig sei, bestimmte der slowakische Premierminister Robert Fico ihre Abschaffung. Doch die Slowakei-Expertin Doris Hanzl-Weiß vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche sieht anhand der Erfahrungen in der Slowakei keinerlei Belege für die These des Sozialisten Fico. Denn mit Einführung der Einheitssteuer 2003 ging die Steuerhinterziehung in der Slowakei massiv zurück, da sie sich einfach nicht mehr lohnte. Da auch Ausnahmeregelungen abgeschafft wurden, stieg so das Steueraufkommen trotz niedrigem Steuersatz deutlich an. Zudem zog die Einheitssteuer Unternehmen ins Land, so dass sich auch auf diesem Wege die Steuereinnahmen erhöhten. Von den erhöhten Einnahmen wiederum profitierten letztendlich alle Slowaken. *Bel*

Bonität in Gefahr

Luxemburg: Im Juncker-Land liegen die Nerven blank

Ich will kein Deutschland, vor dem Europäer Angst haben.“ Es war Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, der so ohne jegliche diplomatische Zurückhaltung unlängst von Deutschland mehr Einsatz bei der Euro-Rettung verlangte. Ähnlich offenherzig gab sich der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“: „Wieso eigentlich erlaubt sich Deutschland den Luxus, andauernd Innenpolitik in Sachen Euro-Fragen zu machen? Warum behandelt Deutschland die Euro-Zone wie eine Filiale?“

Einen Hinweis, welcher Grund hinter den scharfen Angriffen auf Deutschland stecken könnte, liefert ein Blick auf die jüngsten Einschätzungen von Ratingagenturen im Hinblick auf Luxemburg. Nachdem bereits Standard & Poors den Ausblick für das bisher erfolgsverwöhnte Großherzogtum auf „negativ“ gesenkt hatte, wurden dem EU-Musterschüler Luxemburg von Moodys nun regelrecht die Leviten gelesen. Trotz eines Schuldenstands von lediglich 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und eines kaum ins Gewicht fallenden laufenden Haushaltsdefizits wurde dem Land der Verlust seiner bisherigen Bonitätsbestnote angedroht. Leiden könnte die Bonität ausgerechnet durch das, was Juncker und Asselborn noch stärker von Deutschland fordern. Die Garantien des Großherzogtums für die Euro-Rettung sind es vor allem, die Moodys inzwischen an Luxemburgs Bonität zweifeln lassen. Im Klartext: Luxemburg droht die

Attacken gegen Deutschland

Quittung für die Rettungspolitik für den Euro zu erhalten.

Es ist allerdings nicht der einzige Zweifel, den Moodys hegt. Sorgen bereitet ebenfalls die starke Abhängigkeit des Landes vom Finanzsektor. Sollte es auf diesem Gebiet Einbrüche geben, dann werden der Arbeitsmarkt, das Bruttovolkseinkommen und die Steuereinnahmen des Großherzogtums stark in Mitleidenschaft gezogen werden, so Moodys. Hinfällig werden könnte das „Geschäftsmodell Luxemburg“ allerdings bereits, wenn es zu einer stärkeren Regulierung der Finanzindustrie durch die EU kommt, wie dies immer stärker gefordert wird.

Abkühlen könnte sich das Verhältnis der bisherigen Vorzeigeeuropäer zu Brüssel aber noch aus anderen Gründen. In ihrem jüngsten Länderbericht hat die EU-Kommission auf Gefahren für Luxemburg hingewiesen und Reformen angemahnt. Gewöhnt an volle Kassen und sprudelnde Einnahmen fällt dem Land das Sparen allerdings schwer. Tatsächlich wird es aber auch für Luxemburg nötig, an verschiedenen Stellen den Rotstift anzusetzen. Innerhalb der EU zahlt das Land etwa den höchsten Mindestlohn: 1800 Euro pro Monat sogar für Ungelernte. Gefahren sieht die EU aber vor allem beim Rentensystem. Zwar wurde bereits eine Rentenreform beschlossen, die Übergangszeit soll aber 40 Jahre betragen. Das ist selbst der EU-Kommission zu lang, zumal Regelungen zur Frühverrentung fast unverändert geblieben sind. Die Empfehlung aus Brüssel an Luxemburg lautet deswegen: Eindämmung der indirekten Staatsverschuldung, indem die Rentenansprüche zurückgeschraubt werden. Für viele Luxemburger dürften derartige Töne aus Brüssel noch recht ungewohnt klingen. *N.H.*

Alternativen zum Euro?

Deutsche Regionalwährungen werden immer beliebter

Für ein Pfund Kirschen zahlen Kunden in Plön nicht zwei Euro, sondern zwei „KannWas“. In Obstläden an der schleswig-holsteinischen Seenplatte darf neben dem Euro jetzt auch in einer weiteren Parallelwährung gezahlt werden. Schon rund 300 Betriebe und Geschäfte akzeptieren dieses alternative Zahlungsmittel, das die regionale Wirtschaft ankurbeln soll. Und im Norden Deutschlands ist man damit nicht allein. Bundesweit gibt es fast 40 solcher Regiogelder – und die Tendenz steigt an.

Dabei ist es nicht die Angst vor dem Zerfall des Euros, die viele dazu treibt, anderen Währungen zu vertrauen. Regionalgelder wie der „Urstromtaler“ in Sachsen-Anhalt, die „Havelblüte“ in Brandenburg oder – als bekanntester – der „Chiemgauer“ im bayerischen Chiemgau basieren im Wechselkurs 1:1 auf dem Euro. Das mit fälschungssicheren Merkmalen hergestellte Papiergeld kann nur in einem regional begrenzten Raum ausgegeben werden, um den Absatz heimischer Betriebe wie Landwirtschaft oder Gastronomie zu stärken. Und das Prinzip funktioniert, aber nur so lange, wie die Währung auch im Umlauf bleibt.

Damit die Menschen das Geld nicht horten, wird auf das Zahlungsmittel ein sogenannter Negativzins erhoben, wenn es länger als 30 Tage auf einem Konto verbleibt. Das Ersparte verliert dann an Wert. Viele Unter-



Gezahlt wird mit Chiemgauer

nehmen unterstützen das und zahlen ihren Mitarbeitern neben dem Gehalt in Euro einen Teil in der Regionalwährung aus. Und auch nur sie dürfen dieses Geld in Euro zurücktauschen gegen eine Gebühr von fünf Prozent.

Die Beliebtheit der regionalen Taler hat ihren Grund im Gutschein-Prinzip, das viele Geschäfte übernommen haben, um Käufer an sich zu binden. So geben Modeläden für den Kauf eines Kleides einen Bon heraus, mit dem man beim nächsten Kauf sparen kann. Im Internet ist das längst gängige Praxis, haben sich dort vor allem in Tauschbörsen virtuelle Währungen entwickelt. So erhält man für den Verkauf einer DVD oder eines Buches eine Anzahl von Punkten oder Tickets, die man später gegen einen anderen Artikel einlösen kann.

Für Wirtschaftsexperten interessant ist die Tatsache, dass sich trotz der EU-weiten Einheitswährung des Euros ein gegenläufiger Trend hin zur Regionalwährung vollzieht. So könnte die Idee des Negativzinses auch eine Lösung des Euro-Problems in anderen Ländern sein. Gäbe es in Griechenland alternativ eine solche Währung parallel zum Euro, könnte es auch dort helfen, die heimischen Absatzmärkte in Schwung zu bringen, weil die Bevölkerung dann dazu gezwungen ist, das Geld innerhalb einer bestimmten Zeit auszugeben.

Allerdings hält sich der Erfolg der deutschen Regionalgelder auch in Grenzen. So macht der Jahresumsatz des „Chiemgauers“ gerade einmal 0,01 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in der dortigen Region aus. *H. Tews*

Desaströse Bilanz

Von Wilhelm v. Gottberg

Was treibt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) an? Wir wissen es nicht. Seine Leistungsbilanz als Bundesfinanzminister und als vormaliger Bundesinnenminister im Kabinett Angela Merkel ist jedenfalls miserabel. Das gilt auch für seine Zeit als Oppositionspolitiker in der Schröder-Fischer-Ära und für sein Wirken in den beiden letzten Kabinetten Kohl von 1990 bis 1998.

Schäuble war ein dynamischer 50-Jähriger, als er mit seinem Gegenüber aus der DDR Günter Krause 1990 den Einigungsvertrag aushandelte. Schon da wurde er auffällig. Er war es, der vehement die Rückgängigmachung der Enteignungsmaßnahmen in der DDR zwischen 1945 und 1949 ablehnte. Sein Spott für die Enteignungsopfer ist unvergessen.

In dieser Zeit musste er einen schweren Schicksalsschlag hinnehmen. Als Folge eines Attentats auf ihn bleibt er zeitlebens an den Rollstuhl gefesselt. Man muss konzedieren, dass dieses Ereignis eine Persönlichkeitsveränderung bei Schäuble ausgelöst haben könnte. Jedenfalls ist der Schwerbehinderte in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten als Ehrgeizling aufgefallen. Er wollte gerne Bundeskanzler werden. Als Bundesvorsitzender der CDU musste er zurücktreten wegen einer Falschaussage vor dem Parlament. Er wollte gerne Bundespräsident werden. Das wurden Johannes Rau und später dann aufgrund einsamer Merkel-Entscheidungen Horst Köhler und Christian Wulff.

Wolfgang Schäuble enttäuscht auf ganzer Linie

Der Mann aus Baden-Württemberg war nie ein Freund der Heimatvertriebenen. Gleich nach Edmund Stoibers großer Rede beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2002 in Leipzig, als dieser Polen aufforderte, auf die Vertriebenen zuzugehen, reiste Schäuble nach Warschau. Dem Vernehmen nach soll er dort die politische Klasse Polens mit dem Hinweis auf „Stoibers Wahlkampfrhetorik" beruhigt haben.

Unvergessen, dass Schäuble als Innenminister im ersten Kabinett Merkel durch Änderung der entsprechenden Gesetze alle nach 1945 geborenen Ostdeutschen zu gebürtigen Polen, Russen oder Litauern machen wollte.

Verheerend Schäubles Wirken als Bundesfinanzminister. Rechtsbrüche und Wortbrüche kennzeichnen sein politisches Wirken seit 2009. Er ist unfähig, deutsche Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Eigene (deutsche) Interessen durchsetzen, das ist erfolgreiche Politik. Schäuble hätte niemals der Streichung der No-Bailout-Klausel (Nicht-Beistandsklausel) des Maastricht-Vertrages zustimmen dürfen.

Schlimmer aber noch ist Schäubles Zustimmung zum europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der ESM ist ein Vertrag, der Deutschlands dauerhafte Versklavung besiegelt. Vor diesem Hintergrund ist es nachrangig, dass der Bundesfinanzminister die Verschuldung Deutschlands trotz enormer Steuermehreinnahmen weiter hochgetrieben hat. Es belegt aber seine mangelnde Qualifikation.

Schäuble ist 70 und schwerbehindert. In maßloser Selbstüberschätzung hält er sich immer noch für unersetzlich. Dennoch wäre es unfair, in Schäuble den allein Schuldigen für die verantwortungslose Rettungsschirmpolitik zu sehen. Artikel 65, Satz 1 des Grundgesetzes: „Der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung."

Adé Rechtsstaat

Von Sascha Günther

Die Niederländer haben dieser Tage gezeigt, dass sie es mit der Privatsphäre und dem Datenschutz nicht so genau nehmen und dass ein Eckpfeiler der Europäischen Union gescheitert ist: der Wegfall der Binnengrenzen. Ein integraler Bestandteil eines „vereinten Europas" ist das Schengen-Abkommen und die damit verbundene Abschaffung der Grenzkontrollen der Mitgliedsländer. Wenn die Niederlande nun ihre Grenzen wieder gegen Kriminalität verteidigen müssen, dann ist das nur der Beweis dafür, dass Schengen nicht funktioniert.

Der Umstand, dass die EU allerdings keine Probleme mit der Speicherung von Daten durch die Niederlande hat, ist leider nichts Ungewöhnliches, wenn man deren sonstige Vorhaben ansieht. Ihr neuestes Steckenpferd ist die komplette Überwachung ihrer Bürger. Unter dem Akronym „Indect" bastelt sich die EU ein Projekt, dessen Ausmaße sich bisher nur Science-Fiction-Autoren auszudenken gewagt haben. „Indect" ist ein Forschungsprojekt, dessen Ziel es ist, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, Städte und deren Bürger immer, überall und ununterbrochen überwachen zu können. Dafür wird die Internetkommunikation überwacht, durch Überwachungskameras soll verdächtiges Verhalten erkannt werden und es möglich sein, durch Gesichtsabgleichungen jeden Menschen sofort zu identifizieren. Wer etwas Falsches sagt, zu schnell läuft, zu lange im Bus sitzt oder zu laut spricht, kann dann automatisch von unbemannten Drohnen weiter verfolgt und kontrolliert werden. Damit kein Mensch mehr unbeobachtet bleibt, kann via Handy-Ortung und Satellitenüberwachung jede Person genau gefunden werden. Entdeckt das „Indect"-System einen Verdächtigen – und hier schließt sich der Kreis zu den Niederlanden – bekommen Polizisten den Hinweis, wer festzunehmen ist. Alles natürlich im Namen der Kriminalitätsbekämpfung.

EU plant System, das sogar Gesichter abgleichen kann

„Wenn Sie ein Bild von der Zukunft haben wollen, so stellen Sie sich einen Stiefel vor, der auf ein Gesicht tritt. Unaufhörlich." George Orwells Prognose scheint 62 Jahre nach seinem Tod einzutreten. Denn der Brüsseler Stiefel tritt zu: auf die Privatsphäre, den Rechtsstaat und die Freiheitswerte unserer Gesellschaft. Auf die Grundfesten unseres Rechtsverständnisses, nämlich, dass jeder solange unschuldig ist, bis ihm das Gegenteil bewiesen wird. Wer kann da noch ernsthaft glauben, all dies geschehe zu unserem Besten? Wir rauchen schon für die innere Sicherheit, tanken für die Rente, jetzt sollen wir unsere Privatsphäre opfern zur Kriminalitätsbekämpfung? Im Namen der Gefahrenabwehr angeblich neuer Bedrohungen ist alles erlaubt, auch eine fließende Grenze vom Rechts- zum Polizeistaat. Bei dem Überwachungswahnsinn fragt man sich, ob man in der Stasi-DDR lebt, aber diesmal mit Coca Cola und Bananen.



Schnellstraße B54 zwischen Gronau und Enschede an der deutsch-niederländischen Grenze: Wer es nicht weiß, achtet nicht auf die Kameras über der Straße. Doch sie sind nur der Anfang einer technisch gestützten Überwachung zur Kriminalitätsbekämpfung, wie die offizielle Begründung lautet. Die EU will sogar Satelliten und Drohnen einsetzen.

Bild: P. Grewer/dapd

Moment mal!



Mozart mit Majo statt Mitbestimmung

Von Klaus Rainer Röhl

Im September entscheidet das Verfassungsgericht, ob die Klagen gegen den EU-Rettungsfonds ESM begründet sind. Schon heute aber gelten die Deutschen als die Verlierer der Euro-Krise. Sogar Enteignungen stehen im Raum. Aber da das die Bevölkerung nicht zu früh erfahren soll, muss das Problem unübersichtlich gehalten werden. Von wem? Von allen. Die meisten schauen ja selber nicht durch bei der Krise.

Wir Deutschen, die Österreicher, Niederlande und Finnen stecken viele hundert Milliarden in die Euro-Rettung, haben aber nichts dabei zu verlieren? Wer das glaubt, wird selig. Mitbestimmen dürfen die Deutschen nicht, aber teilhaben an den Ereignissen. Derweil lächelt die Kanzlerin entspannt in die Fernsehkameras und betont, es gebe ja keine Alternative zu dem eingeschlagenen Kurs. Also durch. Mit Stolz und Vorurteil. Je weniger das sogenannte Volk, die meisten, trotz vieler Einbürgerungen, immer noch Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, mitbestimmen darf, desto mehr nimmt es teil an der Schau. Es ist keine richtige Teilhabe, wie sie etwa in der Schweiz praktiziert wird, wo jeder abstimmt über die wichtigen Fragen. Wie viele Einwanderer zum Beispiel ins Land kommen dürfen und wie lange, oder ob noch eine Moschee in bester Stadtteillage gebaut werden soll oder nicht. Nein, entschieden die Schweizer. Wir dürfen es nicht.

Aber über die Nachrichten nehmen die Deutschen teil an allen Ereignissen. Mit vielen bunten, sich überstürzenden Bildern. Über das Geld, was in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden, aber eben auch nicht mehr im deutschen Parlament. Selbst Hitler brauchte das Parlament für die Ermächtigungsgesetze, aber Angela Merkel braucht gar kein Ermächtigungsgesetz. Sie ist schon ermächtigt, über die Zukunft unseres Geldwerts zu entscheiden. Wer wen besiegt, entscheiden die deutschen Bürger ebenso wenig wie die Zuschauer bei den Olympischen Spielen. Aber sie dürfen dabei sein, und weil ihr Kontakt zur Außenwelt in den letzten Jahrzehnten immer mehr auf die inzwischen nur noch streichholzgroßen Handys oder iPads beschränkt ist, hat der liebe Gott, der nicht nur die Banken und ihre Manager erfunden und ihnen das Leben erhalten hat, das Public Viewing erschaffen. Der Begriff ist außerhalb Deutschlands nicht im Gebrauch, bedeutet doch Public Viewing auf Englisch klar und deutlich „öffentliche Leichenschau". Die hilfsweise versuchte Übersetzung „Rudelkucken" hat sich nicht durchsetzen lassen. Das gemeinsame Fernsehen auf kleinen oder großen Plätzen, in Gartencafés oder Riesenarenen wie in Berlin und London und überall in der westlichen Welt, hat sich durchgesetzt, überall, wo Menschen zu Bier und Cola, Pommes und Currywurst vereint sind. Sie können an allem teilnehmen, mit Großleinwand und Riesenlautsprecher, sie haben jedenfalls das Gefühl einer Teilhabe, das virtuelle Gefühl, dabei zu sein, mitten in der wirklichen Welt. Sie träumen laut und gemeinsam, das haben sich die Diktatoren aller Zeiten gewünscht. Es ist ein perfektes Als-Ob-Gefühl. Sie können schreien, jubeln, grölen über den gelungenen Tiebreak im Londoner Wimbledon-Stadion, mit den deutschen Reitern leiden, die Tore mit Wutgebrüll anzweifeln, die Athleten auspfeifen oder anfeuern – es hört sie ja keiner. Außer dem in Millionenanzahl zugeschalteten Fernsehpublikum, das ebenfalls wie Mondsüchtige oder wie Taubstumme das Gefühl genießt, dabei zu sein und etwas bewirken zu können. Gefühlte Teilhabe. Ein simuliertes Erlebnis, schöne, neue Welt, wie in Zukunftsromanen schon vor rund hundert Jahren von Hans Dominik, Aldous Huxley und Jules Verne vorausgesagt.

In Nachrichten erfahren wir, dass die Euro-Rettung alternativlos sei

Die Bierflaschen sind geleert, die Pommes-Pappteller auch. Die Großen machen weiter. Das Massen-Fernsehen von politischen und sportlichen Ereignissen, Theater- und Opernaufführungen oder eben den Olympischen Spielen hat sich in den letzten Jahren immer mehr durchgesetzt, beim Demonstrieren auf Facebook-Kommando wie beim Piraten-Parteitag. Informationsgesellschaft nennt man das. Jeder kann mitmachen. Auch bei der Kultur.

Dieses Jahr hat es wieder die kulturelle Teilhabe gegeben. Nennen wir nur die Aufführung von Mozarts „Zauberflöte" in Salzburg. Drinnen singt sich die Superdiva, die die Königin der Nacht spielt, die Kehle schmerzhaft für den Zuhörer buchstäblich aus dem Leib. Draußen nehmen Zuschauer vor einer Übertragungsleinwand einen kräftigen Schluck aus der Pulle und beißen herzhaft in die Bratwurst, picken die Pommes gleichmütig vom Pappteller. Mozart mit Majo und Ketchup. Die Opernintendanten passen sich schon lange dem Fritten-Geschmack an. Bei Wagners „Meistersingern" trat der Hauptheld im stilisierten Rockerkostüm nachvollziehbar radikal wie ein „Empörter" von der Occupy-Bewegung auf, und schon damals jubelten ihm, als er alles in Klump haute und mit Farbe bekleisterte, die Zuschauer vor der Riesenleinwand zu: „Cool!" Cool war auch die Mimi in „La Bohème" in Salzburg, in Minirock, Strumpfhosen und mit tätowiertem Hals – wie eiskalt ist dies Händchen, aber eben auch cool. Die Kamera zeigt die Tätowierung metergroß. Schon der Soziologe Ortega y Gasset beklagt, wie auch Wagner es schon über den Opernbetrieb seiner Zeit geschrieben hatte: „Das ist die Kunst, wie sie jetzt die ganze zivilisierte Welt erfüllt! Ihr wirkliches Wesen ist die Industrie, ihr moralischer Zweck der Gelderwerb, ihr ästhetisches Vorgeben die Unterhaltung der Gelangweilten." Unterhaltung. Ablenkung. Brot und Spiele. Es gibt ja keine Alternative.

Großleinwände schaffen die Illusion von Teilhabe

Auf zur nächsten Riesenleinwand, Kanzlerin! Es gibt auch ein Leben nach der Wahlniederlage von 2013. Ein Gauweiler, wer noch lästige Fragen nach Europas einstiger Macht und Größe stellt. Ein Schelm gibt mehr als er hat. Wahrlich: alles so großtuerisch, so herzlos und leer. Bis die Menschen vor der Großleinwand erwachen und dahin gehen, wohin sie immer wollten. Zur Wirklichkeit. Zum gesunden Menschenverstand.

Ein Park zur Aufklärung

Das Gartenreich Dessau-Wörlitz sollte den Untertanen von Fürst Franz etwas von der Welt zeigen

Der letzte Ausbruch des Vesuvs bei Neapel fand im Jahr 1944 statt. Der letzte „Ausbruch“ des Vesuvs bei Wörlitz in Sachsen-Anhalt war im Jahr 2010. Anlass war das zehnte Unesco-Welterbe-Jubiläum des Gartenreichs Dessau-Wörlitz. In diesem Monat soll der künstliche Vulkan zum Schauder der Gäste am 24. und 25. August erneut Feuer spucken. Der Grund dieses Mal: Die Region Anhalt begeht dieses Jahr ihre 800-Jahr-Feier.


Bild: E. Schulz/dapd

Dem Vesuv nachempfunden: Der letzte „Vulkanausbruch“ in Sachsen-Anhalt fand 2010 statt

Um das Gartenreich Dessau-Wörlitz als Ganzes zu erfassen, müsste man es aus der Luft betrachten oder – bequemer – sich im Internet auf virtuellem Weg einen Überblick verschaffen. Zu Fuß ist es mit seinen 142 Quadratkilometern, die sich zwischen der Bauhausstadt Dessau und der Lutherstadt Wittenberg an der mittleren Elbe und unteren Mulde erstrecken, nur in Etappen zu erobern. Als einer der ersten englischen Landschaftsparks Kontinentaleuropas und bedeutendes Zeugnis der Aufklärung entstand das Gartenreich in einem Zeitraum von mehr als 40 Jahren in der zweiten Hälfte des

Der Adlige reiste selbst nach Italien

18. Jahrhunderts und umfasst im Wesentlichen das Gebiet des historischen Fürstentums Anhalt-Dessau.

Die Dokumentation über die Fülle seiner Natur- und Kulturdenkmäler füllt die Bibliothek und die Archive auf Schloss Großkühnau, dem Verwaltungssitz der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz. Archive und Bibliothek gelten übrigens schon lange nicht mehr als Geheimtipp. Alle Schriften sind hier für jedermann einsehbar. Doch aller Kunstfertigkeit seiner Schlösser und ihrer reichen Ausstattung zum Trotz, die größte Attraktion im Gartenreich ist und bleibt sein feuerspeiender Vulkan.

Bereits 21 Jahre bevor Goethe völlig überstürzt und unvorbereitet 1786 von Karlsbad zu seiner ersten Italienreise aufbrach, hatte sich der junge Fürst Franz von Anhalt-Dessau (1740–1817) im Jahr 1765 wohlüberlegt und mit einem Reisemarschall, Georg Heinrich von Berenhorst, im Gefolge zu seiner Bildungsreise nach Italien aufgemacht.

Eine solche Grand Tour gehörte seit der Renaissance zur Ausbildung der Aristokratie, insbesondere der adligen Söhne. Das Kennenlernen von Kultur und Sitten fremder Länder sollte den Horizont erweitern und das Leben auf nützliche Art bereichern. Doch es dürfte nur wenige Fürsten gegeben haben, die zu jener Zeit den Bildungsgedanken derart verinnerlicht hatten wie Fürst Franz, dem es eine Herzensangelegenheit war, auch seine Untertanen an den gewonnenen Eindrücken teilhaben zu lassen.

Fürst Franz' Reise diente also mitnichten einem Selbstzweck. Bis heute sind seine Reise-Impressionen, nicht nur die seiner Italienreise, sondern auch solche seiner Reisen nach England, auf Schritt und Tritt erlebbar. Dabei war die öffentliche Zugänglichkeit von Gebäuden und Gartenanlagen von Anfang an Bestandteil des pädagogischen Konzepts zur Humanisierung der Gesellschaft, allen voran der 37 000 Seelen von Anhalt-Dessau.

In diesem Sinne war die grundlegende „Schulreform an Haupt und Gliedern“, zu welcher Fanz den Pädagogen Johann Bernhard Basedow von Altona nach Desssau berufen hatte, ein weiterer wichtiger Teil seines alle Lebensbereiche umfassenden Reformwerks. Ziel war die Formung eines ideal gebildeten Menschen, der geistige und körperliche Qualitäten vereint. Als pädagogische Musteranstalt wurde in Dessau das Philantropin, die Schule der Menschenfreundlichkeit, gegründet.

Seit 2000 Unesco-Weltkulturerbe: Mehr als vier Jahrzehnte wurde im 18. Jahrhundert an dem Gelände gebaut

Neben dieser Schule für die gehobenen Schichten realisierte Carl Gottfried Neuendorf eine umfassende Landesschulreform, die es sogar Kindern aus ärmeren Schichten ermöglichte, die Universitätsreife zu erreichen. Denn für sie war der Schulbesuch der neugegründeten Hauptschule in Dessau, der einzigen dahin führenden Einrichtung, sogar kostenlos.

Das eindrucksvollste Unterrichtsmittel in der Abteilung „Bildung durch Anschauung“ ist in diesem ganzen Programm aber zweifellos der sogenannte Wunderfelsen am Ostufer des Wörlitzer Sees, die Felseninsel Stein mit dem einzigen künstlichen Vulkan in ganz Europa. Obwohl ein Bau im Taschenformat, sollte der Stein dennoch bis ins Detail an sein Vorbild erinnern und dabei auch dessen Umgebung am Golf von Neapel mit einbeziehen. So führen durch seinen Fuß dunkle Felsengänge zu romantischen Grotten wie auf Capri, trifft man auf die faszinierenden Tempel des Lichts und der Nacht, erblickt ein Kolumbarium, eine antike Grabkammer, mit vorgeschichtlichen Bestattungsurnen, die bei der Anlage des Parks gefunden wurden, und ein antikes Theater.

Seit diesem Jahr ist nicht nur der Skulpturenschmuck im Grottenbereich der Insel Stein wieder komplett. Auch die drei eleganten Räume der Villa Hamilton, die sich ebenfalls noch auf dem winzigen Eiland befindet, können nach abgeschlossener Restaurierung erstmalig wieder vollständig besichtigt werden. Der kleine klassizistische Bau ist ein reizen-

Bildung lag Franz sehr am Herzen

des Freundschaftsmonument für den englischen Gesandten Sir William Hamilton, den Fürst Franz während seiner Grand Tour in Neapel in dessen Villa Emma besucht hatte.

Gemeinsam waren sie am 28. Februar 1766 auf den Vesuv gestiegen. Als leidenschaftlicher Antikensammler und Geologe soll Hamilton unbestätigten Berichten zufolge insgesamt 140 Exkursionen zu dem Vulkan unternommen haben. Für die Reisegesellschaft des Fürsten war die einmalige Besteigung aufregend genug. Fürst Franz hatte den Vesuv rauchend und feuerspeiend erlebt. Ein unvergessliches Erlebnis! Um dessen gesamte Aktivitäten zu Hause darzustellen, besitzt die Wörlitzer Kopie sogar einen Wasserfall, der sich angestrahlt wie glühende Lava in den Wörlitzer See ergießt. *Helga Schnehagen*

Ende eines Nationalsymbols

Laut Buchexpertin Beata Chmiel lesen und kaufen Polen nur selten Bücher. Dennoch wird die schlesische Metropole Breslau 2016 Kulturhauptstadt Europas, und das obwohl das hier ansässige Symbol polnischer Nationalkultur „Ossolineum“ seit Wochen in Konkurs ist, fünf Jahre vor dem 200. Geburtstag.

Benannt ist Polens älteste Bibliothek samt Verlag nach Graf Jozef Ossolinksi (1748–1826), „Präfekt“ der Hofbibliothek Wien und 1817 Begründer einer polnischen Buchsammlung, die der Kulturnot nach der Zweiten Teilung Polens, als Russen zum Beispiel die Bibliothek der gelehrten Brüder Zaluski raubten, begegnen sollte. Ossolinksi hatte von Anfang an Glück: Der Wiener Hof billigte sein Konzept einer „bibliotheca patria“ (Nationalbibliothek) und deren Sitz in Lemberg, polnische Mäzene wie Fürst

Polen interessieren sich kaum für Bücher

Henryk Lubomirski spendeten museale Sammlungen von Büchern, Manuskripten, Handschriften und Atlanten, was sich bis 1900 zu 110 000 Bänden summierte, ganz modern nach Numerus currens geordnet.

1918 wurde Polen Republik und das Ossolineum Symbol dieses Staats, erkennbar 1919 an der „Biblioteka Narodowa“ (Nationalbibliothek), Polens ältester Buchreihe. Seine Bestände erreichten immer neue Rekordhöhen, zumal es ab 1927 das „Pflichtexemplarrecht“ für Polens Printmedien besaß. Das Paradies endete im Zweiten Weltkrieg: Erst entnahmen Deutsche wertvolle Drucke, dann stahlen Sowjets den Rest, und bei Kriegsende musste Ossolineum aus dem nunmehr sowjetischen Lemberg ins nunmehr polnische Breslau flüchten. 1946/47 gaben die Sowjets 210 000 Bände zurück, behielten aber die wahren Schätze.

Später gesundete das Ossolineum wieder, nur ist seit 15 Jahren seine Lage „dramatisch mies“, faucht heute Kulturminister Bogdan Zdrojewski: Schlampige Verwaltung und hohe Schulden haben es in die „likwidacja“ getrieben, aus der Minister Zdrojewski wenigstens den Firmenmantel retten will. *Wolf Oschlies*

Vom Zirkus besonders angetan

Der Kinderbuch-Illustrator Josef Hegenbarth schuf aber auch zahlreiche Zeichnungen über das Alltagleben

In der Reihe „Schaufenster“ stellt das Kunstforum Ostdeutsche Galerie, so die Direktorin Agnes Tieze, „Teile unserer Schätze“ vor, verfügt die Einrichtung im Bereich Grafische Sammlung doch über rund 30 000 Arbeiten. „Der Künstler Josef Hegenbarth ist gut in der Sammlung vertreten“, leitet die Kuratorin und Leiterin der Grafischen Sammlung, Agnes Matthias, auf die diesem vielseitigen Schöpfer von Werken unterschiedlicher Gattungen gewidmete Gedenkausstellung „Manege frei – Josef Hegenbarth zum 50. Todestag“ über. Von den 123 Zeichnungen, 40 Grafiken sowie zahlreichen Mappenwerken sind in dem 74 Quadratmeter großen Ausstellungsraum 18 Zeichnungen, acht Druckgrafiken sowie einige weitere Exponate (wie von Hegenbarth verwendete Pinsel, von ihm illustrierte Bücher) zu sehen. „Er ist weit über die DDR hinaus bekannt geworden“, stellt Matthias zu Beginn ihrer Ausführungen fest, um dann einen Blick auf Hegenbarths Leben und Wirken zu werfen.

Bereits mit 21 Jahren siedelte er nach Dresden um und ließ sich zunächst bei seinem Vetter Emanuel Hegenbarth künstlerisch ausbilden. Es folgte von 1908 bis 1915 ein Studium der Malerei an der Kunstakademie Dresden bei Carl Bantzer und Oskar Zwintscher, später war er Meisterschüler bei Gotthardt Kühl. Seine erste Ausstellung bestritt Josef Hegenbarth im Jahr 1914 bei Emil Richter in

Von Ost wie West ausgezeichnet

Dresden, von 1917 bis 1919 hielt er sich in Prag auf und war Mitglied der Künstlergruppe „Die Pilger“ um August Brömse. Vor allem Radierungen und Zeichnungen standen in dieser Zeit im Vordergrund seines künstlerischen Schaffens. Nach seiner Rückkehr in die Elbmetropole bezog er ein Atelier im Künstlerhaus in Loschwitz, zwei Jahre später erwarb er ein Haus in diesem Stadtteil in der Calberlastraße 2, in dem er bis zu seinem Tod lebte und das seither unter anderem das Josef-Hegenbarth-Archiv beherbergt. Ab Mitte der 20er Jahre wurde Hegenbarth Mitarbeiter bei Zeitschriften wie der „Jugend“ (Münchner illustrierte Wochenschrift für Kunst und Leben) oder dem „Simplicissimus“. Mit dieser Mitarbeit sowie Buchillustrationen bestritt er zu der Zeit auch den Hauptteil seiner Einkünfte. Im Jahr 1936 heiratete er Johanna Aster (1897–1988), 1943 bis 1945 hielt er sich in seiner Heimat Böhmisch-Kamnitz auf, von wo er im Herbst vertrieben wurde und im Oktober 1945 wieder nach Dresden zurückkam, wobei er allerdings einen Großteil seiner dort geschaffenen Werke zurücklassen musste. Erst 1957 erfolgte deren Rückgabe. 1946 erhielt Hegenbarth eine Anstellung an der Hochschule für Werkkunst in Dresden, bereits ein Jahr später wurde er ordentlicher Professor an der dortigen Hochschule für Bildende Künste, doch bereits 1949 ging er – altersbedingt – in den Ruhestand, arbeitete jedoch als freier Künstler weiter. Er erhielt den Nationalpreis der DDR (1954), war Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Künste (1955), Außerordentliches Mitglied der Akademie der Künste Berlin (1956) und wurde 1960 in die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München aufgenommen.

„In seinem Werk bildete er vor allem öffentliche Bereiche ab“, charakterisiert die Kuratorin das Schaffen Hegenbarths. So waren Straßen mit den sich dort aufhaltenden Menschen sowie der Zirkus oder auch der Zoo mit den dortigen Menschen und Tieren



„Manege frei“: Zeichung aus dem Jahr 1953 — Bild: Kunstforum

zeitlebens von ihm dargestellte Themen – in ganz verschiedenen Techniken. „Er hat sich früh aus der impressionistischen Schulung befreit, seine Handschrift blieb auch in den unterschiedlichen Techniken erkennbar“, beschreibt Matthias. Als Detailthemen, die der Künstler immer wieder bearbeitete, nennt sie das soziale Elend (Bettler), Akrobaten im Zirkus (Clowns, Trapezkünstler) sowie nicht domestizierte Tiere (Löwe, Gepard, Bären). Zwei Pole – zum einen Naturstudien, zum anderen Phantasie – würden damit im Schaffen Hegenbarths deutlich. Als Illustrator hat er zudem Stoffe der Weltliteratur bebildert, beispielsweise von E.T.A. Hoffmann, Johann Wolfgang von Goethe, Karl May und Charles Dickens.

Im Rahmen der bis zum 21. Oktober laufenden Ausstellung gibt es ein buntes Begleitprogramm mit Führungen und Seminaren für Kinder, Jugendliche und auch Senioren. Näheres unter www.kunstforum.net. *Markus Bauer*

»Einigkeit und Recht und Freiheit«

Vor 90 Jahren machte Reichspräsident Friedrich Ebert das Deutschlandlied zur Nationalhymne

Ähnlich formlos wie die Bundesrepublik erhielt auch das Deutsche Reich das Deutschlandlied zur Nationalhymne. Wie in der zweiten übernahm auch in der ersten deutschen Demokratie diese Aufgabe der Staatspräsident.

Der 1871 gegründete kleindeutsche Nationalstaat hatte keine Nationalhymne. Ersatzweise wurde die preußische Hymne „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen. Bei der Feier der Übergabe Helgolands an Deutschland wurde das „Lied der Deutschen“ am 9. August 1890 erstmals bei einem Staatsakt gesungen. Das war sinnig, war der Text doch ein knappes halbes Jahrhundert zuvor von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf eben dieser Insel für eine 1797 komponierte Melodie Joseph Haydns geschrieben worden.

Zu einer inoffiziellen Hymne der Nation wurde das Deutschlandlied dann im Ersten Weltkrieg. Bei den häufig unübersichtlichen Frontverläufen diente es als Erkennungslied. „Heil Dir im Siegerkranz“ war dazu weniger geeignet, da es dieselbe Melodie hatte wie die britische Nationalhymne „God Save the King“ (Gott schütze den König). Zudem war es angesichts der antibritischen Stimmung in diesem Krieg auch ein Problem, dass die Melodie britischen Ursprungs war. Folgerichtig wurde versucht, „Heil Dir im Siegerkranz“ mit einer neuen Melodie zu versehen. Doch ist grundsätzlich der Versuch vermessen, von einer historisch gewachsenen Nation zu erwarten, dass sie eine Neukomposition als ihr Nationalsymbol akzeptiert und sich damit identifiziert. Diese Lehre musste auch Theodor Heuss nach dem Zweiten Weltkrieg mit der von ihm in Auftrag gegebenen „Hymne an Deutschland“ machen.

Die „Wacht am Rhein“ war nach dem Sieg über Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 ein im Kaiserreich sehr beliebtes Lied. Nachdem der Erste Weltkrieg nach der ersten Euphorie im opfer- und verlustreichen Stellungskrieg erstarrt war, war ein derart schmissiges Stück der Lage allerdings weniger angemessen als das getragenere Deutschlandlied.



Einigkeit und Recht und Freiheit: Die ersten Worte der dritten Strophe der frischgekürten Nationalhymne bildeten vor 90 Jahren das Motto der Verfassungsfeier im Deutschen Reichstag Bild: Archiv

Gelinde gesagt aufgewertet wurde das Lied zumindest in den Augen der deutschen Rechten durch einen Heeresbericht vom 11. November 1914: „Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.“ Das Lied war damit untrennbar mit dem sogenannten Langemarck-Mythos verbunden.

Das belastete das Lied in den Augen mancher Linker. Noch schwerer wog in ihren Augen, dass vor allem die Kriegsgegner „Deutschland, Deutschland über alles“ – teils unbewusst, teils aber auch bewusst – in der Weise fehlinterpretierten, dass nicht etwa Deutschland über alles geliebt werde, sondern über allen zu stehen habe. Ein Amerikaner übersetzte den Liedanfang in „Deutschland, Deutschland, first of nations, over all in this wide world“ und ein Franzose in „L'Allemagne, l'Allemagne par-dessus tout“.

Im Ausland als Eroberungshymne krass fehlinterpretiert

Es gab aber auch Ausländer, die dem Lied Gerechtigkeit widerfahren ließen. Dazu gehörte der Schwede Gustav Steffen: „Es gehört also unter anderem zur Geschichte, dass Shaws vorzügliche Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Literatur ihn zur Auffassung geführt haben, dass ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ eine imperialistische Eroberungshymne sei, die wortgetreu aussage, dass Deutschland sich zum Herrn über alles machen werde. Er ahnt nicht das Vorhandensein des wirklichen Gesinnungsunterschiedes zwischen ‚Rule Britannia‘ und dem Vaterlandsliede ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ ... Beiläufig und mit der Wirkung, die es haben mag, bitte ich meinen Freund George Bernard Shaw darüber aufklären zu dürfen, dass ‚Das Lied der Deutschen‘ im Jahre 1841 von einem Manne namens August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gedichtet wurde und dass es absolut nichts mehr, aber auch nichts Geringeres ist als der wohl herrlichste Hymnos an die Einigkeit und Treue der deutschen Stämme, Einigkeit untereinander und Treue gegen ihr eigenes Wesen, welcher in dem liederreichsten, sangfrohesten und sangesandächtigsten Lande in der ganzen weiten Welt – Deutschland – gedichtet worden ist.“ Allerdings hatte Steffen in Deutschland studiert und kannte die Deutschen. Bei vielen anderen Ausländern ohne derartige Deutschlanderfahrung verfingen jedoch die Falschübersetzungen, was das Lied in den Augen mancher deutscher Linken belastete.

Genauso wie nach dem Zweiten hat das Deutschlandlied auch schon nach dem Ersten Weltkrieg seine Gegner gehabt. Es war vor allem das Lied der Nationalen. Allerdings profitierte es nach dem Ersten wie später auch nach dem Zweiten Weltkrieg davon, dass seine Gegner ihm nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten oder, um es mit den Worten aus dem Protokoll einer Reichskabinettssitzung vom 30. Juli 1920 zu sagen: „Die Zeit nach der Revolution hat kein Lied mit natürlicher Kraft emporgetragen.“

An anderer Stelle stellt dieses Protokoll die Rechtslage klar: „Welches Lied in der Armee und Marine als Nationalhymne zu spielen ist, kann der Reichspräsident auf Grund seiner Kommandogewalt ... im Verordnungswege bestimmen. Damit würde das betreffende Lied den Charakter als Nationalhymne in genügender Weise erhalten können. Eine Festlegung durch Gesetz ist nicht nötig.“

Den dritten Verfassungstag der Weimarer Republik, den 11. August 1922, nahm Reichspräsident Friedrich Ebert zum Anlass, um dem Reich eine Nationalhymne zu geben. Als Mittel wählte er einen Aufruf zum Verfassungstag, der vorab zur Verbreitung der Presse zugeleitet wurde:

„Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab im Zeichen innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck, er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Lied, gesungen gegen Zwietracht und Willkür, soll nicht Missbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung. Aber so wie einst der Dichter, so lieben wir heute Deutschland über alles. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarzrot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein!“

Also schon damals und nicht erst nach dem Missbrauch des Deutschlandliedes durch die Nationalsozialisten versuchte die deutsche Politik der vor allem ausländischen Kritik an der ersten Strophe durch eine Betonung der dritten Rechnung zu tragen. Allerdings wurde das ganze Deutschlandlied mit allen drei Strophen Nationalhymne. Sechs Tage nach dem Aufruf zum Verfassungstag ordnete Reichspräsident Ebert als Oberbefehlshaber an: „Die Reichswehr hat das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen.“

Manuel Ruoff

»Wir danken's unsrem Führer«

Erwin Schrödinger hat mit der Wellenmechanik das theoretische Fundament der Quantenphysik gelegt

Ihm zu Ehren befand sich sein Abbild auf der österreichischen 1000-Schilling-Banknote. Und wer genauer hinschaute, kann den griechischen Buchstaben „Psi“ für die berühmte Wellenfunktion auf dem Geldschein erkennen. „Für die Entdeckung neuer produktiver Formen der Atomtheorie“ erhielt der am 12. August 1887 geborene Österreicher 1933 den Nobelpreis für Physik.

Erwin Rudolf Josef Alexander Schrödinger studierte 1906 bis 1910 in Wien Mathematik und Physik und habilitierte sich am Wiener Physikalischen Institut. Dort arbeitete er unter anderem mit Franz Serafin Exner, Friedrich Hasenöhrl und Karl Wilhelm Friedrich Kohlrausch zusammen.

Österreich ehrte den Nobelpreisträger mit seinem Abbild auf der 1000-Schilling-Note

Seine „Wanderzeit“, wie Schrödinger die Jahre 1920 bis 1927 bezeichnete, führten ihn nach Jena, Stuttgart, Breslau und Zürich, wo er den Lehrstuhl für Theoretische Physik annahm, den vor ihm bereits Albert Einstein und Max von Laue innehatten.

Aufbauend auf den Theorien von Max Planck, Werner Heisenberg, Albert Einstein und Louis de Broglie zu den Teilchen- und Welleneigenschaften des Lichts entwickelte Schrödinger 1926 seine „Wellenmechanik“ mit der sogenannten Schrödinger-Gleichung, die eine Erklärung für die Bewegungsvorgänge innerhalb der Atome liefert. Beschrieben wird die Wahrscheinlichkeit, mit der die verschiedenen möglichen Positionen eines Teilchens gemessen werden. Schrödinger betrat wissenschaftliches Neuland, weil anstelle der herkömmlichen Begriffe von Ort oder Impuls die Wellenfunktion trat, aus der sich Wahrscheinlichkeitsaussagen sowie Erwartungswerte von Ort und Impuls oder auch zeitliche Schwankungen berechnen lassen. Aufgrund von Schrödingers Leistung konnte zum Beispiel Werner Heisenberg 1927 die Unschärferelation entdecken.

1927 trat er die Nachfolge Max Plancks an der Friedrich-Wilhelms-Universität, der heutigen Humboldt-Universität, in Berlin an. Die Hauptstadt bot ihm ein sehr gutes wissenschaftliches Umfeld, weil zu dieser Zeit viele Physiker in der Hauptstadt weilten, darunter Albert Einstein, Max von Laue, Lise Meitner und Otto Hahn. Die Tätigkeit in Berlin endete 1933 mit der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten. Die neuen Gesetze der Machthaber betrafen ihn nicht persönlich, dennoch wuchs in ihm die Sorge über die Zukunft. Das Sommersemester lehrte er noch zu Ende.

Die Verleihung des Nobelpreises für Physik 1933 an Schrödinger zusammen mit Paul Dirac begründete der Vorsitzende des physikalischen Nobelkomitees mit der Schaffung einer neuen Mechanik, die auch gültig für die Bewegungen in den Atomen und Molekülen sei. Die Theorie zeige eine einfache Methode für das Studium der Eigenschaften der Atome unter verschiedenen äußeren Verhältnissen und sei somit ein großes Hilfsmittel für die Entwicklung der Physik.

Die Zeit von 1933 bis 1939 erlebte Schrödinger mit seiner Frau als stetigen Wechsel des Wohnortes. In Oxford, wohin er 1933 umgezogen war, lehrte Schrödinger am Magdalen College, bis er 1936 eine ihm angetragene Professur in Graz annahm. Letzteres nannte er „eine beispiellose Dummheit“, weil 1938 der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte. Eine Hausdurchsuchung und Verhöre machten ihm ein Verbleiben unerträglich. Zu seinem Glück konnte er an das Dubliner Institute for Advanced Studies wechseln. Die Flucht der Schrödingers führte über Rom, Genf, Zürich und Oxford. Als Exil wollte der Österreicher die Zeit im Ausland aber nicht ansehen, wie er in „Mein Leben“ (1960) schrieb:

„Nie hätte ich ohne das diese immerhin recht entlegene und sehr schöne Insel kennengelernt, nirgends hätten wir den schrecklichen Nazikrieg so klaglos durchlebt, dass es fast zum Schämen ist. Nicht auszudenken, wenn ich statt dessen 17 Jahre lang in Graz ‚das Stroh hätte dreschen‘ sollen, selbst ohne Nazis und ohne Krieg. Oft sagten wir still zu uns selber: ‚Wir danken's unsrem Führer.‘“

Die 16 Jahre am Dubliner Institut waren für Schrödinger eine produktive Zeit, in der er etliche Publikationen verfasste und an einer einheitlichen Feldtheorie arbeitete. In seinem Buch „Was ist Leben?“ (1944) entwickelte Schrödinger zudem die Idee des genetischen Codes.

1931 verriet er einem Journalisten der englischen Zeitung „Observer“, dass ihn die Darstellende Geometrie von der Aufnahme eines technischen Studiums abgehalten habe. Überraschend war auch seine Offenheit, dass er gerne Dichter geworden wäre. Dieser Beruf hätte ihm aber keine Einnahmen beschert und die Theoretische Physik ihm hingegen eine Karriere geboten.

Zum Experimentieren war er nicht geboren, wie Schrödinger während seiner Assistenzzeit bei Franz Exner feststellte. Das war 1913, als er zusammen mit Kohlrausch die durch Gammastrahlung erzeugte Sekundärstrahlung untersuchte.



Erwin Schrödinger Bild: Archiv

Erwin Schrödinger offenbarte sich in seinen wenigen autobiografischen Texten als bescheidener und vielseitig interessierter Mensch. Er beschäftigte sich mit den Arbeiten Ernst Machs und führte philosophische Betrachtungen zur Quantenmechanik. Am bekanntesten ist immer noch das grausam anmutende Gedankenexperiment „Schrödingers Katze“ (1935), bei dem quantenmechanische Gesetzmäßigkeiten auf die makroskopische Ebene übertragen werden. Dabei befindet sich in einem geschlossenen Kasten ein instabiler Atomkern, dessen von einem Geigerzähler gemessener Zerfall Giftgas freisetzt und eine ebenfalls im Kasten befindliche Katze tötet. Gemäß der Quantenmechanik befindet sich der Atomkern nach Ablauf der Zeitspanne, in der er mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zerfällt, in einem Zustand der Überlagerung: noch nicht zerfallen und zerfallen. Für die Katze würde das Gleiche gelten: sie ist lebendig und tot zugleich, solange ein Beobachter den Kasten nicht öffnet.

Ab 1956 lehrte Schrödinger am Institut für Theoretische Physik der Universität Wien. Das Interesse an seiner Antrittsvorlesung, die er über „Die Krise des Atombegriffs“ hielt, war derart gewaltig, dass selbst der größte Hörsaal die Menge der Zuhörer nicht aufnehmen konnte.

Erwin Schrödinger starb am 4. Januar 1961 in Wien an Tuberkulose. Als Inschrift trägt das Grabkreuz die nach ihm benannte Gleichung.

Ulrich Blode

»Gut trommeln ist mir nützlicher«

Nur selten entsprach Friedrich der Große als Kronprinz den Erwartungen seines Vaters

Väter und Söhne, das ist ewiger Konflikt, bestimmt von enttäuschten Erwartungen beiderseits. Von nicht erfülltem Anspruch einerseits und nicht erfüllter Liebe andererseits. Von alledem enthält das Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm I. in Preußen und dem Kronprinzen Friedrich ein Übermaß. Dieser Konflikt sprengt in seiner Intensität die gewöhnlichen Dimensionen. Sicher auch, weil daran zumindest eine Ausnahmenpersönlichkeit beteiligt war.

Im Urteil der Gegenwart hat der Vater Friedrich Wilhelm schlechte Karten. Wer „Soldatenkönig“ genannt wird, findet gegenwärtig wenige Verbündete, zumal in einer Gesellschaft, in der mit dem Segen des Bundesverfassungsgerichts das Zitat „Soldaten sind Mörder“ unter dem Schutz der Meinungsfreiheit steht. Daran hat sich auch nichts durch die Einsätze in Bosnien oder Afghanistan geändert. Wenn einer also nicht nur König ist, sondern obendrein auch noch „Soldatenkönig“, dann sind die Rollen klar verteilt. Im Konflikt mit seinem Sohn kann er nichts richtig machen.

Friedrich Wilhelm wird als widersprüchlicher Charakter geschildert – eine Einschätzung, die später auch dem Sohn zuteil wird. Der Vater galt als brutal und despotisch, als jähzornig, voller Verachtung für die Menschen und doch voller Liebe zu seinem Land, das ihm über alles ging. Unter seiner Regierung verdoppelte sich die Stärke der Armee von 40 000 auf 83 000 Mann. Diese Zahl ist umso bemerkenswerter, bedenkt man, dass Preußen zu dieser Zeit etwa 2,25 Millionen Bewohner hatte. Das Militär verschlang mehr als zwei Drittel der Staatseinnahmen, während der reduzierte und überaus bescheiden geführte Hofstaat mit gerade mal einem Prozent auskam.

Der Vater von rauem Charakter, anspruchslos und ziemlich derb, der Sohn von zartem Körperbau mit einer eher schwächlichen Konstitution, da waren die Probleme vorgezeichnet. Der kleine Fritz gefiel den Damen. Sie hatten Freude an dem lebhaften Prinzen. Als er sechs Jahre alt war, schwärmte seine Erzieherin Frau von Sacetot: „C'est un esprit angélique“ (Er besitzt einen engelhaften Verstand). Den Vater entzückten diese engelhaften Züge weitaus weniger. Das verschlossen wirkende Wesen des Sohnes war ihm selten Anlass zur Freude. Zu den Ausnahmen gehört diese Szene: Der kleine Fritz hatte eine Trommel geschenkt bekommen, die er kräftig bearbeitete. Der andauernde Lärm nervte seine drei Jahre ältere Schwester Wilhelmine. Sie versuchte ihn abzulenken und bat ihn, den Puppenwagen zu ziehen oder mit ihren Blumen zu spielen. Dazu hatte der Junge jedoch durchaus keine Lust. Er antwortete: „Gut trommeln ist mir nützlicher als spielen und lieber als Blumen.“ Diese Worte wurden umgehend dem König zugetragen, der darin eine bislang nicht erkannte Zuneigung zum Militärischen ausmachte. Der ausnahmsweise einmal glückliche und stolze Vater beauftragte den Hofmaler Antoine Pesne, den Prinzen mitsamt Trommel zu malen.

> Der Bruch zwischen Vater und Sohn schien unabwendbar

Zwei Personen hatten maßgeblichen Anteil an der frühen Erziehung des jungen Prinzen: die Gouvernante Madame Marte du Vale de Rocuelle und Jacques Egide Duhan de Jandun. Die Gouvernante war als Flüchtling aus Frankreich nach Preußen gekommen. Obgleich sie dort schon über 30 Jahre lebte, sprach sie nicht ein Wort Deutsch. Friedrich hing sehr an ihr. Er nannte sie „la chère bonne manman“.

Duhan war ebenfalls als Flüchtling aus Frankreich gekommen. Er hatte 1715 an der Belagerung von Stralsund teilgenommen und war dabei Friedrich Wilhelm durch seine Kühnheit aufgefallen. Der König machte ihn zum Erzieher seines Sohnes. Duhan vermittelte allerdings weitaus weniger militärisches Denken, als der König erwartet hatte. Kunst und Wissenschaft waren sein wahres Anliegen, und damit machte er den Prinzen vertraut, vor allem mit der Antike.

Selbstverständlich blieb es dem König nicht verborgen, dass die Entwicklung des Prinzen nicht so verlief, wie er es wünschte und erwartete. Als Friedrich sechs Jahre alt war, machte der Vater Schluss mit dem, wie er es nannte, „Weiberregiment“. Er setzte in der künftigen Entwicklung seines Sohnes auf zwei Offiziere, Graf Albrecht Konrad Finck von Finckenstein und Wilhelm von Kalckstein. Obwohl sie dies Amt bis 1729 ausübten, also über zehn Jahre, entwickelte sich keine enge Bindung.

Als Erziehungsziele legte der König fest: Der Prinz solle ein frommer Christ, ein „guter Wirt“ und ein tapferer Soldat werden. Dazu wurde im Detail ausgeführt: Die Gottesfurcht „bei großen Fürsten, welche kein menschliches Gericht Strafen und Belohnung erkennen“, stehe vor allem. Zur persönlichen Frömmigkeit gehöre auch ein Gott „wohlgefälliger Lebenswandel“, wozu auch der Verzicht auf „Opern, Comödien und andere weltliche Eitelkeiten“ zu rechnen seien.

Zur Ausbildung zum Soldaten ordnete der König an: „Die Erzieher haben sich angelegen sein zu lassen, Meinem Sohne die wahre Liebe zum Soldatenstande einzuprägen, und ihm zu imprimieren, dass gleichwie nichts in der Welt, was einem Prinzen Ruhm und Ehre zu geben vermag, als der Degen, er vor der Welt ein verachteter Mensch sein würde, wenn er solchen nicht gleichfalls liebte und die einzige Glorie in demselben suchte.“ Körperliche Ertüchtigung, hart aber nicht überfordernd, sollte ihren Beitrag zu diesem Erziehungsziel leisten.

Auch was der Prinz lernen oder auch nicht lernen solle, legte Friedrich Wilhelm ausdrücklich fest. Latein solle er auf gar keinen Fall lernen. Auch römische und griechische Geschichte sei zu nichts gut. Bei der deutschen Geschichte reiche es durchaus aus, wenn sie lediglich „überhin“ gelehrt werde. Allein bei den Ereignissen der letzten anderthalb Jahrhunderte solle man etwas genauer hinsehen. Im Deutschen und Französischen solle der Prinz zu einer eleganten Schreibart und einem gewandten mündlichen Ausdruck gefördert werden (was im Fall des Deutschen niemals gelang, Friedrich hatte die Ausdrucksweise eines Kutschers). Besonderen Wert legte der Vater auf die Unterrichtung in Mathematik, Artilleriewissenschaft, Ökonomie, Geografie und Staatskunde.

Von Einfühlungsvermögen in die vollkommen andere Gedankenwelt des Sohnes zeugt dieser Lehrplan nicht. Friedrich lernte dennoch Latein, heimlich unterrichtet von Duhan. Der Franzose führte ihn in die Welt der Geschichte und der Literatur ein. Gegenspielerin bei der Erziehung des Sohnes war zudem die Königin. Friedrich Wilhelm wusste das und wies die erziehenden Offiziere an: „Und müssen sie ihn (den Sohn) mit der Königin allezeit schrecken mit Mir aber niemahlen.“



So hätte der „Soldatenkönig“ seinen Erstgeborenen gerne häufiger gesehen: Friedrich zieht das Trommeln sowohl Spielen als auch Blumen vor Bild: Archiv

Freude am Sohn konnte der König nur an den Fortschritten bei der Erziehung zum Soldaten haben. Das schien zu gelingen. Pistolen, kleine Kanonen und Bleisoldaten hatte der Prinz zuhauf. Damit der Kleine sich an den Lärm gewöhnt werde, wurden Kanonen abgefeuert. Mit vier Jahre beherrschte Fritz die 54 Bewegungen des preußischen Exerzierreglements, mit sechs Jahre befehligte er eine eigene kronprinzliche Kadettenkompanie.

Wie streng die Erziehung war, fiel Außenstehenden auf. So notierte Johann Freiherr von Loen, der Großonkel Goethes, nach einem Besuch in Berlin: „Der König sowohl als auch die Königin halten im übrigen diesen Prinzen unter einer scharfen Zucht, und es sind wohl wenig Königskinder in der Welt, denen so durch den Sinn gefahren und der jugendliche Wille gebeuget wird.“

Der spätere Bruch zwischen Vater und Sohn schien unabwendbar. *Klaus J. Groth*

Verhängnisvolle Berichte

Sie kosteten Randolph von Breidbach-Bürresheim das Leben

Unter den Tausenden von Märtyrern, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen während der NS-Herrschaft verfolgt wurden, ragen auch bisher wenig bekannte Persönlichkeiten heraus. Dazu gehört Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim, der am 10. August dieses Jahres seinen 100. Geburtstag feiern würde. Durch seine engen Kontakte zum Verschwörer-Kreis des 20. Juli 1944 hat er ein bedeutsames Andenken hinterlassen. Sein Tod im KZ Sachsenhausen im Alter von nur 32 Jahren beendete eine verheißungsvolle Karriere eines promovierten Juristen und Oberleutnants.

Nach der Erlangung des Abiturs begann der am 10. August 1912 als Spross einer wohlhabenden, adligen Familie in Bonn geborene Freiherr ein Jurastudium. Nach Ableistung des Wehrdienstes legte von Breidbach-Bürresheim sein Referendarexamen ab und wurde 1938 mit einer Arbeit über das Thema „Die Haftung des Binnenschiffers“ promoviert. Im gleichen Jahr erhielt er eine Anstellung in der Münchener Kanzlei von Josef Müller, der in den folgenden Jahren eine wichtige Rolle beim Aufbau des Widerstandes gegen das Hitler-Regime innehatte.

Während des Zweiten Weltkrieges nahm von Breidbach-Bürresheim als Oberleutnant am Frankreichfeldzug teil, absolvierte im Januar 1941 sein juristisches Staatsexamen und kehrte dann zu seiner Einheit im Süden Frankreichs zurück. Im Januar 1942 an die Ostfront versetzt, diente er als Verbindungsoffizier seiner Einheit zur Zivilbevölkerung und erfuhr auf diese Weise von Gräueln der Besatzungstruppen und der SS. Die in den Monaten September bis November jenes Jahres von ihm angefertigten und in die Heimat weitergeleiteten „Breidbach-Berichte“ gewannen im Mai 1943 eine für ihn wichtige Bedeutung. Bei der Festnahme der Ehepaare von Dohnanyi und Müller sowie Dietrich Bonhoeffers wurden diese Berichte in deren Privatwohnungen gefunden. Insbesondere die Passagen über die negative Einstellung deutscher Soldaten zum Nationalsozialismus, die zunehmende Korruption in der Etappe und die Verfallserscheinungen in Staat und Wirtschaft konnten den Machthabern nicht gefallen.

> Das Kriegsende überlebte er nur kurz

Von Breidbach-Bürresheim wurde verhaftet und angeklagt, aber im März 1944 unter Vorsitz des Senatspräsidenten Walter Biron zur eigenen Überraschung freigesprochen. Doch sein Haftbefehl wurde nicht aufgehoben, sondern sofort wieder in Vollzug gesetzt. So blieb der Freiherr in Haft und wurde nach Ermittlungen der „Sonderkommission 20. Juli“, die seine enge Verbindung zu Mitgliedern des Amtes „Ausland/Abwehr“ und damit zu den Hitler-Verschwörern ergeben hatte, im November 1944 in das Zellengefängnis der Gestapo Berlin-Moabit verlegt. Im Februar 1945 folgte die Überweisung in das KZ Sachsenhausen, da man keine besonders verwertbaren Informationen gegen von Breidbach-Bürresheim gefunden hatte. Als die Häftlinge am 21. April angesichts der anrückenden alliierten Streitkräfte in Richtung Ostsee getrieben wurden, blieb von Breidbach-Bürresheim im Lazarett mit 3000 Kranken zurück. Zwischenzeitlich war er nämlich an Tuberkulose erkrankt. Die Erkrankung blieb weitgehend unbehandelt und so starb Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim völlig entkräftet kurz nach Kriegsende am 13. Juni 1945 im Lazarett des KZ Sachsenhausen. *Hinrich E. Bues*

Nach „Zeugen für Christus – Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“, herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 5., erweiterte und aktualisierte Auflage, Paderborn 2010.

Eklat in Akkon

Hochmeister des Deutschen Ordens wurde Johanniter

Der Nachfolger des Hartmann von Heldrungen war Burchard von Schwanden. Unter den Hochmeistern des Deutschen Ordens war er der erste aus der Schweiz und der letzte, der im heute zu Israel gehörenden Akkon gewählt wurde. Der Verlust des traditionellen Zentrums des Deutschen Ordens gerade in seiner Amtszeit scheint besonders tragisch, da der Schweizer sich offenkundig dem Heiligen Land verbunden und verpflichtet fühlte. Der wohl um 1245 geborene Besitzer des Berner Bürgerrechts beschenkte 1268 mit seinem Vater das Deutschordenshaus Köniz bei Bern. Kurze Zeit später trat er dem Orden bei. 1275 wurde er Komtur der Ordensniederlassung Köniz. 1277 wurde er Landkomtur der Ballei (Provinz) Thüringen-Sachsen. 1282/83 wechselte er an die Spitze der Ballei Hessen. Das war dann schon die dritte Ballei, in die er Einblick gewonnen hatte. 1283 zog er über Italien nach Akkon, wo er noch im selben Jahr zum Hochmeister gewählt wurde.

Es wird als Verbundenheit mit dem Heiligen Land interpretiert, das Burchard bis 1286 in Akkon blieb. Doch schließlich rief ihn die Pflicht zurück nach Europa. 1287 hielt er ein Generalkapitel, eine Versammlung der Ordensführung, in Frankfurt am Main ab. Bei dieser Gelegenheit hat er wohl seine ehemalige Doppelballei Thüringen-Sachsen in die Balleien Thüringen und Sachsen geteilt.

Im selben Jahr bereiteten die Semgaller und die Litauer dem Landmeister von Livland und dessen Heer vor Riga eine vernichtende Niederlage. Nolens volens zog nun Burchard an der Sitze eines Heeres größtenteils fränkischer und schwäbischer Ordensritter nach Preußen. Dort hielt er 1288 in Elbing ein Kapitel ab. Bei der Gelegenheit wurden einige Positionen neu besetzt, nicht zuletzt die des Landmeisters von Preußen und die seines Marschalls. Des Weiteren überließ er dem neuen Landmeister von Livland 40 Ritter. Burchard machte eine Inspektionsreise durch Preußen, gab Anweisungen bezüglich des Neubaus und Ausbaus von Burgen und reiste noch im selben Jahr ins Reich zurück, dem der Schweizer mehr Aufmerksamkeit widmete als dem fernen Preußen.

> Von Schwanden war Preußen unwichtig

1289 unternahm er eine Reise nach Rom. Ganz in der Tradition seines Vorgängers Hermann von Salza versuchte er, zwischen Kirche und Reich zu vermitteln. Diesmal ging es um die Krönung des Rudolf von Habsburg zum Kaiser in Rom. Allerdings gewann Burchard bei dieser Vermittlung nicht annähernd die Bedeutung, die einst von Salza besessen hatte.

Noch im selben Jahr reiste er wieder nach Deutschland zurück, um Kämpfer für die Verteidigung von Akkon gegen die Moslems zu sammeln. Allerdings musste Burchard dabei die Erfahrung machen, dass sein werben auf wenig Interesse stieß. So zog es beispielsweise der Deutschmeister Konrad von Feuchtwangen vor, in Deutschland zu bleiben.

1290 schiffte sich Burchard in Italien ein. Drei Tage nach seiner Ankunft in Akkon kam es zum Eklat. Der Hochmeister trat nicht nur von seinem Amt zurück, sondern auch aus seinem Orden aus. Eine plausible Erklärung für diesen Schritt bietet die wissenschaftliche Literatur nicht. Da ist dann von Enttäuschung und Verzweiflung auf Seiten Burchards die Rede. Dabei wird verwiesen auf das geringe Engagement der deutschen Ordensbrüder für das Heilige Land, auf die Uneinigkeit der Christen im Angesicht der Bedrohung durch den Islam und auf die drückende militärische Überlegenheit der moslemischen Belagerer Akkons.

Von Schwanden trat in den Johanniterorden ein und reiste in seine Schweizer Heimat. Dort amtierte er wohl von 1298 bis 1308 als Komtur der Johanniterkomturei Buchsee. Wenige Jahre später, wohl 1310, ist er gestorben. *M. Ruoff*

Kohlenstoffdioxid-Verklappung, eine Schnapsidee

Zu: „Langfristig wird es kälter“ (Nr. 30)

Bezugnehmend auf mehrere Artikel und Leserbriefe in der *PAZ*, möchte ich mich einmal dem Kohlenstoffdioxid (CO_2) als Thema zuwenden. Wenn man den Äußerungen des Bundesumweltministers Altmaier Glauben schenken darf, dann will man von der Verklappung dieses so „klimaschädlichen“ Gases in 4000 bis 6000 Meter Tiefe absehen, da dieses Vorhaben gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchsetzbar sei. Na, hoffentlich, kann man da nur sagen. Ich weiß nicht, wer diese kostenaufwendige „Schnapsidee“ ausgebrütet hat. Ich bringe einen anderen Vorschlag ins Gespräch: Man leitet am Entstehungsort das Kohlenstoffdioxid durch Kalkmilch und das unlösliche Calciumcarbonat fällt aus. Diese Substanz kann man dann ungefährdet zur Ausfüllung stillgelegter Bergwerke benutzen. Von dem Calciumcarbonat geht keine Gefahr aus! Schließlich bestehen ganze Gebirge aus dieser Substanz, zum Beispiel die Zentralalpen. Dieses geradezu simple Verfahren dürfte auch „kostengünstiger“ sein. Vorausgesetzt, dass das CO_2-Gas so gefährlich ist für unser Klima, wie man es uns weismachen will. Der Gesamtanteil dieses Gases an der Luft: 0,083 Prozent. Außerdem bildet es durch die CO_2-Assimilation der Pflanzen die Grundlage der Pflanzen- und Tierwelt hier auf Erden. Statt auf kostspieligen Klimakonferenzen CO_2 eingrenzende Maßnahmen zu beschließen, sollte man sich endlich dazu aufraffen, die drei großen „Lungen“ unserer Erde zu erhalten. Die drei großen äquatorialen Urwaldzonen der Erde, die ganzjährig den für uns lebensnotwendigen Sauerstoff produzieren. Zu diesem Thema habe ich weder von unseren Politikern noch von unseren Medien signifikante Äußerungen gehört.

Dr. Hans-Joachim Meyer, Alfeld

Zinsumverteilung

Zu: „Bittsteller in Erpresserlaune“ (Nr. 29)

Jedes Land, das der „Europäischen Währungsunion“ beitritt und einen niedrigeren Industrialisierungsgrad und / oder eine schlechtere Außenhandelsbilanz als Deutschland aufweist, braucht sich nicht „in eine Schieflage zu manövrieren“, sondern gerät automatisch hinein. Das ist eine zwangsläufige Folge der Zinsumverteilung von der Arbeit zum Besitz, die sowohl innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten als auch zwischen den Staaten das Gefälle zwischen reich und arm mit exponentiell steigender Tendenz vergrößert.

Stefan Wehmeier, Bochum

Schlechte Auslese

Zu: „Lügen ohne Limit“ (Nr. 31)

Das und nur das war von Anfang an der Sinn der Gemeinschaftswährung; wer was anderes glaubte, war und ist ein Tor! Jeder, der sein Geld erwirtschaften muss und nicht von Staatsknete oder umlagenfinanziert lebt, hat diese Entwicklung von Anfang an so eingeschätzt. Einer meiner Patienten, ein Winzer, sagte mir bei der Einführung des Euros: „Die schütten eine Auslese und ein Dutzend Flaschen minderen Weines zusammen und glauben, sie hätten dann alle eine Auslese“ – dem ist nichts hinzuzufügen.

Rolf Zims, Winnenden

Es wiederholt sich

Zu: „Nur die Krise macht keinen Urlaub“ (Nr. 31)

Wenn man Tag für Tag dieses Euro-Szenario verarbeiten muss, dann erinnert das irgendwie an eine Zeit, die zwölf Jahre dauerte. Jetzt sind wir offensichtlich wieder in einer solchen Zeit angelangt. Permanent wird von neuen „Wunderwaffen“ gefaselt, die die Rettung, beziehungsweise den Sieg bringen sollen, aber für jeden ersichtlich wird täglich alles schlimmer. Ich warte jetzt nur noch auf den Ruf „Wollt ihr den totalen Euro?“. Die Politik wird dann lautstark „Ja“ schreien und nach dem Untergang sich in sicheren Gefilde absetzen. Und der kleine Bürger, der alle seine Ersparnisse verloren hat, darf wieder von vorne anfangen. Der Alleinschuldige am ganzen Schlamassel ist dann schnell gefunden, die entsprechenden Aussagen sind fast täglich in den Nachrichten zu hören. Die Stimmen aus England, Luxemburg, Spanien, Italien, USA und so weiter hören sich verdächtig identisch an.

Peter Schumacher, Melsungen

Fehlende wirtschaftliche Werte

Zu: „Rettet, rennet, flüchtet“ (Nr. 29)

Gibt es eine Lösung für die kleinen, wirtschaftlich stabilen Länder Europas? Gibt es eine Lösung für die große Krise der Einheitswährung Euro? Thilo Sarrazin kennt außer der kapitalistischen Marktwirtschaft keine Lösung. Alles, was ich lese sind gute Analysen, aber keine Lösungen, was nach dem Euro kommen soll. Die Entwicklung des Geldwesens ist eine entscheidende Vorbedingung für Blüte und Niedergang der Kulturen. Der Höhepunkt der Gotik im 13. Jahrhundert war die glücklichste Epoche in der Geschichte der Menschheit. Damals gab es noch eine fromme Christenheit mit dem Brakteatengeld, das immer wieder verrufen wurde und eine Hochblüte der mittelalterlichen Städtebaukultur entstehen konnte. Und heute, nach zwei Währungsschnitten, steht die Menschheit auf dem direkten Weg in den Abgrund, wenn die Fixierung auf das Geld und auf das bloße Materielle nicht überwunden wird. Es ist kein Zufall, dass in New York genau das Zentrum des Geldes 2001 getroffen wurde. Wachen wir doch aus dem Materialismus auf, das war der Notschrei 2001, aber nichts dergleichen geschah. Weitere Terrorkriege folgten! „Raus aus dem Euro“, so lautet eine Forderung; aber was soll danach kommen? Das System krankt eben daran, dass die heutigen Wirtschaftswissenschaften über keinen eigentlichen wirtschaftlichen Wertbegriff und somit über keinen Wertemaßstab für die wirtschaftlichen Leistungen und die Einkommen verfügen. Dem Geld liegt für die gegenseitige Bewertung von Leistungen kein Maß zugrunde. Weil die Bindung des Geldes an die Werte der wirtschaftlichen Leistungen fehlt, verselbstständigt sich das Geld gegenüber der realen Wirtschaft, entfaltet eine Eigendynamik, was notwendigerweise zur gesellschaftlichen Destabilisierung und Krieg führt.

Norbert Schenkel, Lauda-Königshofen



Die „Lungen“ unserer Erde, die großen Regenwälder, werden vernichtet: Sie „atmen“ das umstrittene Kohlenstoffdioxid. Bild: pa

Gerechte Ordnung

Zu: „Russland soll entschädigen“ (Nr. 30)

Die Forderung von Ministerpräsident Andrius Kubilius an die EU kann man nur begrüßen! Ob er Erfolg damit hat, ist eine andere Frage. Aber zu gönnen wäre es ihm! Sollen die Leute in der EU, die sonst immer nur Forderungen stellen, sich doch einmal für eine gerechte Ordnung in Europa einsetzen! Wenn Deutschland eine nicht so charakterlose Regierung hätte, die auch einmal nationale Interessen des deutschen Volkes vertreten würde, dann könnte vieles hier besser sein! Das zeigt sich auch bei der Abstimmung zum ESM-Vertrag. Die Abgeordneten verdanken dem deutschen Wähler ihr Mandat zum Deutschen Bundestag und sind allein dem deutschen Volk verpflichtet und ihm Rechenschaft schuldig. Sind sie dieser Verpflichtung nachgekommen? Nein! Sie fühlen sich wie selbst Erwählte, denen niemand etwas anhaben kann und betrachten das deutsche Volk als gemeinen Pöbel.

Gustav Geste, Hannover

Die Revolution frisst ihre Kinder

Zu: „„Angst muss jedem gestattet sein““ (Nr. 30)

Bisher sagte mir Ihre Zeitung nichts – jetzt bin ich jedoch durch den „Fall Krause“ aufmerksam geworden und bin von Ihrer Zeitung positiv angetan.

Als Homosexueller profitiert Herr Krause von dem Wirken seiner Elterngeneration, den 68ern. Diese haben die Grundlagen dafür geschaffen, dass die Diskriminierung von Lesben und Schwulen verringert wurde und dass Kanzler Schröder sogar die „Homo-Ehe“ einführte. Im Internet ist recherchierbar, dass es sich bei dem Doktorvater dieses Lehrers um den weltweit bekannten Professor Horst Herrmann handelt, einem linksgerichteten Papst-Kritiker, der Homosexuelle immer wieder gegen die katholische Kirche in Schutz nahm. Wenn nun Herr Krause für seinen Hinweis, dass heutzutage Islamismus eine größere Bedrohung für Homosexuelle darstellt als zum Beispiel Rechtsextremismus oder Katholizismus, suspendiert wird und Morddrohungen von Linksradikalen erhält, dann scheint sich das Sprichwort zu bewahrheiten: „Die Revolution frisst ihre Kinder“.

Dass ich, obwohl ich ein Konservativer bin, keine Schadenfreude hierüber empfinde, liegt an meiner Sympathie für diesen jungen, klugen Pädagogen, der sich seiner linksgrünen Sozialisation bewusst ist und diese als Homosexueller nachvollziehbar wertschätzt, jedoch die eigenständige politische Urteilsbildung nicht verlernt hat.

Jürgen Muhser, Köln

Zukünftige Feuer

Zu: „Mit Feuer gegen Nazis“ (Nr. 29)

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* sollte in ihrer Berichterstattung nicht die Wortwahl ihrer Gegner übernehmen. In den Augen derer, denen man den Brandanschlag zuschreibt, sind auch die Landsmannschaft Ostpreußen „Revanchisten“ oder „Nazis“. Sachlicher wäre also gewesen „Feuer gegen NPD?“.

Viel entscheidender ist aber die Frage nach der zukünftigen politischen Diskussionskultur – heute Feuer gegen die NPD, morgen gegen Landsmannschaften, Studentenverbindungen, Christen und die vielleicht dann als „rechts“ eingestufte CSU?

Hans-Ulrich Thiele, Bielefeld

Hochkonjunktur der Angst

Zu: „„Angst muss jedem gestattet sein““ (Nr. 30)

Ängste jeglicher Art haben heuer Hochkonjunktur. Auch die durch die Politk politisierte politische Angst vor öffentlicher Meinungsäußerung, die nicht ins politisch gewollte Korrekte passt. Es scheint, dass ab sofort die Bürger und Bürgerinnen alle Rechte gegen Rechte haben aber keine Rechte gegen Linksgrünespd und / oder islamistische Mohamedaner sowie gegen eine verwerfliche, gesichts- und geschichtslose Mitte in der Deutschen Demokratischen Bundesrepublik.

In den sogenannten guten, alten Zeiten geschah politische Gehirnwäsche ab und zu schon mal andersherum. Gruppen ausgrenzen und dem Volk Einigkeit, Recht und Freiheit zu nehmen, ist das Gebot (divide et impera) der jeweils „Herrschenden“. Wo findet man nur die Nr. 1 der jeweils „Herrschenden“, die solche Ge- und Verbote dann parlamentarisch im Namen des Volkes abnicken lassen?

Ist es noch lächerlich oder schon beängstigend, wenn einer seine Angst vor Islamisten öffentlich zugibt, sofort von einem Mahlstrom der sogenannten „political correctness“ Gutmenschen erfasst wird? Sagte er doch sinngemäß später entschuldigend, dass er (nur) Deutscher, Beamter, damit aber noch lange kein Rechter sei! Gezwungenermaßen? Oder aus Angst?

Werner Haase, Steingarden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Wert von Urteilen

Zu: Was sind Gerichtsurteile wert?

Ein deutsches Gericht hatte die Beschneidung von jungen Juden und Moslems als Verstoß gegen die Menschenrechte gebrandmarkt und die weitere Anwendung verboten. Wie es zu erwarten war, setzen sich die Parteien darüber hinweg und erklärten das Beschneiden als legalen Akt.

Nun hat ein deutsches Gericht pflichtgemäß die maßlose Verdoppelung der Asylantengehälter verfügt. Vielleicht finden sich auch diesmal – trotz der überschwenglichen Zustimmung von Roten, Gelben, Grünen, Schwarzen und was es sonst noch an negativ gestimmten Vereinen gibt – einige klardenkende Politiker, die auch diesen Richterspruch ad absurdum führen und etwas gegen die Inländerfeindlichkeit der „öffentlichen Deutschen“ unternehmen.

Das Echo zu diesem Richterspruch wird gleichfalls von religiöser Natur sein und entsprechende Wirkung haben nach dem Motto: „Kommet alle zu uns, die ihr mühselig und beladen seid, wir werden euch erquicken.“ Diese Einladung an die Mühseligen wird natürlich weltweit – global sozusagen – befolgt werden.

Bert Jordan, Landstuhl

Berliner Musiker siegt über brandenburgischen Verfassungsschutz

Zu: Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Ich habe gedacht, mich trifft der Schlag! Ein Bekannter wies mich darauf hin, dass bei meinem Wikipedia-Artikel ein Eintrag des Verfassungsschutzes eingefügt wurde. Das war ja klar! Wenn sie es so nicht schaffen, müssen eben die Lügenbarone dieser ominösen Abteilung ins Feld geschickt werden. Innerlich machte ich mich auf aus dem Zusammenhang gerissene Facebook-Kommentare gefasst. Oder vielleicht die angebliche Kollaboration mit rechtsextremen Parteien, die schon längst widerlegt ist? Aber nein, was ich da vorfand, ließ mir das Gesicht einschlafen! Da stand doch tatsächlich, dass ich während einer NPD-Veranstaltung in Eberswalde gespielt haben soll. An diesem besagten Tag habe ich aber gar kein Konzert gespielt. Nirgendwo! Mein Anwalt musste zwei Mal nachhaken, bevor sich die Behörde überhaupt dazu äußerte. Denunzieren scheint ihnen sehr schnell von der Hand zu gehen. Das Richtigstellen von falschen Tatsachen allerdings nicht. Aber was ist, wenn das gar kein Versehen war? Genau so funktionierte auch die Stasi. Dort wurden gezielt Leute, die in der Öffentlichkeit standen, denunziert. Auch in der DDR steckte man Kritiker nicht einfach ins Gefängnis. Nein, man kriminalisierte sie. Man ruinierte ihren Ruf.

Der Verfassungsschutz scheint sich immer mehr als Etabliertenschutz zu entpuppen. Erst wurden hier Medien, Journalisten, Parteien gezielt ins rechte Aus denunziert. Nun sind es schon Künstler, wie ich. Ein Unterschied zur Stasi ist für mich nicht mehr erkennbar. Der Skandal ist der Beschaffungsextremismus dieser Behörde, nicht die konstruierten Vorwürfe.

Sofort fällt einem der NSU ein. Dann explodiert ein Haus, das anschließende Feuer vernichtete alles. Nur ein paar „Bekenner“-Videos überleben, die man dann auch Tage später findet und natürlich eindeutig zuordnen kann. Dann verschwinden alle Akten.

Eines war mir damals schon ziemlich schnell klar: Eine rechtsextreme Partei, die Rückhalt in der Bevölkerung sucht, die so schon genug mit staatlichen Repressionen zu kämpfen hat, erfreut sich garantiert nicht an einer Mörderbande, die wahllos vornehmlich türkische Kleingewerbetreibende tötet. Wo ist da überhaupt die terroristische Kommunikationsstrategie, einen politischen Wandel herbeizuführen?

Aber genau wie damals, kurz nach den NSU-Morden, die mediale Verurteilung. Die Jagd auf alles vermeintlich Rechte. Sympathisanten werden „entlarvt“, natürlich alles ohne „Beweise“ präsentieren zu können. Das Umfeld ist verunsichert. Es ist eben doch wie bei mir. Man soll Angst haben, sich in meine Nähe zu begeben. Wer zu meinen Konzerten geht, muss wohl rechtsextrem sein. Wer will das schon?

Aber nicht ich oder meine Hörer sind eine Gefahr für die freiheitlich-rechtliche Grundordnung. Es sind Merkel und Schäuble, die ein ESM-Ermächtigungsgesetz am Souverän vorbeischummeln wollen. Sie sind die wahre Gefahr für die Demokratie. Ich gehöre nur zu ihren Kritikern. Und das passt den Damen und Herren nicht.

Die Willkür dieser Behörde, die vor nichts zurückzuschrecken scheint, soll Kritiker ausschalten. Erst ein Warnschuss über sämtliche Antifa-Seiten, die größtenteils staatlich alimentiert sind. Wenn das nicht hilft, kommt der Verfassungsschutz. Wie man dem Bericht entnehmen kann, brauchen sie keine Fakten, um aus einem Künstler einen „Rechtsextremisten“ zu machen. Und wenn man sich nicht wehrt, hat man auch wirklich ein großes Problem. Noch kann man gewinnen, wenn man gegen Willkür vorgeht. Ich habe erreicht, dass der Verfassungsschutzbericht 2011 an meiner Stelle geschwärzt werden muss!

Sacha Korn, Berlin



Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 11. August 2012

MELDUNGEN

Platzkonzert am Tilsiter Elch

Tilsit – Das Sächsische Posaunenorchester überbrachte Tilsit mit einem dort begeistert aufgenommenen Konzert Grüße der alten Tilsiter und gratulierte zum 20-jährigen Bestehen des Stadtmuseums. Im Auftrag der Stadtgemeinschaft Tilsit überreichte Hermann Valentin der Museumsdirektorin Angelika Spiljowa eine kunstvoll gestaltete Intarsienarbeit des Tilsiter Meisters Heinz Bressau. Die an der Elchstatue zahlreich versammelten Zuschauer erlebten ein mitreißendes Repertoire deutscher und russischer Weisen. Kulturamtsleiterin Tatjana Jankuskeite dankte dem Ensemble für seine Darbietungen und hob hervor, dass mit dem Platzkonzert unter freiem Himmel eine gute alte Tilsiter Tradition zu neuem Leben erweckt worden sei. *H.Dz.*



Posaunenorchester mit Elch

Schnellstraße vor Freigabe

Warschau/Danzig – In Kürze wird die Reise auf der Trasse Warschau – Danzig leichter. Die Arbeiten an der Schnellstraße Nr. 7 auf dem Abschnitt Preußisch Holland–Liebemühl sind beendet. Die Straße wird freigegeben, wenn auch die Prozedur der Abnahme abgeschlossen ist. Wahrscheinlich dauert die Abnahme einen knappen Monat. Der neue Abschnitt der vierspurigen Schnellstraße Nr. 7 zählt 37 Kilometer. Die Kosten des Ausbaues betragen mehr als eine Milliarde Zloty (rund 246 Millionen Euro). Die Schnellstraße S 7 gehört zum Netz der europäischen Verkehrs-Korridore. Sie verbindet Danzig mit Warschau und Krakau sowie mit dem Grenzübergang zur Slowakei in Chyzne. Durch die Woiwodschaft Ermland und Masuren verläuft sie über mehr als 150 Kilometer. *PAZ*

Zusammenarbeit bei Eisbrechern

Königsberg – In der Königsberger Jantar-Werft wird in russisch-finnischer Zusammenarbeit ein neuartiger Eisbrecher gebaut. Das Schiff soll sich nicht nur vor- und rückwärts, sondern auch zur Seite hin durch das Eis bewegen können und auf diese Weise eine Fahrrinne von 50 Metern schaffen. Das erste Schiff dieses innovativen Typs soll, so die derzeitige Planung, Ende 2013 vom Stapel laufen und im Finnischen Meerbusen zum Einsatz gelangen. *T.W.W.*

Proteste gegen Bankenwerbung

Bürger fürchten, dass Königsbergs wenige erhaltene historische aus Profitgier zerstört werden

Dass in Königsberg nach dem Zweiten Weltkrieg kaum ein Stein auf dem anderen blieb und das historische Stadtbild ausgelöscht wurde, bedauern viele Russen seit langem. Umso mehr setzen sie sich dafür ein, dass noch erhaltene Vorkriegsbauten nicht weiter zerstört werden. Die „Verunstaltung" des ehemaligen Amts- und Landgerichtsgebäudes am Hansaplatz durch eine Reklametafel sorgte für Diskussionen.



Für viele eine Entstellung des historischen Gebäudes: Bankreklame auf dem ehemaligen Gerichtsgebäude Bild: Jurij Tschernyschew

Als auf dem Dach des Hauptkorpus der Königsberger Staatlichen Universität, dem ehemaligen Amts- und Landgerichtsgebäude, eine riesige Reklametafel des größten russischen Geldinstituts „Sberbank" angebracht wurde, hagelte es Proteste seitens erboster Kulturliebhaber. Sie beklagten, dass die Werbung die visuelle Komposition eines der schönsten Plätze der Stadt verderbe und das Universitätsgebäude, das schließlich ein denkmalgeschütztes Haus mit regionaler Bedeutung ist, verunstalte.

Wie bekannt wurde, war die Genehmigung zur Anbringung der Werbung schon einmal vor vier Jahren erteilt worden, und 2011 hatte auch der Hauptarchitekt der Stadt, Oleg Kuperjadew, sein Einverständnis gegeben. Kuperjadew reagierte auf die Proteste mit der lapidaren Antwort, dass er als Architekt Genehmigungen zur Anbringung von Reklametafeln nicht nach rein ästhetischen Gesichtspunkten ausstellen könne, und im entsprechenden Gesetz gebe es auch keinen Begriff wie „architektonisches Gesamtbild". Er erklärte zur Werbung: „Sie darf dort angebracht werden. Das ist alles!"

Die Universitätsleitung hatte ebenfalls nichts dagegen einzuwenden, sie profitiert von den mit der Anbringung der Reklametafel verbundenen Werbeeinnahmen. Deshalb verwundert es auch nicht, dass es von Seiten der Uni hieß, die Reklametafel sei korrekt angebracht und würde das Haus nicht beschädigen. Zum äußeren Erscheinungsbild des historischen Gebäudes wurde angemerkt, dass in vielen anderen Ländern die Dächer von Gebäuden für Bannerwerbung oder als Werbefläche genutzt würden. Wladimir Wolkogon, Direktor der Universität, gab zu verstehen, dass die Lehranstalt und die Sberbank bereits langjährige Pläne für eine Zusammenarbeit hegen.

Auch Gouverneur Nikolaj Zukanow hat sich bereits über die neue „Sehenswürdigkeit" auf dem Hansaplatz geäußert. „Ich würde das nicht Reklame nennen – das ist ein Schild. Ich werde mich unbedingt um die Angelegenheit kümmern und mit der Bank wie mit der Universität sprechen. Dieses Schild ist zweifelsohne keine Bereicherung für unsere Stadt." Der Gouverneur unterstrich noch: „Es ist unerheblich, wann die Genehmigung erteilt wurde. Wir werden darüber reden müssen, denn so etwas wird keinem normalen Menschen gefallen."

Zukanow mischt sich in die Diskussion ein

Die Leiterin des regionalen Denkmalschutzes, Larissa Kopzewa, ist da allerdings anderer Meinung. Sie hält die Leuchtreklame der Sberbank für normale Werbung und sagte, dass die Bank zunächst den Gebäudeeigentümer um Genehmigung gefragt habe, der sein Einverständnis gegeben habe. Der Denkmalschutz habe dann seinerseits geholfen, die entsprechenden Formalitäten zu erledigen. Sie versicherte, dass das Gebäude keinen Schaden nehmen werde.

Doch viele Königsberger behaupten, dass sie einen moralischen Schaden durch die Anbringung der Werbung davontragen würden. Wegen ihres großen Interesses für historische Literatur, für Fernsehsendungen über die Vergangenheit der Region und für das Sammeln alter Aufnahmen der Stadt fühlen sie sich berufen, über jede kleinste Veränderung an den immer weniger werdenden Königsberger Vorkriegsbauten zu wachen. Wenngleich gerade das Engagement von Investoren den Erhalt der Altbauten erst garantiert.

Trotz aller Einwände wird die Sberbank-Reklame wohl nicht mehr vom Universitätsgebäude verschwinden, denn die Genehmigung zur Anbringung wurde für insgesamt fünf Jahre ausgestellt.

Jurij Tschernyschew

Stadthalle zeigt Ur-Preußen

Königsberger Ausstellung zeigt Exponate der Prussia-Sammlung

Ostpreußen erfreut sich unter Archäologen und Heimatforschern großer Beliebtheit. Die Kulturlandschaft ist reich an archäologischen Funden, die Zeugnis davon geben, dass hier neben Prußen auch Wikinger, Germanen, Slawen sowie baltische und finnougrische Stämme ihre Spuren hinterließen.

Mit über 10 000 Jahren Siedlungsgeschichte in Ostpreußen beschäftigt sich eine Ausstellung, die noch bis Ende dieses Monats im Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte in Königsberg zu sehen ist. Gezeigt werden Exponate von der Jungsteinzeit bis ins frühe Mittelalter. Die Ausstellung zeigt über 600 Exponate. Alltagsgegenstände, Geschirr, Münzen, Schmuck und Jagdutensilien veranschaulichen unterschiedliche Epochen, erzählen von Menschen, die früher einmal das Land besiedelten, von ihren Handelsbeziehungen oder ihrer Mode. Schmuckstücke aus dem Bronzezeitalter, der Eisenzeit oder der Zeit des Römischen Reiches bereichern die Ausstellung. Der älteste Fund, ein Rentiergeweih, ist fast 12 000 Jahre alt. Das im Moor in der Nähe von Popelken, Kreis Labiau entdeckte Gehörn weist steinzeitliche Schnitzereien auf, deren Bedeutung die an der Bergung beteiligten Archäologen jedoch nicht entziffern konnten.



Fundstücke der Prussia-Sammlung Bild: C. Plano / Museum für Vor- und Frühgeschichte Ellingen

Anatolij Walujew, Vizedirektor des Museums, hat die Ausstellung zusammengestellt. Die Sonderschau enthält auch Teile der legendären Prussia-Sammlung, einer einst 240 000 Exponate zählenden Kollektion der Frühgeschichte, die bis 1944 im Königsberger Schloss untergebracht war. Nach den Bombardierungen verlor sich ihre Spur, bis Anatolij Walujew Reste der Prussia mit seinem Kollegen Konstantin Skworzow 1999 im Fort Nr. III wiederfand.

Die Sonderschau „Uraltes Preußen" zeigt erstmals Funde aus dem prußischen Gräberfeld von Alt-Wehlau. Wertvolle Schwerter, Äxte sowie Schmuck aus Silber, Bronze, Bernstein und Glas, die selten und über 1000 Jahre alt sind, werden unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen präsentiert. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Museum für Kunst und Geschichte, ul. Klinitscheskaja 21, 236016 Kaliningrad, Telefon (4012) 453-844. Dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr.

Auf neuen Wegen

Kultur im Königsberger Tiergarten

Der Königsberger Zoo unter der Leitung seiner neuen Direktorin Swetlana Sokolowa hat diesen Sommer durch eine Reihe ungewöhnlicher Veranstaltungen auf sich aufmerksam gemacht.

Am „Tag des Löwen", dem 27. Juli, drehte sich alles um den König der Tierwelt. Bei einer thematischen Exkursion durch den Tierpark erfuhren die Besucher von geschultem Fachpersonal alles Wissenswerte über die „größte Katze der Welt". Um das Wissen zu vertiefen, wurden begleitend Filme über die Lebensweise und die Vorlieben der Tiere gezeigt.

Kunst- und Hobby-Ausstellung neben Autorenlesung

Zuvor hatte sich bereits der Konferenzsaal des Tiergartens in einen Ausstellungssaal verwandelt. Hobbykünstler stellten dort ihre Handarbeiten aus: Neben Origami, Näharbeiten, Spitzenbordüren und Stoffarbeiten präsentierten die Künstler auch Gemälde. Darüber hinaus hatten Schüler der Königsberger Kunsthochschule Gelegenheit, ihr Talent mit einer eigenen Ausstellung ihrer Werke unter Beweis zu stellen.

Ebenfalls im Konferenzsaal fand eine Autorenlesung statt. Der Schriftsteller Wjatscheslaw Karpenko las aus seinem Buch für die ganze Familie „Und mein Maulwurf ..." und beantwortete anschließend geduldig die Fragen der meist jungen Zuhörer. „Wie ist es, ein Schriftsteller zu sein?", „Haben Sie schon einmal wegen einem Tier geweint?" und „Können Tiere denken?", wollten die Jungen und Mädchen wissen.

Um die Neugier der Zuhörer zu stillen, erzählte der Autor viel aus seinem Leben, von seiner Zeit als Jäger oder auch als Seefahrer.

Kultur mit interaktiven Veranstaltungen und Informationen über die Tierwelt zu verbinden, scheint die Devise der neuen Zooleitung zu sein. *MRK*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute muss ich mal ein ganz großes Dankeschön sagen und weitergeben an unsere Ostpreußische Familie, denn was da in letzter Zeit an positiven Zuschriften einging, ist – na, werden wir nicht euphorisch, sondern bleiben lieber auf dem Teppich und sagen „beachtlich“. Die meisten Briefe betreffen Fragen und Wünsche, die in unserer Kolumne bearbeitet wurden, aber einige kamen gänzlich unerwartet und ohne einen direkten Bezug zu einem Thema. Sie gelten unserer Ostpreußischen Familie als Brücke vom Einst zum Heute und als Mittlerin und Bewahrerin ostpreußischen Lebens und Kulturgutes. Aber als noch wichtiger wird die große Suche nach Menschen, die sich im Chaos der Kriegs- und Nachkriegsjahre verloren haben, und die damit verbundene Klärung unbestimmter Schicksale angesehen. Zu diesen Zuschriften gehört auch die unseres Lesers **Andreas Weiß** aus Berlin, die ich im Wortlaut wiedergeben möchte: „Einmal möchte ich Ihnen Dank sagen für Ihre Arbeit. Seit 2008 lese ich *Das Ostpreußenblatt*, es war eine Empfehlung der leider viel zu früh verstorbenen **Hildegard Rauschenbach**, ich hatte das Glück, sie persönlich kennenlernen zu dürfen. Seit dieser Zeit lese ich auch die Ostpreußische Familie und bin immer wieder beeindruckt von dem Wissen über Ostpreußen, dem Engagement und der dazugehörenden Akribie bei der geleisteten Arbeit. Dazu gehören natürlich die vielen Leser, die ihr Wissen für die Suchenden einbringen. Eine schöne Erfindung ist diese Familie für alle jene, die sich nach vielen Jahren dank dieser Rubrik wiedergefunden haben und die verschiedensten Fragen beantwortet bekommen. Ich staune immer wieder, wie viele Menschen es noch gibt, die helfen können, aber auch Menschen, die noch Ungewissheit haben über den Verbleib von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten. Ich selbst bin Jahrgang 1967, habe keine familiären Verbindungen zu Ostpreußen und bin nur durch viele kleine Zufälle an das Thema Ostpreußen gekommen. Mittlerweile bin ich seit sieben Jahren auf verschiedene Weise 18-mal in dieser schönen Provinz unterwegs gewesen, und die nächste Reise ist schon geplant. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Arbeit noch viele schöne Erfolge und den Suchenden immer noch einen Leser, der helfen kann. Gespannt warte ich auf die nächste Ausgabe dieser wunderbaren Zeitung und werde, wie jede Woche, natürlich wieder die Geschichten der Ostpreußischen Familie verfolgen!“ Und nun kann Herr Weiß hier seinen eigenen Brief lesen und unseren herzlichen Dank für seine wohltuenden Worte entgegen nehmen.



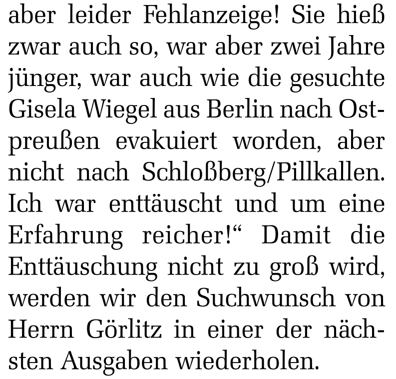
Bodenfund bei Allenstein: Eisernes Kreuz Bild: privat

Denn die waren so richtig „Ölke oppet Seelke“, und ich konnte sie auch gut gebrauchen. Kurz zuvor hatte ich nämlich ein sehr unangenehmes Gespräch mit einem Leser, das von seiner Seite in einer üblen Schimpfkanonade endete, die ich hier nicht wiedergeben kann. Es ging um eine irrtümliche Bildunterschrift, die zwar nicht in unserer Kolumne geschehen war, die ich aber auf unserer Familienseite behutsam berichtigte. Der aufgebrachte Landsmann ließ sich aber auf die diesbezügliche Korrektur nicht ein, ja, er beharrte auf seiner Meinung und blockte meine Argumente vollkommen ab. Ich bin immer dankbar, wenn sich Leserinnen und Leser auf Irrtümer melden, die wegen ungenauer Angaben in den Unterlagen oder durch Übertragungsfehler geschehen können. Das ist ja auch der Sinn unserer Ostpreußischen Familie, ein genaues Spiegelbild unserer Heimat zu bieten, wie es Herr Weiß in seinem Brief bestätigt hat. Nur sollten diese Argumente sachlich und ohne Anwürfe vorgetragen werden. Fundiertes Wissen ist für uns unerlässlich, Besserwissen mit erhobenem Zeigefinger weniger, der Ton macht eben die Musik. Und es braucht ja auch nicht ein Loblied in höchsten Tönen zu sein, ein paar freudige Anklänge genügen, wie sie weiteren Zuschriften zu entnehmen sind.

So dem Brief von Frau **Christa Möller** aus Bienenbüttel, die uns ein Foto von dem Wiedersehen mit einem Angehörigen der Familie, die sie und ihre Großmutter im Februar 1945 mit ihrem Treckwagen über das Eis des Frischen Haffes brachten, zugesandt hatte. Wir brachten das Foto von dem Treffen in Folge 28. und nun erhielten wir ihr Dankeschön für die Veröffentlichung, die für sie gänzlich unerwartet kam, wie sie schreibt: „Die große Überraschung, es kann nicht wahr sein! Wie jede Woche, wenn die *PAZ* da ist mit meinem *Ostpreußenblatt*, ein Blick auf die Titelseite, dann die ‚Ostpreußische Familie‘ aufgeschlagen. Aber dieses Mal ... he, das Foto kenne ich doch! Das sind wir, kann doch nicht wahr sein, aber es stimmt! Vielen, vielen Dank. Es standen und stehen so viele Schicksale, die Sie in all den vielen Jahren aufgegriffen und veröffentlicht haben, da kam meine Suchaktion mir gering vor. ... Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich, dass Sie so oft berichtet haben, bis der Erfolg kam. Alles Liebe für Sie und für die Ostpreußische Familie und weiterhin Erfolg in Ihren Bemühungen, den Betroffenen zu helfen.“

Auf die Veröffentlichung des Fotos von dem Gedenkstein für die so leidvoll verstorbenen Diakonissinnen im Garten der Königsberger „Barmherzigkeit“ in Folge 29 hin schrieb uns nun Frau **Frieda Lukner** aus Orlando, Florida. Sie hatte mit ihrer Frage nach dem Massengrab im Innenhof, in dem die in den ersten Nachkriegsjahren verstorbenen Patienten – unter denen auch ihr Vater war – beigesetzt wurden, dieses Thema ausgelöst. Leider konnte bislang nicht geklärt werden, was mit diesem Grab geschah, wie Frau Lukner schreibt: „Ja, ich bekam zwei Zuschriften, die aber leider keine Antwort auf meine Fragen gaben. Die erste erhielt ich von Frau **Mikoteit** mit demselben Bild. Die zweite kam von Frau **Christel Wels**, die mit ihrer Schwester ihre Erlebnisse in drei Büchern niedergeschrieben hat. Da wir alle 1948 in die DDR deportiert wurden, kamen wir vom Regen in die Traufe. Das Thema Ostpreußen war dort ein völliges Tabu und so sind wohl derartige Aufzeichnungen, falls sie überhaupt so weit kamen, untergegangen. Denn nicht viele brachten den Mut auf, sich illegal über die Grenze in den Westen abzusetzen. Welches ein zweischneidiges Schwert war, denn es folgten ja sehr harte Strafen in der DDR, wenn der Versuch missglückte. Im Westen aber war man unwillkommen und im Auffanglager Uelzen einer Grillserie ausgesetzt, die menschenverachtend war. Aber ich hoffe dennoch, dass irgendwann jemand auf meine Fragen eine Antwort hat.“ Da sprechen eigene bittere Erfahrungen mit, die für Frau Lukner unvergessen blieben. (Frieda Lukner, 2349 Cilantro Dr. Orlando, Fl.32837-6799, U.S.A.)

Ja, so geht es manchen Suchenden, die sich nach der Veröffentlichung ihres Wunsches nicht mehr melden: Sie warten auf eine Antwort, und die kommt und kommt nicht. Wenn es gut geht, mit Verzögerung, aber oft herrscht Schweigen, und manchmal hat man auf die falsche Fährte gesetzt. Das alles trifft auf unsern Landsmann **Alfred Görlitz** aus Hamburg zu, der sich jetzt – vier Jahre nach der Veröffentlichung seines Suchwunsches – mit einem langen Brief meldet. „Es hat lange gedauert, aber irgendwann klappt es ja doch. Ich meine, den Brief schreiben, was ich schon so lange erledigen wollte. Seitdem Sie meinen Suchwunsch gebracht hatten, wollte ich mich nach einigen Monaten bei Ihnen bedanken. Aber es blieb beim Wollen. Ich habe leider keine Antwort auf meinen Suchwunsch bekommen. Ich hatte zwei Mitschülerinnen gesucht, aber keine meldete sich. Da fragte ich meine Tochter, sie sollte mal im Internet nachsehen, ob es noch eine Familie Wiegel in Berlin gibt. Es waren immerhin so um die 20 Namen! Die habe ich nacheinander angerufen und tatsächlich war eine **Gisela Wiegel** dabei. Nur: Die war verheiratet und hatte nun einen anderen Namen und lebte jetzt in Australien. Ihre Mutter hatte mir das mitgeteilt und mir die Adresse gegeben. Ich habe an diese Gisela geschrieben, aber leider Fehlanzeige! Sie hieß zwar auch so, war aber zwei Jahre jünger, war auch wie die gesuchte Gisela Wiegel aus Berlin nach Ostpreußen evakuiert worden, aber nicht nach Schloßberg/Pillkallen. Ich war enttäuscht und um eine Erfahrung reicher!“ Damit die Enttäuschung nicht zu groß wird, werden wir den Suchwunsch von Herrn Görlitz in einer der nächsten Ausgaben wiederholen.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Unsere Ostpreußische Familie fungiert weiter als Fundgrube: Diesmal ist es ein Eisernes Kreuz, das unser Leser **Peter Kalisch** aus Hessisch Oldendorf entdeckt hat. Er schreibt: „Bei einem Aufenthalt im Kreis Allenstein Land habe ich zufällig einen Gegenstand gefunden, der sich nach gröberem Säubern von Schmutz als ein Eisernes Kreuz herausstellte, jedoch in einer Form, die ich bisher noch nie gesehen hatte. Es ist kein Orden, denn die Länge beträgt je zwölf Zentimeter. Das Kreuz ist stark gewölbt, das heißt die Innenfläche wölbt sich nach hinten. Die Kaiserkrone, das „W“ für „Wilhelm“ und die Jahreszahl 1914 sind darin noch zu erkennen. Hinten oben befindet sich eine Öse zum Aufhängen. Daher vermute ich, dass dieses Artefakt als Erinnerungsstück für eine Wohnstube oder ein Dienstzimmer verwendet wurde. Zwischen den Schenkeln des Kreuzes waren möglicherweise Verzierungen angebracht, die sich jedoch aufgrund der starken Korrosion nicht mehr klar erkennen lassen. Ich wüsste gerne, ob derlei bei Ihnen bekannt ist. Wann, wo und in welcher Stückzahl wurden diese Kreuze hergestellt? Waren sie allgemein zu erwerben – zum Beispiel am Tannenbergdenkmal – oder spezielle Erinnerungsstücke für Weltkriegsteilnehmer. Vielleicht gibt es Leser der *PAZ*, die Auskunft erteilen können?“

Und die sprechen wir hiermit an, vor allem die Experten in unserem Leserkreis, zu denen sicherlich auch Kenner und Sammler von Militaria gehören. Gewiss ist, dass das Kreuz aus dem Ersten Weltkrieg stammt. Ich glaube kaum, dass man es käuflich erwerben konnte, sondern eher, dass es eine Auszeichnung war. Vielleicht für großzügige Spender der Aktion „Gold gab ich für Eisen“? Es könnte auch sein, dass sich jemand unserer Leserinnen und Leser aus dem südlichen Ostpreußen daran erinnert, dass dieses Kreuz irgendwo hing? Aber mehr Vermutungen will ich nicht aufstellen, sonst liege ich wieder schief wie bei dem Kreuz aus dem Acker von Petrikatschen. (Peter Kalisch, August Grabbe-Siedlung 28 in 31840 Hessisch Oldendorf, Telefon 05152/52204.)

So, das wäre heute eine kleine Nachlese mit nur einem Fragekomplex. Das nächste Mal gehen wir dann auf die große Suche, und ein paar schöne Erfolge haben wir auch schon wieder parat.

Eure



Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Liebstöckel, Marienblatt & Co.

Kleine ostpreußische Kräuterkunde

Der „Lippstock“ geistert noch immer durch unsere Familie, obgleich wir ja nun die Gewissheit haben, dass es sich um den „Liebstöckel“ handelt, der unseren Gemüsesuppen Würze gibt. Dass es aber für viele weitere Anwendungsmöglichkeiten gut ist, wie eine aufmerksame Leserin feststellte, hat doch überrascht. Unseren Landsmann **Peter Perrey** ließ diese kleine „Liebstockgeschichte“, die wir in Folge 29 brachten, nicht ruhen, denn wenn Frau **Hanna Hoefer** die Erklärungen in einem „Schleswig-Holsteinischen Wörterbuch“ gefunden hat, dann sollten sie wohl auch im „Preußischen Wörterbuch“ enthalten sein, folgerte Herr Perrey – und wurde fündig. Er fand den „Lippstock“ in Band III, Spalte 040, und entschlüsselte gleich die im Wörterbuch benutzten Kürzel: „Liebstock, maskulin, Pflanzenname Liebstöckel (Levisticum officinale Koch) Mennoniten-Niederdeutsch“. Herr Perrey meint dazu, dass wir anhand des literarischen Belegs der Autorin **Kathrina Botsky** – in einer ihrer Novellen war dieser Ausdruck enthalten, der zur Nachfrage führte – sehen können, dass dieses Bezeichnung nicht auf das Mennoniten-Niederdeutsch des Weichselgebietes beschränkt blieb. Es war somit belegbar auch nach Königsberg gekommen und hat sich auch auf andere niederdeutsche Gebiete ausgeweitet, wie ja das „Schleswig-Holsteinische Wörterbuch“ beweist. Ausgesprochen wird Lippstock mit kurzem „i“ beziehungsweise „e“ und mit folgendem „b“. Dies und noch mehr teilte uns Herr Perrey mit – aber nun ist genug geliebstöckelt, lassen wir das Kraut in der Suppe.

Denn noch andere Gewächse beschäftigen unsere Leserinnen und Leser wie „das Kraut, das ins Gesangbuch gelegt wurde“. Da brauche ich unsere Ostpreußische Familie nicht zu bemühen, denn darüber habe ich schon geschrieben, und ein Blättchen von vielen, die ich aus unserem Familienkreis erhielt, habe ich treu bewahrt. Es handelt sich um das Marienkraut, das „Marjeblattche“, das in jedem ostpreußischen Bauerngarten an einer warmen, sonnigen Stelle wuchs, wo sich in der Pflanze die ätherischen Öle bilden konnten. Diese belebten dann die Kirchgängerinnen, wenn der Herr Pfarrer allzu langatmig predigte, und die von einer harten Arbeitswoche müden Frauen einzunicken drohten. Dann wurde schnell am Marjeblattje geschnüffelt – und man war wieder munter. Der scharfe Geruch des getrockneten Blattes ist viel intensiver als der Duft der frischen Pflanze, eine Mischung aus Menthol, Melisse und Salbei. Nicht umsonst wird das Marienblatt auch „Balsamkraut“ (Tanacetum balsamita) genannt und ist eine kleine Hausapotheke für sich. Es soll gegen Kopfschmerzen, Leberbeschwerden und Milzstechen helfen, frische zerriebene Blätter werden auf kleine Wunden und Schwellungen gelegt, auch bei Insektenstichen soll es wirken. Und wenn das Marjeblattche auch in den Wäscheschränken vieler Haushalte zu finden war, so hat das sogar königliche Tradition: Schon die englische Königin Elisabeth I. ließ das Marienkraut in die Schränke legen und sogar den Fußboden bestreuen als aromatisierendes und desinfizierendes Mittel. Aber dazu hatten wir ja tohuus den Kalmus!



Der „Korinthenbaum“ in Königsberg Bild: privat

Und worunter steht das „Co.“? Eine Leserin verhalf zu diesem dritten Gewächs im Titel, denn sie erinnerte sich an die kleinen „Korinthen“, die sie als Kind gegessen hat und die von einem Baum aus dem elterlichen Garten stammten. Sie schmeckten tatsächlich fast wie „echte“ Korinthen, die kleinen dunklen Rosinen, und wurden auch so verwendet, gaben dem Napfkuchen oder Striezel die besondere Note. Und nicht nur Mus und Marmelade aus den „Krinnten“ schmeckten gut, sie machten auch Flinsen süßer und leckerer. Die dunklen Beeren gaben dem Baum, auf dem sie wuchsen, den nur in Ostpreußen gebräuchlichen Namen: Korinthenbaum. Es handelt sich um die Felsenbirne, auch Felsenmispel genannt. Im Frühling ein weißer Blütentraum leuchtete ihr Laub im Herbst blutrot. Die Felsenbirne gibt es auch hier und heute, sie wächst vor allem in Anlagen und Parks, aber kaum jemand beachtet die blauschwarzen Beeren – nur die Vögel, die wissen, was schmeckt. Diese Art (Amlanchier lamarckii) wurde nach dem Krieg vermehrt als schnellwüchsiger Strauch angepflanzt. Als Baum kann die Felsenbirne sehr alt werden. Manche Königsberger erinnern sich noch an das Lokal „Zum Korinthenbaum“ an der Lawsker Allee/Ecke Alte Pillauer Landstraße, das nach einem stattlichen Exemplar der „Canadischen Felsenbirne“ (Amelanchier canadensis) benannt wurde. Wie stark der Korinthenbaum mit Ostpreußen verbunden war, beweist das Lied „Es dunkelt schon in der Heide“, in dem ein Baum „in meines Vaters Garten Braunnägelein trägt“. Einer Lesart nach soll es sich um die „Korinthen“ der Felsenbirne handeln. Aber da lasse ich mich gerne belehren. *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Wilke, Ernst Otto, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 15. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Siemund, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Band, Elfriede, geb. **Thomas**, aus Mohrungen, am 13. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Repschläger, Hildegard, geb. **Napierski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 18. August

Schulz, Grete, aus Neidenburg, am 18. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Veigl, Helene, geb. **Buchholz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Habedank, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. August

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August

Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. August

Stocker-Kümin, Anneliese, geb. **Kümin**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borchers, Ella, geb. **Schmidt**, aus Genslack, Alt Zimmau, Kreis Wehlau, am 13. August

Franke, Martha-Maria, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 13. August

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August



Mikolitsch, Erna, geb. **Babion**, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, am 16. August

Rieck, Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. August

Schäfer, Edtih, geb. **Wollenschläger**, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 16. August

Schurat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Elbrechtz, Gisela, geb. **Regier**, aus Ortelsburg, am 19. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Friske, Adolf, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 19. August

Leberecht, Hildegard, geb. **Petrautzki**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 19. August

Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dawideit, Walter, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Kalinowski, Heinz, aus Neidenburg, am 15. August

Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August

Ruhnau, Christel, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. August

Rutsatz, Frieda, geb. **Albeck**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 17. August

Schneider, Wanda, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

Scholl, Grete, geb. **Kalcher**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 19. August

Schubert, Kurt, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 17. August

Schwabe, Heinz, aus Ebenrode, am 13. August

Seifert, Maria, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 16. August

Warstat, Irmgard, geb. **Groß**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 16. August

Wiesner, Elisabeth, geb. **Jefke**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 14. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Charlotte, geb. **Kamrowski**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 16. August

Behr, Lothar, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 18. August

Breetzke, Irmgard, Vorfahren aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August

Gassner, Elfriede, geb. **Burbulla**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 17. August

Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August

Henke, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August

Kowalski, Johannes, Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 19. August

Küke, Gerda, geb. **Reichert**, aus Lauk, Kreis Heiligenbeil, am 12. August

Malien, Manfred, aus Plauschwarren, Kreis Pogegen, am 6. August

Mörchel, Gerda, geb. **Dreyer**, aus Lötzen, am 18. August

Newesil, Edith, geb. **Lischkeit**, aus Labiau, am 19. August

Radtke, Gerhard, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 13. August

Sauer, Dr. med. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August

Strahl, Reinhard, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, am 14. August

Tabel, Edith, geb. **Oltersdorf**, aus Weidehnen, Kreis Samland, am 17. August

Weber, Elsa, geb. **Meisterknecht**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. August

Wysk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baum, Hildegard, geb. **Gregner**, aus Zöpel, Kreis Mohrungen, am 16. August

Borrasch, Wally, geb. **Potschka**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

Boseniuk, Martha, geb. **Jeroschewski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. August

Brandstäter, Irmgard, aus Königsberg, Juditter Kirchenstraße 6, am 15. August

Eggers, Hanny, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August

Engel, Margarete, geb. **Hardt**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 17. August

Fuhrmann, Irmgard, geb. **Reilein**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 19. August

Graw, Richard, aus Freudenthal, / Deutsch Thierau, am 19. August

Kromski, Edith, geb. **Schützek**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 15. August

Lehmann, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. August

Mäthrich, Sieglinde, geb. **Pawlack**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. August

Matthes, Edith, geb. **Arndt**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 14. August

Pilz, Elfriede, geb. **Borchert**, aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August

Schleiwies, Leo, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 14. August

Slaby, Walter, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 13. August

Tribjahn, Waltraud, geb. **Kaprolat**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 17. August

Zapatka, Adelheid, geb. **Baginski**, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bahl, Dora, geb. **Eisenberg**, aus Fedderau / Lokehnen, am 14. August

Drißner, Edeltraut, geb. **Firgolla**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. August

Ernst, Hannelore, geb. **Freudenfeld**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 19. August

Galla, Helga, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 15. August

Grabowski, Renate, geb. **Dopatka**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Kath, Eleonore, geb. **Malek**, aus Schwengels, Kreis Heilligenbeil, am 14. August

Klockgeter, Gisela, geb. **Breuer**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 8. August

Mintel, Hildegard Elisabeth, geb. **Mintel**, aus Bladian, Kreis Heiligenbeil, am 18. August

Moser, Christel, geb. **Goerigk**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 18. August

Niedziolka, Margot, geb. **Rey**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 13. August

Rechtholtz, Rosemarie, geb. **Dreher**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 15, am 13. August

Schäfer, Irmgard, geb. **Frank**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 14. August

Schulz, Ingrid, geb. **Kleebaum**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 14. August

Stöver, Krimhild, geb. **Bulge**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 17. August

Symanski, Reinhold, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 19. August

Wallesch, Elfriede, geb. **Köhler**, aus Clausthal-Harz, am 16. August

Anzeige

Ein Lorbass wird 80!

Ob in Malwischken über die Eymenis...



...oder in Schenefeld durch´s Grünkohlbeet, unser Papa Helmut Ehlert hüpft wie eh und je durch sein bewegtes Leben!

Viele weitere erfolgreiche Sprünge wünschen Dir für Deine nächsten Lebensjahre

Ida • Doris • Maxi • Sigrun
Heiko • Jan • Nils • Hendrik



Kruska, Siegfried-Marian, aus Ukta, Kreis Sensburg, und Frau Helga, geb. **Pampusch**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Dittchenbühne:

Sonntag, 9. September, 16 Uhr: Der Zauberer Gottes. Telefon (04121) 89710.

Zentraler Tag der Heimat, Berlin:

„Erbe erhalten, Zukunft gestalten". lautet das Motto des diejährigen Festaktes. Termin: Sonntag, 9. September, 12 Uhr, Internationales Congress Centrum, Neue Kantstraße/Ecke Messedamm, Berlin.

Die Ansprachen halten Prälat Dr. Karl Jüsten (Geistliches Wort) BdV-Präsidentin Erika Steinbach (Ansprache), Ministerpräsident des Landes Hessen Volker Bouffier (Festansprache). 15 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 11. August, 20.15 Uhr, ZDF-Info: Die Jagd auf Bin Laden. Doku 2012.
SONNABEND, 11. August, 22.30 Uhr, Arte: Rebel Yell. Protestkultur im World Wide Web.
SONNABEND, 11. August, 24 Uhr, ZDF-Info: Supermacht Preußen – Der „alte Fritz" und seine Erben.
SONNTAG, 12. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 12. August, 16.50 Uhr, 3sat: Abrechnung mit Stalin. 1956 – Aufbruch im Osten.
SONNTAG, 12. August, 19.15 Uhr, Phoenix: Deutschlands Brown Babies.
SONNTAG, 12. August, 21.45 Uhr, Phoenix: Brasilien im Boom.
SONNTAG, 12. August, 23.45 Uhr, ZDF: ZDF-History: Die unglaublichen Geschichten der DDR.
MONTAG, 13. August, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Berichte aus der DDR. Westkorrespondenten in der DDR.
MONTAG, 13. August, 22.45 Uhr, ARD: Der Preis der Blue Jeans. Reportage.
MONTAG, 13. August, 21.45 Uhr, ZDF-Info: Flucht in die Freiheit. Doku über DDR-Flüchtlinge.
MONTAG, 13. August, 23.30 Uhr, ARD: Kinder des Lebensborn.
DIENSTAG, 14. August, 20.15 Uhr, Arte: Das Geschäft mit dem Artenschutz. Doku.
DIENSTAG, 14. August, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Waffen sind mein Leben. Doku.
DIENSTAG, 14. August, 22.55 Uhr Arte: Israel und die Bombe. Ein radioaktives Tabu. Doku.
DIENSTAG, 14. August, 0.35 Uhr Phoenix: Rebellen im Namen der Erde. Radikale Methoden der Umweltschützer. Doku.
MITTWOCH, 15. August, 20.15 Uhr, 3sat: Vernetzt – In sechs Schritten um die Welt.
MITTWOCH, 15. August, 21.45 Uhr, Phoenix: Die Rockefeller Saga. Doku.
MITTWOCH, 15. August, 22.30 Uhr, Phoenix: Ronald Reagan – Geliebt und gehasst. Doku.
DONNERSTAG, 16. August, 20.15 Uhr, NDR: mare TV: Auf der Kurischen Nehrung.
DONNERSTAG, 16. August, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Sylt – Ausverkauf einer Luxusinsel.
DONNERSTAG, 16. August, 22.35 Uhr, MDR: Feuer, Flamme, ausgebrannt: Wenn Schule Lehrer krank macht.
FREITAG, 17. August, 14.55 Uhr, 3sat: Der Pott ist grün. Geschichten aus dem Ruhrgebiet. Doku 2010.
FREITAG, 17. August, 21 Uhr, 3sat: makro: Währungskriege.
FREITAG, 17. August, 23.30 Uhr, ZDF: Auf der Suche nach dem Glück. Gibt es eine Definition von Glück? Doku.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

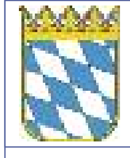


Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 23. August, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 19. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Sommerfest der LM Ost- und Westpreußen. Dazu wird herzlich eingeladen. Die Gruppe freut sich auch über Gäste aus anderen Landsmannschaften. Der Chor Alexander Diehl wird das Programm mitgestalten. Außerdem sind Sketche und Gedichte vorgesehen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Bericht über die Monatszusammenkunft im Juli im Restaurant Altdeutsche Bierstube im Hotel am Kuhbogen, Hof. Das lautstark gemeinsam gesungene Westpreußenlied leitete den Heimatnachmittag der Landsleute der Ost- und Westpreußen im Kreisverband Hof ein. Der erste Vorsitzende Christian Joachim freute sich über die stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen, die trotz des sommerlichen Wetters der Einladung gefolgt waren. Nach der Begrüßung und traditionellen Gratulation der gewesenen Geburtstagskinder gab er einen Rückblick auf wichtige Vereinsmitteilungen. Die Dauerausstellung im Museum Bayerisches Vogtland in Hof „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof" kommt sehr gut an, unter sachkundlicher Leitung werden aufschlussreiche Führungen durchgeführt. Es ist für eine Stadt wie Hof eine großartige Leistung, die man auch als einmalig bezeichnen kann, eine Stadt, die den Mut aufgebracht hat, einen unrühmlichen Teil unserer Geschichte zu dokumentieren und auch für die Nachwelt zu präsentieren. Mit Unterstützung der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern – gefördert mit Mitteln des Freistaates – besuchen uns immer wieder Jugendgruppen aus den Heimatgebieten. Die polnischen Jugendlichen werden an die wichtigsten Stätten deutscher Geschichte herangeführt und tragen wesentlich zur Verständigung bei. Auf jeden Fall sollte die Gruppe dies als neues Aufgabengebiet betrachten und in Zukunft unbedingt weiterpflegen. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied gedachte Bernd Hüttner als Prominenten des Nachmittags an den deutschen Physiker Max Karl Werner Wien, geboren am 25.12.1866 in Königsberg / Preußen, gestorben am 24.2.1938 in Jena. Wien studierte in Königsberg, Freiburg und Berlin. Er habilitierte sich 1893 und wurde 1904 als Ordinarius nach Danzig berufen. 1911 wurde er Direktor des Physikalischen Instituts an der Universität Jena. Er entwickelte dort von 1906 bis 1909 den Löschfunkensender und schrieb viele Arbeiten über Wechselstrom, elektrische Schwingungen und drahtlose Telegrafie. Nach ihm ist auch der Wien-Effekt über das Verhalten von Elektrolyten in starken elektrischen Feldern benannt. Christian Joachim hielt nun einen hochinteressanten Vortrag zum Thema „Der Elch, Symboltier von Ostpreußen". Kein Tier der ostpreußischen Heimat verkörpert in gleicher Weise die eigentümliche Schönheit der ostpreußischen Landschaft wie der Elch. Joachim berichtete vom mächtigen Körperbau, von seinem Lebensraum und seinem Verhalten. Viele Erzählungen, Gedichte und Lieder erinnern an den Elch, der Bestand im ehemaligen Ostpreußen konnte sich jedoch bis heute halten. Das bekannteste und wahrscheinlich auch älteste Symbol ist wohl die Elchschaufel als Trakehner-

Brandzeichen. Das Brandzeichen des Gestüts Trakehnen zeigt zwei Elchschaufeln. Nun schloss der Vortragende: „Liebe Landsleute. wenn man etwas in den Bücherkisten kramt, Sie glauben nicht, wie viel Texte und Geschichten es über den Elch gibt, wir könnten noch Stunden derartiger Erzählungen lauschen. Halten wir ihn – den Elch – unser Symboltier – in guter Erinnerung und freuen wir uns auch darüber, dass er noch genügend Lebensraum findet und sogar die Reise bis in unsere Gefilde fortgesetzt hat. In der dritten Strophe des Ostpreußenliedes von Erich Hannighofer (1908 – 1945) geschrieben 1932 klingt es nach: ‚Und die Meere rauschen den Choral der Zeit, Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit'". Langanhaltender Beifall war der Dank für die Vorträge. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied und gemütlichem Plausch klang dieser schöne Nachmittag aus.

Kitzingen – Freitag, 17. August, 14.30 Uhr, Deutscher Kaiser: Vortrag „Die Seniorenarbeit im Landkreis Kitzingen".

Landshut – Dienstag, 21. August, 14 Uhr, Insel, Biergarten: Zusammenkunft der Gruppe.

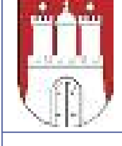


Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Nachruf auf Inge Maria Carstens – Am 24 Juli 2012 verstarb das frühere langjährige Vorstandsmitglied Inge Maria Carstens. Sie hatte sich in 23jähriger Vorstandsarbeit von 1986 bis 2009 große Verdienste um die örtliche Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen erworben. Als sie vor fast 30 Jahren den Weg in die Landsmannschaft fand, war es ihr bald selbstverständlich, nicht nur teilnehmendes Mitglied sein zu wollen. Sie übernahm eine der zeitaufwendigsten Aufgaben innerhalb des Vorstandes: die regelmäßige wöchentliche Wahrnehmung der Geschäftsstellentermine für Mitglieder und Interessenten. Jahrelang gehörte der Donnerstag-Nachmittag fortan der Landsmannschaft und den an Ostpreußen interessierten Außenstehenden. Zunächst im beengten Gemeinschaftsbüro im Deutschen Haus, ab 1991 in eigenen Räumlichkeiten in der Parkstraße, gelang es ihr, allen Besuchern ein freundliches Wort, aufrichtiges Interesse und damit eine Geborgenheit in der Gemeinschaft der Gruppe zu vermitteln. Bei fast allen Veranstaltungen half sie mit, begrüßte, saß an der Kasse und war so das Gesicht und das Herz der Gruppe. Die Gruppe hat Inge Maria Carstens, gebürtig aus Memel, viel zu verdanken und werden sie in guter Erinnerung behalten.

– **Am 9. August endet die Sommerpause** der Geschäftsstelle und es beginnt der Vorverkauf für den diesjährigen „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken" im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Termin: Sonntag, 2. September, 15 Uhr , Einlass ab 14.15 Uhr. Die Traditionsveranstaltung der Vorjahre wird fortgesetzt. Im Vorprogramm wird die „Musikgruppe Burg" mit Gesang und instrumental einstimmen und auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. Daneben ist Zeit zum Plachandern und Einkaufen am Büchertisch. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit einem traditionellen „Stobbe Machandel"! Die jahreszeitlich passenden ostpreußischen Traditions-Gerichte „Beetenbartsch" und „Schmandschinken" werden wieder durch die hauseigene Küche nach Angaben von Frau Richter zubereitet. Es gelten die folgenden unveränderten Preise (einschließlich „Stobbe-Machandel"): Eintritt und Essen (Schmandschinken) 19 Euro, Eintritt und Essen (Beetenbartsch) 14 Euro, Eintritt und Essen (fleischloser Gemüseteller) 16 Euro. Eine Anmeldung in der Geschäftsstelle unter Benennung des Speisewunsches ist erforderlich. Der Vorverkauf beginnt am 9. August. Sie können sich aber auch ab sofort schriftlich oder telefonisch auf Anrufbeantworter anmelden. Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

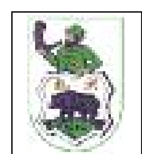
Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Achtung Änderung: Restaurant/Café „Prinzess", Alsterdorfer Straße 572, unweit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe**, Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder" und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis" humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „ein bisschen Spaß muss sein". Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

BEZIRKSGRUPPE

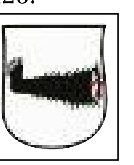
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin", Fohmestraße 123.



Sensburg – Sonntag, 19. August, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Das Treffen fällt wegen des Kreistreffens in Remscheid aus. Das nächste Treffen in Hamburg findet am Sonntag, 23. September um 15 Uhr statt.



Hessen

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Sonnabend, 18. August, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen der Gruppe.

Dillenburg – Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, dem 29. August 2012 statt, um 15 Uhr im Dillenburger Cafe Eckstein. Dann wird Hans-Joachim Naujoks über Schule und Kultur in Gumbinnen, von den Anfängen bis zur Vertreibung sprechen.

Wiesbaden – Sonnabend, 25. August, 11 Uhr, BdV-Gedenkstein, Wiesbaden-Kohlheck, Kranichstraße: Feierstunde unter Mitwirkung des Frauenchors der LOW Berlin-Mark-Brandenburg. Bekunden Sie auch an diesem Tag Ihre Treue zur Heimat! – Sonntag, 26. August, 10.30 Uhr, Biebricher Schloss: Zentrale Feierstunde zum Tag der Heimat des BdV-Landesverbandes Hessen. Festrede: Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellvertretender Ministerpräsident.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 2. August, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Luise Wolfram hält einen Vortrag über „Das alte Ostpreußen neu entdeckt". Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Sonntag, 26. August bis Mittwoch, 29. August: Vier-Tagesfahrt nach Potsdam „Auf den Spuren preußischer Könige – 300 Jahre Friedrich der Große". Sonntag, 26. August, 7 Uhr: Busfahrt ab Stade / Buxtehude, gemeinsames Mittagessen in Wustrau, dem Gut des volkstümlichsten Husarengenerals Hans-Joachim von Zieten. Montag, 27. August: Stadtführung durch das alte Zentrum von Potsdam, freier Nachmittag, Übernachtung in Ca-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

puth. Dienstag, 28. August: Busfahrt rund um Potsdam, Besuch der Filmstadt Babelsberg, Führung durch Park und Schloss Sanssouci, Schlösserrundfahrt auf der Havel, festliches Abendessen in einem Schiffsrestaurant, Übernachtung in Caputh. Mittwoch, 29. August: Führung durch das Schloss des Herrn von Ribbek auf Ribbek im Havelland und der Rückfahrt, Mittags- und Kaffeepause in Kyritz. Dieser Ort gehört heute zu den schönsten Fachwerkstädten Deutschlands. Gegen 19.30 Uhr Ankunft in Buxtehude/Stade. Kosten für die genannten Leistungen inklusive aller Eintritte und Führungen: 310 Euro pro Person im Doppelzimmer, Einzelzimmer 355 Euro. Für Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen ermäßigt sich dieser Preis um jeweils 20 Euro. Im Hotel Müllerhof in Caputh konnten 45 Betten reserviert werden, leider stehen nur sehr wenige Einzelz8mmer zur Verfügung. Anmeldungen ab sofort, spätestens bis zum 5. August an Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.

Osnabrück – Dienstag, 28. August, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 15. August, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch. – Sonnabend, 25. August: Sommerfest. Die Gruppe ist mit einem Informations-, Bücher- und Spezialitätenstand vertreten (Pillkaller, Bärenfang, Machandel und Danziger Goldwasser). Gäste sind herzlich willkommen.

Dortmund – Montag, 20. August, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Probe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Ennepetal – Donnerstag, 16. August, 17 Uhr, Monatsversammlung mit Grillen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Mühlheim a.d. Ruhr – Dienstag, 14. August, 14.45 Uhr, Wasserbahnhof Mülheim: Schiffsausflug nach Kettwig.

Neuss – Donnerstag, 30. August, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen.

Witten – Montag, 20. August, 15 Uhr, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Allenstein und Masuren. Berichte der deutschen Minderheit.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 16. August, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Mittwoch, 22. August, 14.30 Uhr, Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie: Schiffs-Kaffeefahrt (Kaffeehaus auf dem See) in den Rheingau. Rückkehr gegen 17.20 Uhr (Ankunft in Mainz / Fischdorf). – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

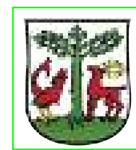
Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn. – Mittwoch, 15. August 10 Uhr, Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe. – Freitag, 17. August, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.

Limbach-Oberfrohna – **Vorbereitungen auf das Erntedankfest.** – Das Leitungsteam der Kreisgruppe traf sich am Dienstag, 24. Juli, zur weiteren Vorbereitung des Heimatnachmittags am 29. September. Für die Tombola liegen über 100 Preise bereit dank der Spendenbereitschaft der angesprochenen Firmen und Privatpersonen. Es ist Kurt Weihe gelungen, für den 29. September das russische Vokalensemble „The vokal ensemble" aus Königsberg zu gewinnen. Sie sangen schon in verschiedenen Städten Deutschlands, unter anderem in der Hamburger Michaelis Kirche, ihrer Lieder in deutscher und russischer Sprache. Den Hörern bleibt das Lied vom Glöckchen unvergessen. Mit ihren klangvollen Stimmen füllen sie große Räume wie auch kleine Herzen. Diese grenzüberschreitende Kulturar-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Sonnabend, 22. und Sonntag, 30. September, Johanniter Akademie Weißenburg-Straße 60–64 in unserer Patenstadt: **Diesjähriges Kreistreffen.** Übernachtungsmöglichkeiten bitte direkt bei Frau Schwarze in der Johanniter Akademie buchen, Telefon (0251) 97230145. Sonnabend, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Sonntag, 8.30 Uhr: Gottesdienst in der Hl. Geistkirche Metzerstraße. Zelebrant: Konsitialrat Dr. Claus Fischer, 10.30 Uhr: „Festliche Stunde“, Festvortrag: Prof. Dr. Thomas Sternberg, Grußworte, Ehrungen, Empfang durch die Patenstadt Münster, in der Johanniter Akademie, Weißenburg-Straße 60 – 64. Wir bitten um rege Beteiligung Ihr Manfred Ruhnau, Kreisvertreter. – Bericht des 9. Kreistreffens in Braunsberg – Von Sonntag, 24. Juni bis Dienstag, 3. Juli fuhren per Bus 42 Braunsberger zum 9. Kreistreffen nach Braunsberg. Nach einer Zwischenübernachtung in Gnesen und dem Dombesuch in Gnesen ging es weiter nach Thorn zu einem Stadtrundgang. Unter Führung unserer Reiseleiterin Beata bekamen wir einen Eindruck von Thorn. Sie führte uns bis zu der zerstörten Burg und zurück durch die Fußgängerzone, um noch die berühmten Katharinchen zu kaufen. Weiter führte uns die Reise über Marienburg, Elbing nach Braunsberg. Ein Fotostopp an der Marienburg wurde genehmigt. Pünktlich um 16 Uhr erreichten wir Braunsberg, wo uns der Bürgermeister Henryk Mrozinski erwartete. Nach kurzer Begrüßung überreichte er jedem Teilnehmer einen Schlüsselanhänger und wünschte einen schönen Aufenthalt in Braunsberg. Eine Umleitung, bedingt durch die Reparatur der Passargebrücke, erreichten wir das Hotel „Kristal“, wo die Hälfte unserer Reiseteilnehmer untergebracht wurde. Die andern Teilnehmer wohnten im Hotel „Kopernik“ in Frauenburg. Der erste Tag führte uns durch den Kreis Braunsberg, es wurden Heinrichsdorf, Bludau, Tiedmannsdorf angefahren und als letztes wurde Prettelkau besucht. Der Pfarrer Rudzinski erwartete uns schon, denn es war vereinbart, vor Ort eine Messe für Herrn Gerhard Steffen, unseren Ehrenvorsitzenden, zu zelebrieren, denn im April 2012 ist er hier in der Kirche beigesetzt worden. Am nächsten Tag folgten die Besichtigung des Frauenburger Domes mit Orgelkonzert, und anschließend ein Besuch unseres Gedenksteines. Nach einer kurzen Ansprache mit Gebet ging es weiter zum Hafen, wo uns ein Schiff erwartete zur Überfahrt nach Kahlberg. Auf dem Haff hielt das Schiff kurz an, um eine Andacht mit Domherrn André Schmeier zu feiern, um der Toten zu gedenken, die im Februar März 1945 umgekommen sind. Ein Blumengebinde wurde ins Wasser gelassen. In Kahlberg gab es einen mehrstündigen Aufenthalt mit Zeit zum Fischessen und Besichtigung der Nehrung. Die Rückfahrt erfolgte per Schiff nach Tolkemit, wo uns der Bus abholte. Der 28. Juni stand zur freien Verfügung, jeder ging seinen eigenen Dingen nach. 29. Juni: Besuch von Mohrungen, Besichtigung von Kirche und Rathaus. Anschließend Fahrt nach Buchwalde. Von hier ging es per Schiff über die Rollberge, Oberlandkanalfahrt durch den Drausensee nach Elbing. Ein tolles Erlebnis mit vielen Tieren im Naturschutzgebiet. Kurzer Rundgang durch die Altstadt von Elbing, wo uns der Bus abholt. 30. Juni: Besuch des Stadtfestes in Braunsberg, welches im Freilichttheater mit einem kulturellen Programm stattfand, an dem die deutsche Gruppe aus Allenstein Lieder in deutscher Sprache, auf unseren Wunsch, vortrug. Die Stadt Braunsberg hatte für alle deutschen Teilnehmer ein Mittagessen und Getränke spendiert, besten Dank dafür. Bürgermeister Mrozinski und der ausgeschiedene Landrat Dziag erhielten von der Kreisgemeinschaft Braunsberg die Treue- und Verdienstmedaille verliehen, für besondere Kontakte über viele Jahre. Beide waren sehr gerührt. Eine Vorabendmesse in der Katharinenkirche in deutscher Sprache wurde mit Domherrn Andrê Schmeier und Pfarrer Tadeusz Rudzinski aus Pettelkau gestaltet. Einige Polen der Stadt nahmen auch daran teil. Am 1. Juli begann die Rükkreise nach Danzig. Unsere Reiseleiterin Beate macht die Stadtführung. Starteten dann nach Oliva zum Orgelkonzert und machten einen Bummel auf dem Seesteg in Zoppot. Fuhren weiter zur Übernachtung im Hotel „Victoria“ in Bohlschau. Am nächsten Morgen ging es weiter nach Leba zur Lontzke Düne. Dies ist die einzige Wanderdüne in Pommern. Mit Elektro-Wagen fährt man etwa sechs Kilometer dorthin, um den Rest der Strecke über die Düne zu laufen. Ein sehr schönes Erlebnis. Nach einer Pause mit Würstchen und Kaffee ging es weiter Richtung Stettin zum Hotel „Panorama“ zur letzten Übernachtung. Das 9. Begegnungstreffen in Braunsberg mit Teilnahme am Stadtfest mit der Allensteiner Gruppe hat allen gefallen. So wurden die bestehenden Kontakte erneuert und gefestigt. Für alle Teilnehmer eine gelungene Reise der Kreisgemeinschaft Braunsberg.

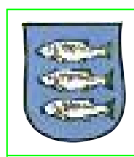
Manfred Ruhnau



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Einladung zur Mitgliederversammlung und Kreistreffen der ehemaligen Bewohner des Kreises Niederung/Elchniederung vom Freitag, 14. bis Sonntag, 16. September im Hotel Esplanade Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110. Am Freitag, 14. September ist das Tagungsbüro ab 14 Uhr geöffnet. Ab 16 Uhr können Filme aus der Heimat angesehen werden. Um 14 Uhr findet außerdem die Delegierten-Versammlung statt. Sonnabend, 15. September: Eröffnung des Tagungsbüros ab 9 Uhr; Beginn der Film-Vorträge ab 10.30 Uhr. Außerdem können mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden. Nach mehreren Vorträgen und Wahlen für die Kirchspiel-Vertretungen ist gemütliches Beisammensein und Plachandern angesagt. Ab 19 Uhr wird musikalische Unterhaltung geboten. Am Sonntag, 16. September, ist ein Besuch des „Agnes-Miegel-Hauses“ in Bad Nenndorf oder eines evangelischen Gottesdienstes in Steinhude möglich. Mittelpunkt unseres Kreistreffens ist das Hotel Esplanade in Bad Nenndorf. Hier werden Bildbände, Bücher, Heimatbriefe und Kartenmaterial zum Kauf angeboten. Hier spielt sich das Treffen ab zwischen alten und neuen Freunden. Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Kommen und erwarten Sie!



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

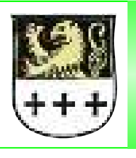
Sonnabend, 1. September, 14 Uhr. Kleinflecken 1, Festsaal der Stadthalle Neumünster; Die Satzung schreibt vor: „Die Mitgliederversammlung findet mindestens alle zwei Jahre anlässlich des **Jahreshaupttreffens** statt.“ Im Programm des Treffens: Beginn der Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvertreters (1. Vorsitzender), Beratung, 2. Beschlussfassung über den Änderungsentwurf zur Satzung. Der Entwurf ist mit der Gegenüberstellung der bisherigen Satzung im Lötzener Heimatbrief Nr. 111/Mai 2012 abgedruckt. Bitte bringen Sie diesen Heimatbrief zur Mitgliederversammlung mit. Da auch nicht annähernd eine Zahl von Teilnehmern an der Versammlung geschätzt werden kann, habe ich auf einen Sonderdruck verzichtet. Dieter Eichler, Kreisvertreter. – **Der besondere Tag** im Lötzener Heimatmuseum „Masuren in Neumünster“, Brachenfelder Straße 23 (alte Schule unweit Rathaus), am Sonnabend, den 18. August 2012. Die Dauer- und die Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“ sind von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 3 von 4) – Der Bernstein“. Dieter und Ute Eichler zeigen den Film „Geheimnisse des Bernsteins“.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

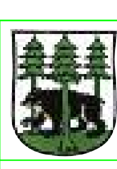
Kreistagssitzung. Anlässlich des Lycker Kreistreffens findet in Hagen in Westfalen eine Sitzung des Kreistages statt. Sonnabend, 1. September, 14.30 Uhr, Sitzungssaal des Rathauses, Rathausstraße 13. Tagesordnung: 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 27. August 2011, 5. Berichte, a) aus dem Kreisausschuss, b) Kreisvertreter, c) Karteiwart, d) Beisitzer für Seniorenkartei, e) Archiv- und Kulturwartin, f) Büchervesand, g) Redaktion Hagen-Lycker Brief, Rückblick und Ausblick, h) Berliner Gruppe, i) Mittlere Generation. 6. Jahresabschluss 2010: a) allgemeiner Haushalt, b) Erbschaft Rowlin. 7. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisauschusses. 8. Haushaltsplan 2012. 9. Aufrechterhaltung beziehungsweise Verbesserung der Verbindungen zum Heimatkreis, a) allgemeine Diskussion, b) konkrete Maßnahmen. 10. Diesjähriges Kreistreffen. 11. Wahl eines neuen Kreistages im Jahre 2013. 12. Kreistreffen 2013. 13. Verabschiedung der Kreistagsmitglieder, die 2013 nicht mehr kandidieren.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Der Förderkreis **Kirche Mühlhausen** Kreis Preußisch Eylau hat eine fünfte, aktualisierte Auflage der Broschüre über diese Kirche herausgebracht. Das Heft gibt die Geschichte des Dorfs, der Kirche und ihrer Patrone sowie den Stand der Sanierung des Kirchengebäudes bis 2012 wieder und enthält wichtige Kontaktadressen. Die Kirche entwickelt sich immer mehr zu einem Besuchermagneten für Deutsche und Russen. Die Broschüre kann gegen ein Entgelt von drei Euro bei der Schatzmeisterin des Förderkreises, Erika Zschiesche, Bergstraße 46, 27404 Seedorf, E-Post zschiesche-go@t-online.de, angefordert werden. Sie können das Heft auch auf dem Preußisch Eylauer Kreistreffen im September in Verden erwerben.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Einladung zum 56. Hauptkreistreffen am 18. und 19. August in Wesel. – Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein, an dem Kreistreffen teilzunehmen. Programm: Sonnabend, 18. August: 9.30 Uhr Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel, 14 Uhr Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotels Kaiserhof, 19 Uhr Geselliges Beisammensein und Lichtbilder aus dem Kreis Rastenburg in der Niederrheinhalle Wesel. Sonntag, 19. August: 10 Uhr Evangelischer Gottesdienst, Willibrordidom Wesel, Pfarrerin M. Biebersdorf, 10 Uhr Katholischer Gottesdienst, St. Martini Wesel, 14.30 Uhr Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, Gemeinsames Lied Land der dunklen Wälder, Ansprachen: Heinrich-Friedrich Heselmann, Stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Geselliges Beisammensein.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

beit ist im Sinne des BdV. Bei Kaffee und Kuchen werden die Mitglieder und ihrer Freunde und Gäste eine frohe Zeit verleben. Ein kurzes Programm wird den Dank für die Ernte zum Ausdruck bringen. Hausmacherwurst wird im Angebot sein. Das Erntedankfest findet am Sonnabend, 29. September, 14 Uhr im Esche Museum statt. Diese Versammlung wird vom Sächsischen Innenministerium gefördert.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 13. August, 14 Uhr, Krötenhof: Geschichten aus der Heimat.

Magdeburg – Freitag, 24. August, 16 Uhr, Sportgaststätte TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Dienstag, 21. August, 16 Uhr, Hansen-Borg-Bus ab ZOB, 16.10 Uhr ab Exe Marktwache: Fahrt nach Langenhorn, Nordfriesland zum Orgelkonzert in die St.-Laurentius-Kirche. Kleine Rundfahrt durch Nordfriesland, 17.30 Uhr Abendessen, 20 Uhr Konzertbeginn. Ankunft in Flensburg zirka 22.15 Uhr.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Leiden anerkannt

Auswanderer setzte seiner Frau Denkmal

Alljährlich am 19. Juli findet eine Gedenkfeier zum Todestag von Anna Tuerr in Mannheim, einer kleinen Vorstadt von Kitchener in Kanada, statt. Mitglieder der deutschen Klubs, der deutschen Kirchen, sowie Vertreter der Föderalen und der Provinz-Regierung und der Bürgermeister halten kurze Ansprachen. Deutsche Chöre tragen zur Feier bei.



In Mannheim, einer kleinen Vorstadt von Kitchener in Kanada: Park mit Anna-Tuerr-Denkmal Bild: A.B.

Der kleine Park mit dem Denkmal steht mitten in einem Wohngebiet und wird von der Gemeinde Mannheim gepflegt.

Anna Tuerr wurde als 17-jähriges Mädchen in ein russisches Arbeitslager verschleppt. Die seelischen und körperlichen Strapazen zeichneten sie für den Rest ihres Lebens. Kanada wurde ihre zweite Heimat. Hier lernte sie ihren Mann kennen.

Vertreibungsschicksal stets thematisiert

Paul Tuerr, ein sehr erfolgreicher Bauunternehmer, kam 1948 nach Kitchener. Als Donauschwabe hatte er seine Heimat und Habe verloren. In Kitchener fand er ein neues Zuhause. Er erschloss Bauland und errichtete über tausend Häuser und Wohnblocks.

Geboren in Jugoslawien als Sohn deutscher Eltern, wurde er in die deutsche Wehrmacht eingezogen. Nach seiner Entlassung blieb er in Stuttgart und studierte Bauingenieurswesen. Nach dem Abschluss seines Studiums entschloss er sich, nach Kanada auszuwandern. Das Schicksal seiner Frau und das seiner vertriebenen und umgebrachten Landsleute lagen ihm sehr am Herzen.

Paul Tuerr kämpfte immer gegen das Vergessen. Er war der Meinung, dass dieser Teil der Geschichte in den Schulen unterrichtet und in der Öffentlichkeit verbreitet werden sollte. „Let's balance history here“, war seine Ansicht. „Lasst uns über die Leute und ihre Leiden sprechen“. Es war dieses Denken, dieser Wunsch nach gerechtem Anerkennen aller Leiden, das ihn veranlasste, das „Anna Tuerr Memorial“ in seinem letzten Bauprojekt zu errichten. Eine zweisprachige Mahntafel informiert über Flucht und Vertreibung zwischen 1944 und 1948 Paul Tuerr starb am 14. Juni 2012 im Alter von 91 Jahren.

Anton Bergmeier

Adel in Schlesien

Erweiterte Schau auf Schloss Caputh

Die viel beachtete Ausstellung „Adel in Schlesien“ im Schloss Caputh ist ab sofort auch im Norden zu sehen. Die Eröffnung findet am Sonnabend, 11. August, um 15 Uhr statt.

Caputh kooperiert mit Oberschlesischem Landesmuseum

Nach der großen Präsentation von 2010/11 in Ratingen wurde die neue Fassung entwickelt. In Caputh bei Potsdam wird diese informative Ausstellung nun zum zweiten Mal – vom 12. August bis einschließlich 31. Oktober 2012 – zu sehen sein. Damit wird erstmalig einem breiten Publikum in Norddeutschland die Geschichte des schlesischen Adels vermittelt. Die neu eröffnete Ausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen wird präsentiert in Kooperation mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Die Begrüßung werden Schlösserdirektor Dr. Samuel Wittwer für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Dr. Claudia Tutsch für das Deutsche Kulturforum Östliches Europa und Museumsdirektor Dr. Stephan Kaiser als Kurator der Ausstellung vornehmen.

PAZ

Unübersichtlich

Autor erstellt Listen zur Vertreibungsliteratur



Für den Laien nur schwer überschaubar ist die Literatur zu dem riesigen Themenfeld „Flucht und Vertreibung“. Mathias Beer vom Tübinger Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Leiter des Forschungsbereichs Zeitgeschichte, hat eine wissenschaftlich fundierte Übersichtsdarstellung mit dem Titel „Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen“ vorgelegt. Knapp gefasst und prägnant schildert der in Hermannstadt geborene Historiker die wichtigsten Fakten und Hintergründe nach dem neuesten Stand der Forschung, ohne jedoch immer auf die verschiedenen politisch-motivierten Interpretationen der Ereignisse einzugehen. Auf 200 Seiten findet man außer 160 Seiten reinen Text ein inhaltlich gegliedertes Literaturverzeichnis, Statistik und Karten, die den Blick auf die großräumigen Abläufe eröffnen.

Die Chiffre „Flucht und Vertreibung“ versteht Beer inhaltlich als einen Prozess von fünf Phasen. Damit sind Vorgänge und Auswirkungen von erheblicher geografischer und zeitlicher Spannweite umfasst. Wesentliche Ursache war die „ganz Europa überziehende, rassistischen Überzeugungen verpflichtete nationalsozialistische Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik“, eine Entfesselung der seit Ende des 19. Jahrhunderts in der europäischen Politik praktizierten Aus- und Umsiedlungen als Instrumentarium zur Lösung angeblicher Minderheitenprobleme. Das Flüchtlingsproblem in den beiden verbliebenen deutschen Staaten führte zu Konflikten zwischen Alt- und Neubürgern, was wiederum anhand von Zeitzeugenberichten belegt wird. Bei Entwicklung und Wiederaufbau leisteten die Vertriebenen in den beiden deutschen Staaten als „Neubürger“ und „Umsiedler“ – so die offizielle Bezeichnung in der DDR – einen wesentlichen Beitrag. Parallel dazu schwanden mit der Zeit die Rückkehrwünsche, besonders bei der jüngeren Vertriebenengeneration.

Im letzten Kapitel ist von „Flucht und Vertreibung‘ als Erinnerungsort“ die Rede. Anhand von vier parteipolitischen Debatten im Bundestag zwischen 1949 bis 2002 wird der Wandel in der bundesdeutschen Erinnerungskultur deutlich. Er ist der Auffassung, dass die Politiker als Repräsentanten ihrer Parteien nicht primär an der Geschichte dieses historischen Phänomens interessiert seien, „sondern daran, den ‚Komplex Vertreibung‘ als Argument in der politischen Auseinandersetzung einzusetzen“. Zum Zankapfel avancierte das von der rot-grünen Regierungskoalition 2002 beantragte „Europäische Zentrum gegen Vertreibung“. Der Dialog mit den ostmitteleuropäischen Staaten führte, trotz des aufgelösten Ost-West-Konflikts, nicht zur Gründung eines solchen Zentrums, da es nicht nur eine deutsche, sondern auch eine ostmitteleuropäische Streitgeschichte über „Flucht und Vertreibung“ gab, gibt und wohl auch in Zukunft geben wird, so der Autor. Stattdessen kam es am 30. Dezember 2008 mit Konsens fast aller im Bundestag vertretenen Parteien zur Errichtung der Stiftung „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums in Berlin.

Dagmar Jestrzemski

Mathias Beer: „Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen“, Verlag C. H. Beck, München 2011, broschiert, 205 Seiten, 12,95 Euro

»Sie sagen all’, du bist nicht schön«

Ostpreußisches Musikwochenende beleuchtete Herkunft ostdeutscher Hymnen

Ende Mai fand im Ostheim in Bad Pyrmont gemeinsam mit dem Arbeitskreis Nordostdeutsche Musik ein mit Fördermitteln des Kulturreferats des Ostpreußischen Landesmuseums unterstütztes „Ostpreußisches Musikwochenende“ statt.

Nach der Ankunft hielten die Teilnehmer andächtig den großen und den kleinen „Wilden Schwan“ in Händen, in denen die schönsten Lieder aus dem nordostdeutschen Kulturraum enthalten sind.

Beim Einüben der Chorlieder entdeckten die Teilnehmer, dass jede Stimme wie ein eigenes Lied klang und eine besondere Stimmung ausdrückte. Aus diesem Naturgewebe „des Himmels Huld“ aufleuchten zu lassen, wie es am Schluss des Liedes heißt, war das Verdienst unserer Chorleiterin Karin Petersen. Alle Farben dieser Schöpfung erwuchsen zu einer Hymne der ostpreußischen Landschaft. Dazu gesellte sich die Flötengruppe von Solveig Hachtmann, meisterhaft von ihr geführt. Das Auge bewunderte eine riesige Bassflöte die Elli Brunow meisterhaft spielte. Wie Menschen sich nach harter Arbeit im Tanz von der Schwere der Dinge lösen können und dabei Raum und Zeit sich verwandeln, so schenkte uns Brigitte Schulze dieses Erlebnis.

Wie der „Wilde Schwan“ mit weiten Schwingen Wälder, Felder, Sand und Meer überfliegt und die Gesänge der Urzeit „erlüget“, so hat am zweiten Abend Frau Dr. Kopp in ihrem Vortrag „Landeshymnen für Ostpreußen“ eine intensive Spurensuche über das Wachsen und Werden von Ostpreußenliedern betrieben. Indem wir einige hören durften, wurde uns erneut bewusst, wie mächtig dieses Land auf Dichter, Musiker und Maler gewirkt hat. Sehr spannend erzählte Frau Kopp, wie das erste heute noch bekannte Ostpreußenlied entstand. Eine einfache Bäuerin, Johanna Ambrosius, im Kreis Pillkallen lebend, veröffentlichte 1884 in der dortigen Familienzeitschrift „Die Gartenlaube“ diese Verse: „Sie sagen all’, du bist nicht schön, mein trautes Heimatland, du trägst nicht stolze Bergeshöh’n, nicht rebengrün Gewand. In deinen Lüften rauscht kein Aar, Es grüßt kein Palmenbaum, doch glänzt der Vorzeit Träne klar an deiner Küste Saum.“ In der vierten Strophe heißt es dann zum Schluss: „Ostpreußen noch: Mein Heimatland, wie bist du wunderschön!“ In neun Vertonungen lebte diese Hymne auf das Ostpreußenland weiter. Die Namen sind bekannt, aber einige Melodien sind nicht mehr aufzufinden. Dank der unermüdlichen Suche von Frau Kopp sind wir aber stolze Besitzer von fünf Vertonungen. Sie konnte uns sogar von allen neun Tondichtern einen kurzen Lebens- und Schaffensbericht geben. Dabei erfuhren wir, dass es auch begeisterte Nicht-ostpreußen waren, die dieses Land besangen.

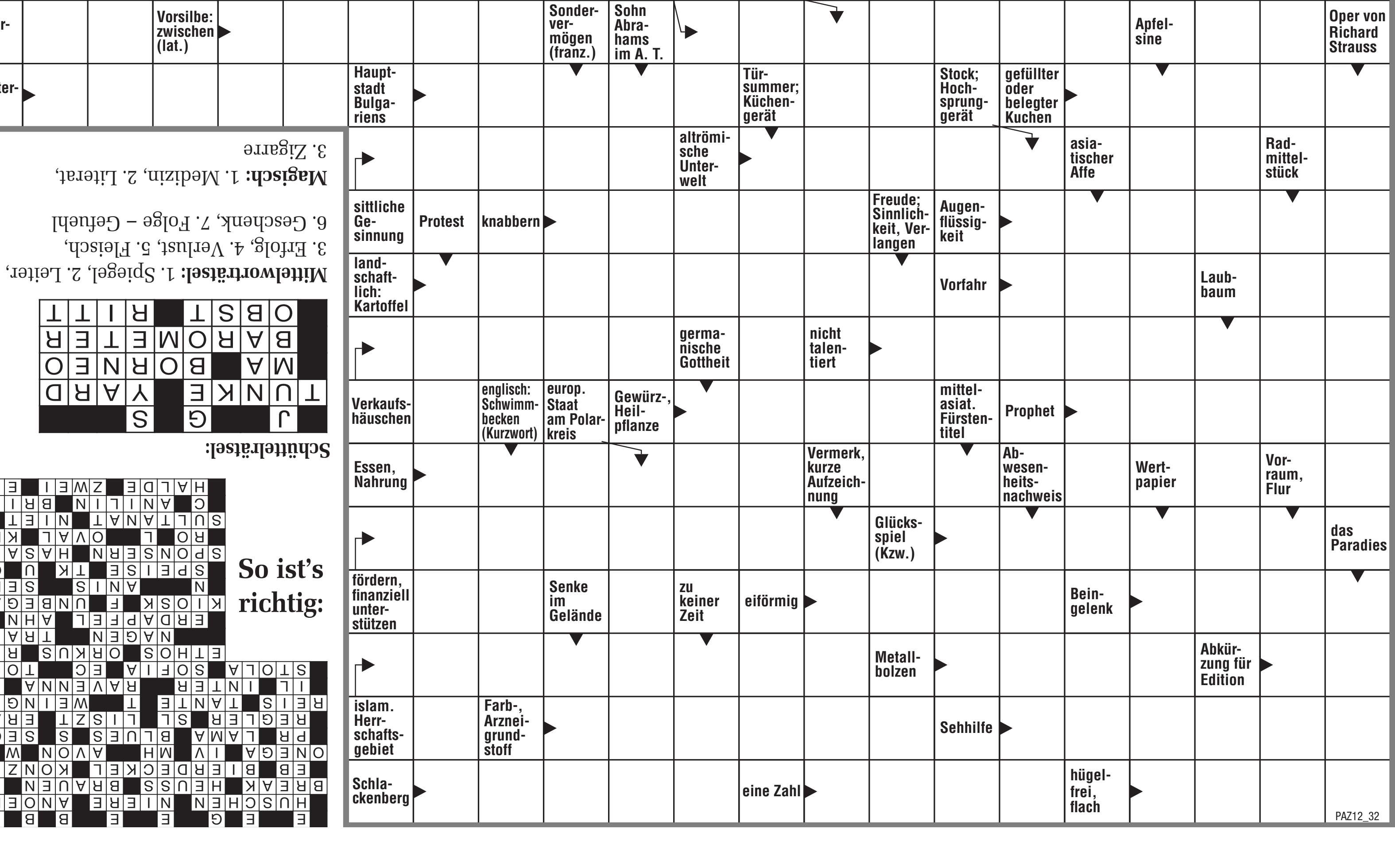
Auch begeisterte Nicht-Ostpreußen besangen das Land

Anfang der 1930er Jahre begann Herbert Brust ein „Oratorium der Heimat“ zu schaffen. Für seinen Schlusschor suchte er einen Textdichter und fand ihn in dem jungen Dichter Erich Hannighofer. „Der Geist der Harmonien“ raunte ihm diese wunderbaren Worte ins Ohr, die ausersehen waren, unser heiliges Ostpreußenlied zu werden. Ja, es ist unsere Hymne, von der Herbert Brust sagte: „Es ist eine Gnade, dass ich diese Weise fand“ Wie Blüten ranken sich um unser Ostpreußenlied die Hymen einzelner Regionen: Das Lied der Masuren „Wild flutet der See“, das „Ermlandlied“, und zum „Hafflied“ wurde das Lied der vorpommerschen Heimatdichterin Martha Müller-Grählert „Wo de Ostseewellen trecken an den Strand“. Alle diese verschiedenen Klänge, die da heraustönen, ergeben wieder einen vielstimmigen Choral, der in „ein Gefühl verschlungen“ uns als ein „ewig All“ empfinden lässt. Diese bewegenden Gedanken und noch viel mehr konnten wir durch den so besonderen Vortrag von Frau Dr. Kopp erfahren. Wir danken herzlich. Wie konnten wir dies alles in wenigen Tagen schaffen? Der „Wilde Schwan“ weiß es: Aus seinem Gefieder klangen die Lieder, die uns am Morgen weckten, uns vor dem Frühstück „so fröhlich wie der Morgenwind“ werden ließen und uns sagten „Es stellt dich jeder Morgen vor eine neue Tat.“ Der Abend hörte auf mit „Dort wo die Sterne steigen“ und „Abends treten Elche aus den Dünen“. in die weiten Schwingen des Schwans legten wir alle unsere Dankesworte. Danken wollen wir auch der Landsmannschaft Ostpreußen, dass unsere Gesänge so weit hinaus klingen dürfen. Fußgänger, die am Ostheim vorbeigingen, äußerten sich lobend über die Flötengruppe und den Chorgesang. Auch der Trakehnerhengst „Hessenstein“ (vom Bildhauer Georg Fuhg aus Königsberg) hat die ganze Zeit die Ohren gespitzt. Zu seinen Füßen liegt eine Tafel, auf der wir Ostpreußen dem Pferde danken, das in der Fluchtzeit viele Menschen in Sicherheit bringen konnte. Deshalb steht es da und soll auch weiterhin von uns die schönen ostpreußischen Gesänge hören

Doreliese Putzar



Gruppenbild vorm Trakehner-Hengst: Ilse Eysell-Steinecke, Doreliese Putzar, Hedi Berger, Marianne Kopp (v.l.n.r.) Bild: D. Putzar



Schüttelrätsel:

J		G		S
T U N K E		Y A R D		
M A		B O R N E O		
B A R O M E T E R				
O B S T		R I T T		

Mittelworträtsel: 1. Spiegel, 2. Leiter, 3. Erfolg, 4. Verlust, 5. Fleisch, 6. Geschenk, 7. Folge – Gefuehl

Magisch: 1. Medizin, 2. Literat, 3. Zigarre



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

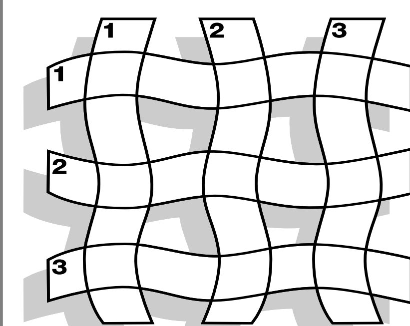
BJMOU		AABN	BEGOT		ERRSY		AINT	EERT	DORT
					ADRY				
EKNTU			BENO OR						
ABEEM ORRT									
BOST					IRTT				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Emotion, Empfindung.

1	WAND		BILD
2	DREH		SPROSSE
3	MISS		REICH
4	PRESTIGE		GESCHAEFT
5	RIND		WOLF
6	GAST		ARTIKEL
7	NACH		RICHTIG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Heilkunde, Arznei
2 Schriftsteller
3 Tabakware

Studioglas aus aller Welt

Nordböhmisches Hohlglas in Rheinbach – neuer Schwerpunkt


Bei Ausgrabungen 1982 gefunden: Römisches Glas aus Flerzheim Bild: Dieter Göllner

Archäologische Funde belegen, dass die Glasherstellung in der Rheinbacher Gegend bereits zu Römerzeiten bekannt war. Eine aktuelle Kabinettausstellung des Glasmuseums im Eifelstädtchen unter dem Motto „Römisches Glas aus Flerzheim" ist der beste Beweis dafür. Die zum Großteil erstmals ausgestellten antiken Gläser wurden im Jahre 1982 bei Ausgrabungen im nahegelegenen Flerzheim entdeckt. Sie stammen von einem Privatfriedhof mit Gräbern des späten zweiten und der Mitte des dritten Jahrhunderts, der zu einer römischen „Villa rustica" (Bauernhof) gehörte. Die Ausstattung der Gräber mit zahlreichen qualitativ hochwertigen Gläsern zeugt vom damaligen Luxus auf dem Lande.

Die Ausstellungskuratorin Constanze Lösch beschreibt im Begleitkatalog die Besonderheiten der Glasfunde: „Reizvoll sind die formgeblasenen Gefäße. Sie wurden in vielen verschiedenen Formen, zum Beispiel in Tierform oder als menschliche Komödienfiguren hergestellt. Eines der beliebtesten Designs im römischen Rheinland ist aber die Traubenform. Sie ist auch im Flerzheimer Gräberfeld vertreten. Behälter für Parfüm oder andere Kosmetikprodukte bilden die größte Gruppe unter den Glasfunden aus dem Flerzheimer Gräberfeld. Als Parfümbehälter sind die sogenannte ‚Merkurflasche', die Flaschen mit zylinderförmigem, abgeschnürtem Hals sowie sämtliche kleinformatigen Flaschen, Krüge und Fläschchen des Gräberfeldes zu interpretieren."

Der entscheidende Impuls für die Entwicklung Rheinbachs zur international bekannten „Glasstadt" kam jedoch im Jahre 1947 durch die Ansiedlung sudetendeutscher Glasveredler aus Nordböhmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Neben zahlreichen Glasveredlungswerkstätten wurde auch die Staatliche Glasfachschule Rheinbach als Nachfolgerin der Glasfachschule aus dem nordböhmischen Steinschönau (Kamenický Šenov) neu gegründet.

Glasmuseum weitet Sammlung durch Sonderschauen aus

Das 1968 von den „Freunden edlen Glases" e.V. ins Leben gerufene Glasmuseum Rheinbach beherbergt eine Dauerausstellung mit wertvollen Exponaten, darunter barocke Schnittgläser, Farb-, Schliff- und Schnittgläser des Biedermeier, Freundschaftsbecher, Prunkpokale des Historismus, Bäder- und Souvenirgläser des 19. Jahrhunderts sowie Jugendstil-, Art-Déco- und Fachschulgläser aus Steinschönau und Haida.

Wie die aus Siebenbürgen stammende Museumsleiterin Dr. Ruth Fabritius verriet, ist man in diesem Sommer dabei, mit der Mülstroh-Sammlung einen neuen Präsentations-Schwerpunkt aufzubauen. Es handelt sich um „Europäisches Studioglas", das der Sammler Klaus Mülstroh dem Hause als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt hat. Der Heinsberger Architekt – übrigens langjähriges Mitglied des Rheinbacher Fördervereins „Freunde edlen Glases" e.V. – hat Gefäßobjekte mit Unikatcharakter, Glaseditionen und Skulpturen gesammelt. Mit den 230 Studioglasobjekten aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Malta, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und den USA erhält nun das Glasmuseum neben dem nordböhmischen Schwerpunkt eine neue Ausrichtung.

Zu den herausragenden Exponaten der Studioglas-Kunstwerke zählen der „Pferdekopf" von Vaclav Machac, das „Fingerobjekt" von René Roubicek und der „Brustkasten" von Jirina Zertova sowie „Archäologie" von Silviu Dancea .

Die Sammlung wird in Rheinbach während der Sommermonate erstmals vollständig präsentiert. Danach kommen ausgewählte Stücke im Rahmen von halbjährlich wechselnden thematischen Sonderschauen erneut in die Vitrinen.

Dieter Göllner

Sowohl der „Luxus auf dem Lande" wie auch das „Studioglas" sind bis zum 2. September im Rheinbacher Glasmuseum, Himmeroder Wall 6, 53359 Rheinbach, Telefon (02226) 500 zu besichtigen.

Im »Storchenhaus« geboren

1912 wurde Städtische Frauenklinik Danzig-Langfuhr eingeweiht

Im Volksmund wurde die Frauenklinik und die ihr angeschlossene Provinzial-Hebammenlehranstalt im Langfuhrer Schellmühler Weg „Storchenhaus" genannt, weil im Eingangsbau auf dem Türmchen des Mansarddaches weit sichtbar ein metallener Storch thronte. Die Einweihung war ein festlicher Akt mit viel Prominenz. In der Freistaatzeit war die Klinik Staatliche Frauenklinik, nach Kriegsbeginn wurde sie in Gaufrauenklinik umbenannt. 1945 wurde das nahe der Bahnlinie und der Unterführung gelegene Gebäude beschädigt. Mansarddach und Türmchen existieren nicht mehr. Heute nennt sich die Anstalt Institut für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten – Medizinische Akademie. Unter dem ovalen polnischen Staatswappen und dem breiten Schild befinden sich am Eingang drei weitere rote Schilder mit den Inschriften Frauenklinik, Geburtshilfeklinik und – frei übersetzt – Klinik für Fertilisation. Fast alle Danziger Kinder und die aus der näheren Umgebung wurden im „Storchenhaus" geboren. Auch ich kam 1935 in der Staatlichen Frauenklinik zur Welt. Es war eine schwere Geburt. Erhalten geblieben ist nur meine Taufurkunde, in der es in schönstem Amtsdeutsch auf einem Formblatt heißt: „Nur zum Zwecke der Taufe gütig. Dass dem Elektromonteur Kurt Leitner, evgl. (...) von seiner Ehefrau Helene (...) zu Danzig-Langfuhr, Staatliche Frauenklinik, ein Knabe ist geboren, welchem die Vornamen Wolfgang-Dieter beigelegt sind (...). Getauft in der Staatl. Frauenklinik (...) am 11. August 1935. Ev. Pfarramt der Christuskirche zu Danzig-Langfuhr. [L.S.], Hahn, Pfr." Mein Vater hatte sich wohl ein Mädchen gewünscht. Bis zum vierten Lebensjahr lief ich mit einer Mädchenfrisur herum, Ende März 1945 erinnerte er sich nach geglückter Flucht in Kopenhagen daran, dass ich doch ein Junge sei. Als die SS alle wehrfähigen Männer von unserem Schiff auf die vor uns am Kai liegende „Europa" verfrachtete, sagte er zu mir: „Jetzt bist du der Mann in der Familie." Die „Danziger Neuesten Nachrichten" (DNN) schreiben im November 1937: „Durch günstige Lebensbedingungen hat sich die Geburtenziffer auf einem erfreulich hohen Stand gehalten. 1936 wurden in Danzig 9072 Kinder geboren. Diese Zahl ist wesentlich höher, als alle bisher in der Systemzeit gewesenen. Auf das Tausend der in Danzig lebenden Bevölkerung kommen demnach 22,4 lebend geborene Kinder. Das sind mehr Geburten als im selben Jahr im Deutschen Reich. Danzig ist genau so heiratsfreudig wie sonst; in Danzig werden mehr Kinder geboren als je, und das ist ein wunderbarer Schritt in die Zukunft." Die DNN schreiben weiter: „Die für das Jahr 1936 vorliegenden Zahlen der Bevölkerungsbewegung im Freistaat Danzig lassen erkennen, dass eine wesentliche Veränderung bei Eheschließungen, Ehelösungen und Geburten nicht eingetreten ist." Die Zahlen der Eheschließungen und Geburten waren 1936 geringer als 1935. Seit 1913 erreichten sie ihre höchste Zahl 1920 mit 5000 Heiraten. 1935 sank sie auf 3678 und ging 1936 auf 3349 zurück. Gestaunt hat man, dass 1936 17 Männer und nur eine einzige Frau über 70 Jahren eine Ehe eingingen. Es gab auch eine bewundernswerte Feststellung, dass heiratsfähige Danziger Männer von 20 bis 25 Jahren eine Frau ehelichten, die 50 Jahre und älter war. Die Gaufrauenklinik wurde 1942 von Professor Dr. med. Joachim Granzow geführt. Oberarzt war Dr. med. Franz Erichsen, Leiterin der Mütter- und Säuglingsstation Oberärztin Dr. med. Maria-Luisa Golombek, Oberin Jeanette Patzig. Weitere Ärzte waren Dr. I. H. Berthold, Dr. Nora Gengelmann, Dr. Heinz Giesenbauer, Herta Hoepke, Gerda Steinbrück sowie die Assistenzärzte Dr. Rudolf Bukowski und Dr. Rudolf Weise. Ältere Danziger werden sich sicher noch an den einen oder anderen der Ärzte erinnern. Sie alle wohnten in der Frauenklinik. In ihr gab es bis zuletzt noch ein Drei-Klassen-System. Auf den Privatstationen der ersten und zweiten Klasse waren täglich vormittags zwei und nachmittags drei Stunden Besuch möglich. Die dritte Klasse musste sich am Sonntag auf anderthalb Stunden beschränken, am Mittwoch und Freitag auf eine Stunde.

Die Klinik mit Drei-Klassen-System hatte hohe Geburtenziffer


Viele Kinder erblickten hier das Licht der Welt: Frauenklinik von Danzig-Langfuhr Bild: Dieter Leitner

Dieter Leitner

Mit Schnäppchen über Wasser gehalten

Las Vegas droht, seinen Glanz zu verlieren, doch mit findigen Ideen wird der Niedergang gestoppt

Las Vegas – Sin City, die sündige Stadt. Traum nicht nur von Spielern, sondern von Reiselustigen in aller Welt. Und das zu Recht. Doch die anhaltende Wirtschaftskrise ist auch am Spieler-Paradies nicht spurlos vorbeigegangen.







Fast leere Casinos und Hotels: Nur langsam kommen wieder mehr Besucher

Bilder (3): Bellano (2), wikipedia

Wenn sich nach stundenlanger Fahrt durch die Mojave-Wüste, vorbei an majestätischen Bergen und weiß leuchtenden, von der Hitze ausgetrockneten Seen, die glitzernde Stadt erhebt, ist es wie eine Fata Morgana. Begrüßt vom goldfunkelnden „Mandalay Bay"-Hotel, verlässt man den Freeway 15 und befindet sich sofort in einer anderen Welt. Nein, nicht in einer anderen – in „der" Welt. Denn der Las-Vegas-Boulevard, auf den man nun einbiegt, verkörpert die Welt im Kleinen. Stolz schwingt die Freiheitsstatue ihre Fackel vor den Wolkenkratzern vom „New York"-Hotel. Ein Blick auf den gewaltigen goldenen Löwen vor dem jadegrünen „MGM Grand" (wo die wichtigsten Boxkämpfe stattfinden) und schon erblickt man in einiger Entfernung den Eiffelturm des Hotel „Paris".

Alte Welt und neue Welt zugleich verkörpern die großen neuen Hotels des modernen Las Vegas im bunten Lichtermeer des Strip. Links, nach dem „Monte Carlo", das neuerbaute „City Center" mit den luxuriösen Glas-Palästen „Aria", „Vdara" und „Cosmopolitan", ausgestattet mit erlesenem, oft japanischem Design. Dahinter die weltberühmt gewordenen tanzenden Fontänen des cremefarbenen „Bellagio". Ein Hotel von kompletter italienischer Schönheit, wohin das verwöhnte Auge auch blicken mag. So der einzigartige überdachte Garten bei der marmornen Empfangshalle, der zu jeder Jahreszeit mit äußerster Kunst verändert wird. Und die neue Bar „Hype", ganz in Weiß mit wenig Schwarz, wo man bei einem Cappuccino für sieben Dollar oder einem Gläschen Champagner für zehn Dollar auf die Fontänen blickt, die sich alle Viertelstunde zu Musik erheben und über den kleinen See tanzen. Danach der majestätische Komplex des „Caesar's Palace", umrahmt von Säulen und antiken Statuen, wo man sich vorkommt wie im alten Rom und Brunnen mit gewaltigen Götterfiguren den Weg säumen.

Den hellen Fassaden des Caesar's schließt sich dann das erste Hotel des „neuen Las Vegas" an, das güldene „Mirage", mit dessen Eröffnung 1989 (inklusive einem eigenen Theater für das deutsche Magier-Paar Siegfried & Roy) der amerikanische Unternehmer und Kunstliebhaber Steve Wynn die Verwirklichung seiner Vision begann: Las Vegas von seinem verstaubten Kitsch zu befreien und in eine Oase von luxuriöser Schönheit und bestem (europäischen) Stil zu verwandeln. So gingen die berühmten alten, noch von Mafia-Bossen wie Bugsy Siegel und Meyer Lansky in der Nachkriegszeit gebauten Hotels wie das „Tropicana", „Sahara" und „Sands" wie auch das „Desert Inn" von Howard Hughes langsam ein, und eine neue Zukunft für die Stadt begann.

Kitsch und Leuchtreklamen gibt es natürlich immer noch. Doch die großen Hotels dominieren jetzt den Boulevard. Wie das „Venetian", wo Commedia-del-Arte-Figuren die Hereinströmenden begrüßen und Gondolieri verliebte und andere Paare mit „O sole mio" über einen Canale Grande zur Piazza San Marco schiffen. Den vorläufigen Schluss bildet – neben dem ebenfalls von Steve Wynn erbauten „Bellagio" die Krone der Luxus-Oasen – das „Wynn", 2010 eröffnet. Ein gigantischer Bau, gestaltet in den fröhlichen Farben von Picasso, den der geniale Unternehmer, Verehrer des Malers und Besitzer etlicher seiner Bilder von den besten Innen-Architekten gestalten ließ, auf weißen Marmorflächen Mosaiken von riesigen Blumen

> Alles begann ganz verrucht mit Mafia-Millionen

und anderen Ornamenten. Viel warmes Rot neben Grün und Blau, Cirque de Soleil und Kunstausstellungen, Außen-Bars und Restaurants vor donnernden Wasserfällen. Die Inkarnation von Schönheit und Eleganz. Nicht für eine Elite. Für die auch, aber vor allem für das Volk, das begeistert hindurchströmt.

Wie ab 1966 Milliardär Howard Hughes den in Spiel, Prostitution und ungehinderten Mafia-Aktivitäten erblühten Western-Ort mit Großinvestitionen in eine mehr kosmopolitische Unterhaltungs-Metropole verwandelt hatte, wo Künstler wie Frank Sinatra, Sammy Davis Jr. und Elvis Presley Massen anzogen und weltweite Schlagzeilen machten, so bescherte Wynn mit seiner Vision der ziemlich heruntergekommenen Stadt einen plötzlichen einzigartigen Wirtschaftsboom. Mit internationalem Großkapital entstand eines der neuen Hotels nach dem anderen, mit schnellen Krediten Privathäuser en masse. An die fünf Millionen Besucher strömten pro Monat über den Strip, bevölkerten Hotels, Spieltische und Restaurants. Bis 2007 rankte Las Vegas unter den wirtschaftlich am erfolgreichsten Metropolen der Welt als Nr. 14.

Doch dann kamen die Rezession und das böse Erwachen aus dem süßen Leben im Leichtsinn von Krediten. Von heute auf morgen brach der Häusermarkt zusammen. Bisher leichter Hand von den Banken gewährte Darlehen wurden gestoppt und führten zu Zwangsversteigerungen. Je eines von 99 Häusern erhielt noch im Juli eine Versteigerungs-Aufforderung. Begonnene Großbauten auf dem Boulevard endeten im Bankrott. Besucher blieben aus oder blieben nur halb so lange wie sonst. Beim Spielen, am Essen, in den Bars – überall wurde plötzlich gespart. Hotelpreise sanken, und nur noch Sonderangebote lockten die Besucher. Dies führte zu Massenentlassungen im Bau- und Hotelgewerbe. (Arbeitslosigkeit zurzeit 12,2 Prozent, aber abnehmend.) Heute rankt die Stadt unter Nr. 146. Das Rathaus in Nord-Las-Vegas musste 8,6 Millionen an seinem Budget einsparen. Der ohnehin nicht reiche Staat Nevada könnte zu einem Problem für US-Präsident Barack Obama werden.

Aber, allen Unkenrufen zum Trotz, es geht aufwärts. Die Zahl der Besucher stieg im letzten Monat wieder um fünf Prozent an. Das liegt aber auch an den Preisen. „Happy Hours" in selbst den teuersten Bars und Restaurants füllen diese mit Besuchern, und die Menschenströme auf dem Boulevard, vor allem vor den tanzenden Fontänen des „Bellagio" und dem alle Stunde ausbrechenden Vulkan im „Treasure Island", wirken heiter und glücklich, als hätten sie von Rezession noch nie etwas gehört. Geheiratet wird auch wieder in den vielen kleinen Kapellen der Hotels. Und natürlich wird auch weiter gesündigt! Denn, so sein Motto: „Was geschieht in Vegas, bleibt in Vegas." *Liselotte Millauer*

Mehr als nur ein Stück Pappe

Bierdeckel bieten sich hervorragend als Werbefläche an – Deutscher Hersteller weltweit führend

Unscheinbar ist er nicht, der Bierdeckel. Längst hat die Industrie die kleine Pappe als Werbefläche entdeckt. Wenn König Kunde entspannt, kommunikativ und gut gelaunt beim Feierabendbier hockt, kann man seine Majestät nämlich ganz anders erreichen, sagen die Werbefachleute. Und so wird geworben. Für Bier, Hausratversicherungen und Insektenschutz nach Maß. Womit wir wieder beim eigentlichen Sinn des Deckels sind. Die Maß, deren Schaum er aufsaugen soll.

Während gut betuchte Leute früher ihr Getränk im Bierseidel durch Zinn- oder Silberdeckel zu schützen suchten, legte man dem Durchschnittsbürger einen Bierfilz unters Glas. Das sog die überschäumende Flüssigkeit auf und wurde zur Abwehr von Insekten und anderen Störfaktoren auf das Trinkgefäß gelegt. Daher die Bezeichnung Deckel für etwas, das eigentlich ein Untersetzer ist. Die Filze wurden nach Gebrauch von der Kellnerin wieder eingesammelt, getrocknet und erneut verwendet. Doch Filz ist ein guter Nährboden für mancherlei Bakterienkultur. So musste bald etwas anderes her.

Die Geschichte des Bierdeckels beginnt im 19. Jahrhundert. Um 1880 stanzte man in der Kartonagenfabrik und Druckerei Friedrich Horn in der Nähe Magdeburgs Untersetzer aus Pappe, die anschließend bedruckt wurden. Den Vorläufer des uns noch heute bekannten Bierdeckels jedoch entwickelte der Dresdner Unternehmer Robert Sputh. 1892 ließ er sich sein Herstellungsverfahren unter der Nummer 68499 patentieren. Der schlaue Mann aus Sachsen erfand Holzfilzplatten beziehungsweise Fasergussuntersetzer von 107 Millimeter Durchmesser, was bis heute der gängigen Größe entspricht. Beim Sputhschen Verfahren wurde ein Papierbrei in runde Formen gefüllt und getrocknet. Millionen runder und eckiger Pappdeckel stellte man nun in großtechnischer Produktion im sächsischen Sebnitztal in der Holzschlifffabrik mit Wasserantrieb durch den Sebnitzbach her. 1937 kam das Ende. Die tief im Wald liegende Fabrik brannte ab. Die Feuerwehr hatte wenig bis keine Zugangswege zum Gelände, und so verloren viele Sputhsche Mitarbeiter Lohn und Brot.



Der Klassiker: Werbung für ein Bier

1903 begann die Firma Katz im Murgtal / Weisenbach im Schwarzwald die bis heute üblichen Bierdeckel industriell herzustellen. Man bediente sich dabei des Sputhschen Verfahrens. Hierzu eignet sich besonders frisches Fichtenholz, dessen lange Fasern sehr saugfähig sind. Dem Brei aus den Baumstämmen entzieht man hierbei das Wasser. So wird die Saugfähigkeit der späteren Bierdeckel erhöht. Anfangs bedruckte man die Bierdeckel nur mit den Namen der jeweiligen Brauereien. Die Entwicklung des Mehrfarbendruckes im Buchdruckverfahren um 1920 machte aus dem Untersetzer mehr und mehr einen Werbeträger.

Die Firma Katz wurde zum führenden Produzenten. Casimir Otto Katz entwickelte 1928 eine Bierteilergussmaschine mit einer Tageskapazität von 30000 Stück. Ein Biertellerautomat übernahm die Bedruckung der Untersetzer. Um dem ansteigenden Bedarf gerecht zu werden, erfand Katz Ende der 60er Jahre ein Verfahren, welches die Arbeitsgänge Drucken und Stanzen kombinierte. So konnte die Herstellungszeit minimiert werden und die Tageskapazität auf eine Million Bierdeckel steigen. Erfindertechnisch nicht müde werdend, entwickelte Katz noch eine Langsiebpappenmaschine, die dünne Pappbögen in der Stärke von 1,5 Millimetern erstellte. Nach dem Drucken stanzte man hier erst die Bierdeckel aus.

Seit den 70er Jahren ist der Buchdruck auf den Offsetdruck umgestellt worden, was der Qualität des Ergebnisses sehr förderlich war. Besondere Bierdeckel werden in kleiner Auflage jedoch noch im Buchdruckverfahren produziert. Die Firma Katz International Coasters ist in der Bierdeckelproduktion weltweit führend.

Silvia Friedrich

Aus ziemlich altem Holz

Die Anhänger des Buddhismus atmen auf: Der sogenannte Buddhabaum, unter dessen Laubdach der Mönch Siddhartha Gautama vor über 2500 Jahren die Erleuchtung empfangen haben soll und zum Buddha wurde, hat die Untersuchung von indischen Spezialisten im Sommer 2012 mit Bravour überstanden. Der „Ficus religiosa", der Buddhabaum, eine Pappelfeige, im Bundesstaat Bihar ist gesund und bleibt der Verehrung der Buddhisten erhalten.

Der Baumriese steht vor einem 1500 Jahre alten Tempel und bildet mit ihm zusammen eine viel besuchte Pilgerstätte für Menschen aus aller Welt. Allerdings soll es sich bei ihm um eine Neuaufzucht aus einem Stöckling des ursprünglichen „Pippala" (einheimische Bezeichnung) handeln.



„General Sherman tree": Der Baum soll 4700 Jahre alt sein

Alte Bäume genießen in der Mythologie einen besonderen Status und wurden in vielen Kulturen als mythische Wesen und Schutzbringer verehrt. Die Germanen hielten ihre Gerichtsbarkeit, den Thing, oft unter einer alten sogenannten Gerichtslinde ab. Zuweilen haben sie ein Alter von 1000 Jahren. Solche „Methusalem-Linden" stehen in Deutschland noch in Schaumburg, Herzogenreuth, Neuenrade, Mönchengladbach, Bordesholm, Wiesenbach bei Schwäbisch Hall, Collm und Lohfelden-Vollmarshausen. Die sprichwörtliche deutsche Eiche bringt es da nur auf 750 Jahre (Emmertshofeiche zwischen Heilbronn und Nürnberg). Eine Ausnahme soll die Sankt-Wolfgangs-Eiche südlich von Regensburg sein, der Legende nach soll vor 1000 Jahren der heilige Wolfgang unter ihr gepredigt haben. Der alte Birnbaum am Lerchenberg bei Schweinfurth bringt es immerhin auf über 200 Jahre.

„Unter der Linden, wo unser zweie Bette was, da mugget ihr wohl finden, gebrochen Blumen unde Gras", sang der mittelalterliche Barde Walther von der Vogelweide. Und in der Tat, die Linde hatte auch bei allerlei weltlichen Anlässen etwa als sogenannte Tanzlinde für Dorffeste eine besondere Bedeutung.

Den Altersrekord hält indes nicht die Linde, sondern die Grannenkiefer und die gemeine Kiefer. Rekordhalter ist hier „Old Tjikko, eine 9550 Jahre alte Fichte in der schwedischen Provinz Dalarna. 7000 Jahre werden bei einer Sicheltanne auf der japanischen Insel Yakushima geschätzt, 5000 Jahre alt sollen die Tamrit-Zypressen im algerischen Tassiligebirge sein, 4700 Jahre hat der „General Sherman" in Kalifornien auf dem Buckel (andere Schätzungen sprechen von nur 2500 Jahren).

Bäume spielten auch schon in der Frühgeschichte der Erde eine Rolle. 400 Millionen Jahre alt ist die im US-Bundesstaat New York gefundene Versteinerung eines Farnbaumes aus dem Devon-Zeitalter. *Joachim Feyerabend*

Viele Namen, wenig Inhalt

Deutsch-polnische Geschichte

Voluminös ist Hofmanns Buch „Polen und Deutsche – Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90“ gewiss, gewichtig nicht. Der Autor, Europa-Experte der „Zeit“ und langjähriger Leiter von deren Berliner Büro, stülpt dem Leser sein in Jahrzehnten gefülltes Archiv über den Kopf: Adenauer und Ulbricht, Volksaufstände in Ost-Berlin und Ungarn, Mauerbau und Prager Frühling, Kalter Krieg und Helsinki-Schlussakte, Brandts Kniefall und Nato-Doppelbeschluss. Von den im Titel verheißenen „Polen und Deutschen“ ist vorerst kaum die Rede, dann zusammenhängend auf knapp 90 Seiten, gefüllt meist mit Altbekanntem: Solidarnosc und Walesa, General Jaruzelski und Kriegsrecht, „polnischer Papst“, die „Querdenker“ Michnik und Mazowiecki, Kontakte der Politiker hüben und drüben: Brandt, Schmidt, Gomulka und Rakowksi – pedantisch, aber nicht prickelnd, ausgenommen Stories wie die von Margaret Thatcher, die Jaruzelski beschwor: „Herr General, man muss alles tun, damit es nicht zur Vereinigung der Deutschen kommt“, worüber Jaruzelski noch Jahre später lachte.

Wie verschieden Polen und Deutsche waren, hat Hofmann an beider Ansichten zu den USA festgemacht. Für DDR-Dissidenten waren sie Zielpunkt „kritischen“ Misstrauens, für Polen der große Helfer, der die Sowjets „todgerüstet“ hat, und das so sehr, dass Kohl irritiert fragte, ob Polen „die fünfte Siegermacht sei“.

Finde eine repräsentative Figur und hänge an ihr die gesamte Historie auf, so Hofmanns Maxime. „Meine Fixsterne“ nennt er sie, was mit dem verbiestertem SED-Nostalgiker Segert gründlich schiefging, klappte aber mit dem Polen Geremek und überzeugte gänzlich bei General Jaruzelski, an dem der Autor die Tragik Polens exemplifiziert: Hat der das Land 1981 den Sowjets ausgeliefert oder vor einer Aggression der Sowjetarmee bewahrt? Jaruzelski hat immer das Zweite behauptet und Hofmann ist dabei sein glaubwürdiger Verteidiger.

Hofmanns Personenfixiertheit ist zu oft angeberisches Namedropping, hinter dem sein Politikverständnis vielfach unbedarft anmutet: Titos Jugoslawien „Satellit“ Moskaus? – Das Land war der geschworene Gegner der Sowjetunion, was es zum heimlichen Hauptverbündeten von Marschallplan und Nato machte. Sowjetische Besatzungstruppen in Polen, um „Nachschubwege durch die DDR zu sichern“? Was machten 130000 Sowjetbesatzer in der Tschechoslowakei? Deutsche „Carepakete“ für Solidarnosc gab es nie, nur Millionen Pakete einfacher Deutscher an hungernde Polen, als Solidarnosc bereits verboten war. Deutsche vergaßen das längst, Polen behalten es in dankbarer Erinnerung. „Sozialismus in der DDR“? „Sozialismus“ (sagte der Ideologiekritiker Bochenski) „ist wie Gemüse – definieren Sie mal Gemüse!“

Repräsentative Personen als Fixsterne

Prominente kriegen ihr Fett weg vom „Europa-Experten“ Hofmann. Kohl tritt wie ein „steinerner Gast“ auf, Brandt „vernebelt“ Verdienste anderer, Genscher ist der „ewig misstrauische Mr. Vorsicht“, Schmidt hatte „ein schlechtes Gewissen wegen des Radikalenerlasses“ und so weiter, mitunter ganz witzig.

Das Buch leidet an einer Diskrepanz zwischen hohem Anspruch und dröge dahinplätscherndem Inhalt. Was Hofmann da über Gorbatschow und Kohl ausplaudert („... fragen Sie mich nicht nach Helmut Kohl, kein Wort“), was er über Ost-Berlin, Prag sagt, aus Gesprächen mit Zeitzeugen berichtet, das hätte so weitergehen sollen, dann wäre sein „Journalistenbuch“ ein fesselndes Werk geworden, wo es jetzt an der Mogelpackung vorbeischrammt.

Wolf Oschlies

***Gunter Hofmann: „Polen und Deutsche – Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011, geb., 504 Seiten, 32,90 Euro*



Anarchie als Lösung?

Anthropologe verdammt in einer Streitschrift Schulden – Bizarre Ansichten

Als „Offenbarung“ und „Befreiung“ bezeichnet Frank Schirrmacher, Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, das Buch „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“ des US-Autors David Graeber. Und auch im „Spiegel“, der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Welt“ lobte man das Buch, als es noch nicht einmal in deutscher Sprache erschienen war. Derartige Lobeshymnen machen natürlich neugierig, auch wenn ein Blick in die Vita des Autors eher abstößt: Der 1961 in den USA geborene, aus Yale entlassene Anthropologe lehrt derzeit am Goldsmith-College in London, gilt als bekennender Anarchist und als Vordenker der Anti-Banken-Bewegung „Occupy“. Aber aufgrund der aktuellen Schuldenkrise und nach so vielen guten Kritiken scheint die Lektüre ein Muss zu sein.

Doch schon beim Vorwort herrscht Irritation. So regt sich Graeber darüber auf, dass eine Dame ihm bei einer Veranstaltung einfach so ins Gesicht sagte, dass Schulden immer zurückgezahlt werden müssten. Natürlich müssten sie das nicht, so der Autor, der nun anhand eines ausführlichen Blickes in die Menschheitsgeschichte ausführt, warum diese moralisch motivierte Annahme falsch sei. Der Leser wird nun darauf geeicht, dass Geldgeber zumeist böse und Schuldner überwiegend gut seien. Böse Geldverleiher würden natürlich oft dazu neigen, ihre Schuld auf andere abzuladen. Hier nennt Graeber als Beispiel adlige Herren im Mittelalter, die den Juden den schwarzen Peter zuschoben, weil sie ihnen fast alle anderen Berufe untersagten. Bei aller Liebe, aber nach einem Magister in Geschichte und zahlreichen Büchern zum Mittelalter fragt sich die Rezensentin, wann denn die adligen Herren Geldverleiher waren. Die waren doch zumeist die Schuldner bei den Juden, die den Fürsten, Herzögen und Königen ihre Hofhaltung und Kriege finanzierten. Aber gut, Graeber ist der Anthropologe und der Jude und kennt sich vermutlich einfach besser aus als die Verfasserin dieser Zeilen, die sich vielleicht schwerpunktmäßig mit der Neuzeit beschäftigt hat.

Warum loben so viele Journalisten das Buch?

Als nächstes mokiert sich Graeber über die Volkswirte, die immer irgendwelche fiktiven Geschichten über Tauschhandel erzählten, um zu begründen, warum Geld besser sei. Immer wieder betont er, dass alte Schriften aus Mesopotamien belegen, dass es damals schon eine Kreditwirtschaft gegeben habe und hält die Tauschhandelsgeschichte für unbelegbar. Vermutlich haben bei ihm schon die Steinzeitmenschen Geld gehabt, das sagt er zwar nicht direkt, deutet es aber an, denn Geld sei vermutlich „so alt wie das menschliche Denken“. Zwar belegt er seine Theorie auch nicht, aber das scheint ihn und all jene Journalisten, die sein Buch über den grünen Klee gelobt haben, nicht zu stören.

Weiter geht es mit der These, Märkte seien durch Kriege entstanden, was natürlich indirekt bedeuten würde, dass Märkte grundsätzlich böse seien. Märkte sollen also durch Kriege entstanden sein und nicht weil die Menschen Orte schufen, an denen sie die Produkte ihrer Arbeitsteilung anbieten konnten? Aber auch bei dieser Theorie belastet Graeber den Leser nicht mit schlüssigen Belegen. So geht das Seite um Seite.

Und während man immer wieder an sich und seinem Weltbild zu zweifeln beginnt, schließlich haben ja so viele schlaue Köpfe dieses Buch gefeiert, erwähnt er ganz nebenbei, dass, als er zwei Jahre in Madagaskar gelebt und dort in einer Gemeinschaft direkte Demokratie praktiziert hat, er das Privileg genoss, ein Interview mit Kalanoro zu führen, einem Geistwesen, das in einer Kiste bei einem lokalen Medium lebte. Leider findet sich keinerlei Hinweis, ob diese Anekdote nun als Witz gemeint ist oder ob der Autor das ernst meint, letzteres würde jedoch einige Thesen im Buch erklären. Allerdings begründet das nicht, warum renommierte Persönlichkeiten wie Frank Schirrmacher das Buch als „Offenbarung“ bezeichnen. Graebers vorletzter Satz in dem Buch besagt, dass niemand das Recht habe, uns zu sagen, was wir wirklich schulden, schließlich würden Schulden versklaven und eine Hierarchie schaffen. Klingt ja hübsch, doch was wäre die Konsequenz von Graebers Forderungen? Unsere Banken leiden schon massiv unter Griechenlands Schuldenschnitt, was auch normale Bürger trifft, deren Gelder und Rentensparverträge bei den von Graeber verfluchten Banken und Versicherungen liegen. Wenn niemand mehr seine Schulden zurückzahlt, sind auch die Gelder und Renten der kleinen Leute weg. Und woher bekommen die Menschen Geld, wenn sie sich ein Haus bauen wollen. Ach ja, Eigentum wird ja von Graeber verurteilt.

Auf jeden Fall ist dieses Buch keineswegs die von Schirrmacher gelobte „Befreiung“ aus unserer jetzigen Finanzkrise. Wobei nicht Graebers gedanklicher Ausfluss ängstigt, er ist nur ein einzelner Verwirrter, doch was ist bitte mit unseren Geistesgrößen los, wenn sie so ein Buch feiern?

Rebecca Bellano

***David Graeber: „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“**, Klett-Cotta, Stuttgart 2012, gebunden, 536 Seiten, 26,95 Euro*



Aus Paradies vertrieben

Autor erinnert sich an seine Ostbrandenburgische Heimat

In dem Buch „Die Russen kamen auch ins Paradies“ berichtet Gerhard Kaldek, wie er als junger Mann am Ende des Zweiten Weltkrieges vor der russischen Armee aus seiner Heimat Paradies, einem kleinen Dorf in Ostbrandenburg, fliehen musste. Da Kaldek mit ganzem Herzen an seinem „Paradies“ hing, fiel ihm die Trennung sehr schwer, ebenso wie die Trennung von seiner damaligen Freundin Adelgund.

„Nach etwa 4,5 Kilometern machten wir in der Nähe des Packlitzsees, da wo die Ackerflächen in Kiefernwald übergingen, in einer Lichtung Rast. Von hier aus hatte man den letzten Blick auf die Kirchtürme des Klosters Paradies und der evangelischen Gemeindekirche ... Der Himmel hatte sich bezogen und tiefliegende Wolken wandelten unsere Tränen in einen leichten Landregen um. An den reifenden Ähren des vor uns liegenden Roggenfeldes hingen dicke Wassertropfen und ließen jeden einzelnen Halm schwer nach unten hängen. Diesen letzten Blick habe ich niemals vergessen und er lag mir oft vor meinem geistigen Auge, wenn ich zurück an meine Heimat dachte.“ Viele Abbildungen von selbstgemalten Bildern des Autors verdeutlichen, wie sehr er das Dorf vermisst hatte.

Der Weg von Paradies nach Berlin, die Stadt in der Kaldek und seine Familie hofften, bei Verwandten unterzukommen, erschien dem kleinen Treck unendlich lang und barg viele Gefahren. Dennoch schafften sie es, heil bei ihren Verwandten in den zerbombten Überresten von Berlin anzukommen.

Ohne den Leser emotional zu überfrachten, schildert der Autor die nun folgende Zeit in Berlin, die Suche nach einer Arbeit und die überall herrschende Not. Eigentlich sollte man denken, dass die Menschen in solch schweren Zeiten näher zusammenrücken würden, doch Kaldek wurde als Ostdeutscher zum Teil schikaniert und erfreute sich als „Flüchtling“ in der Berufsschule keiner sonderlichen Beliebtheit. Er überwand jedoch all die Vorurteile, lernte bald seine heutige Frau kennen und lieben und gründete mit ihr eine eigene Familie.

Um die Erinnerungen aufzufrischen, besuchten der Autor und seine Frau einige Male das Heimattreffen ihres Kreises Züllichau-Schwiebus, welches ihnen fast das Gefühl vermittelte, in der Heimat im Dorf Jordan bei Paradies in der Kneipe zu sitzen und nicht in Hannover.

Vanessa Ney

***Gerhard Kaldek: „Die Russen kamen auch ins Paradies“**, Verlag Debehr, Radeberg 2011, broschiert, 489 Seiten, 15,95 Euro*

Er legte den Grundstein für Preußens Aufstieg

Autorin zeichnet Leben und Leistung des Großen Kurfüsten anschaulich nach

„Messieurs, der hat viel getan!“ urteilte Friedrich II. anerkennend über seinen Urgroßvater Friedrich Wilhelm, Markgraf von Brandenburg und Herzog von Preußen (1620–1688), den man schon zu Lebzeiten den Großen Kurfürsten nannte. Nach Antritt seines Herrscheramtes 1640 legte er in dem vom Dreißigjährigen Krieg entvölkerten und zerstörten Brandenburg die Grundlagen für die spätere Großmacht Preußen. Trotz leerer Kassen richtete er ein stehendes Heer ein und rang jahrzehntelang mit dem Adel um Steuern und Einfluss. 1648 erzielte er auf politischem Wege große Gebietsgewinne (Hinterpommern, Minden, Halberstadt, Magdeburg), dazu 1660 die Souveränität seines Herzogtums Preußen. Seit 1650 gelang es ihm nach und nach, die Zentralmacht immer stärker auszubauen. Friedrich Wilhelm von Brandenburg gründete Universitäten, baute Kanäle und Straßen und holte tausende hugenottische Glaubensflüchtlinge aus Frankreich in sein Land. Brandenburg-Preußen war bereits ein Machtfaktor auf der politischen Bühne Europas, als die kurfürstlichen Truppen 1675 bei Fehrbellin gegen die Schweden einen bedeutenden Sieg errangen. Beim Tod des Großen Kurfürsten lagen die einzelnen Landesteile aber räumlich isoliert und weit voneinander entfernt.

Das Land wurde zu einem Machtfaktor

Die bekannte Autorin Barbara Beuys erklärt in der aktualisierten Neufassung ihres in den 80er Jahren erstmals erschienenen Buches „Der Große Kurfürst. Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Der Mann, der Preußen schuf“, was die Menschen zwischen Maas, Rhein und Memel verband: Es war die Person des Kurfürsten. Wenn es sich bei diesem ereignisreichen Abschnitt preußischer Geschichte auch keineswegs um ein weißes Blatt handelt, dürfte sich dennoch kaum ein vergleichbares Werk von solcher Frische und Fülle finden. Plastisch und lebensnah schildert Beuys das Leben des Hohenzollern und zeichnet zugleich ein fein schattiertes Gemälde jener hell-dunklen Epoche, in der in Europa fast ohne Unterbrechung Kriege geführt wurden und sich demungeachtet ein großer Drang nach Wissen und rationaler Erkenntnis ausbreitete. Dabei wird die Aufmerksamkeit immer wieder neu geschärft, wenn einzelne Themen näher ins Blickfeld gerückt werden, die jeweils eine weitere Facette im Fortgang der Ereignisse bilden, wie das Leben der Frauen, höfische Kindererziehung oder die Moral der Calvinisten in den Niederlanden. Seine Devise „Der Segen eines Landes liegt in seinem Handel“ hatte der Calvinist Friedrich Wilhelm von den wohlhabenden holländischen Kaufleuten und Reedern übernommen. Wie sein Vater, Kurfürst Georg Wilhelm, übte auch der Sohn Toleranz: Brandenburg war der einzige Staat in Europa, der verschiedene religiöse Bekenntnisse nebeneinander erlaubte.

Viel Aufmerksamkeit widmet die Autorin Friedrich Wilhelms erster Gemahlin Luise Henriette von Oranien (1627–1667), die den Anstoß zu zahlreichen „Verschönerungen“ gab. Es waren Holländer, die aus den Städten Berlin und Cölln seit 1650, als das Herrscherpaar Wohnung im Schloss zu Cölln nahm, eine ansehnliche Residenz machten. Kurfürstin Luise Henriette folgte ihrem Mann auf den Feldzügen des Nordischen Krieges (1655–1660). Sie war ihm „eine pragmatisch denkende und handelnde politische Beraterin. Mit großem Engagement setzte sie sich für die Aussöhnung mit Polen ein und beeinflusste durch ihren Briefwechsel mit der polnischen Königin Luisa Maria den Koalitionswechsel Brandenburgs im Nordischen Krieg zugunsten Polens und damit die Anerkennung der Souveränität der Kurfürsten von Brandenburg über das Herzogtum Preußen. Wenigen Fürstinnen ist so viel Einflussnahme gestattet worden.“ Mehrfach geht die Autorin auf die Ereignisse im Herzogtum Preußen ein. Eines der bekanntesten ist der Aufstand der preußischen Stände von 1660/63 gegen ihren neuen Souverän („Revolte in Preußen“). Die Sache endete im Frühjahr 1663 friedlich mit einem großen Schützenfest in der Altstadt Königsbergs. Doch der Wortführer der Königsberger Bürgerschaft Hieronymus Roth verschwand für den Rest seines Lebens hinter Kerkermauern.

Seine religiöse Toleranz war einmalig

Dagmar Jestrzemski

***Barbara Beuys: „Der Große Kurfürst. Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Mann, der Preußen schuf“**, dtv, aktualisierte Neuausgabe, München 2012, kartoniert, 397 Seiten, 16,90 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95

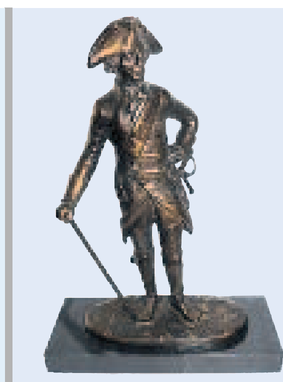


Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99

Walter Piel
Von Masuren ins Ruhrgebiet
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967



statt € 12,00 nur noch € 8,95



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Arno Surmanski

Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171

€ 19,95

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973

€ 14,95



Vom Autor signiert!
(Nur geringe Stückzahl verfügbar!)



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

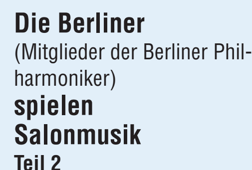


Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster

12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194



€ 17,95

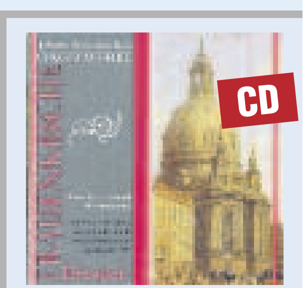


Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen

12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195



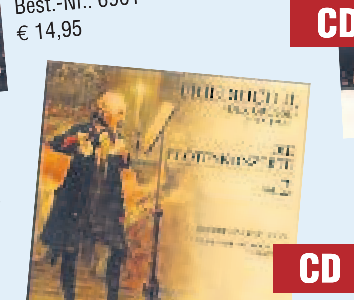
€ 17,95



Silbermannorgel
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95

Musik von Friedrich II.

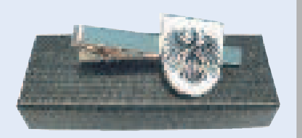
Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

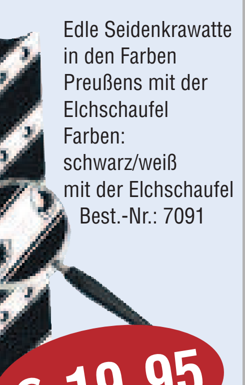
Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



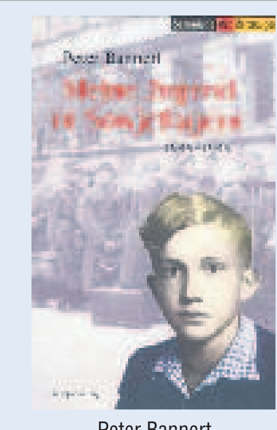
€ 19,95

Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Als die Rote Armee am 20. Oktober 1944 nördlich von Memel die Ostseeküste erreicht, ist die weiter im Osten stehende Heeresgruppe Nord von allen Landverbindungen nach Westen abgeschnitten. Hitler fasst die Einheiten zur „Heeresgruppe Kurland“ zusammen und befiehlt Widerstand bis zum letzten Mann. Bei Kriegsende fliehen rund 3.000 Soldaten in das neutrale Schweden, wo man sie in Lagern unterbringt und ihnen zusichert, sie nicht an die Sowjetunion auszuliefern. Ein Versprechen, das nicht eingehalten wird.
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview, FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193



€ 14,95



Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

2 CDs

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95



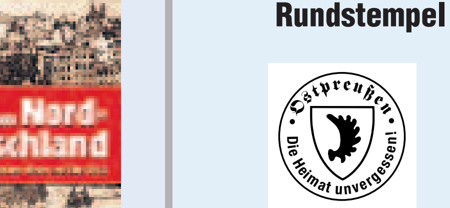
€ 9,95

Traupaar des deutschen Films
Willy Fritsch und Lilian Harvey
insges: 13 Titel Inhalt:
Wir zahlen keine Miete mehr, Liebling mein Herz läßt Dich grüßen, u.a
Best.-Nr.: 7185



Ulrich Saft
Der Kampf um Norddeutschland
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80

Rundstempel

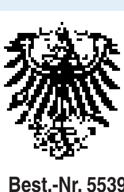



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472

Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95





Udo Ulfkotte
Mein Feld, mein Wald, mein Teich
Gebunden, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7190, € 19,95



Preußen-Schirmmütze

Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95




Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



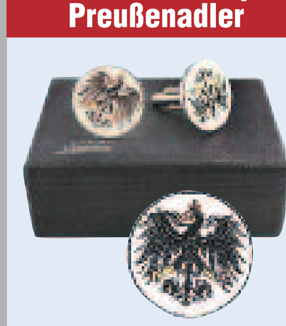
Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



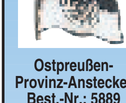
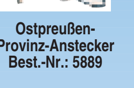
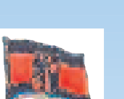
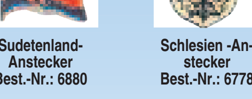
Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

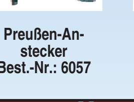
Manschettenknöpfe-Preußenadler

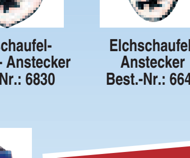


Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert,
Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Heimat-Anstecker





Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien -Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928	

Je Anstecker nur € 2,95



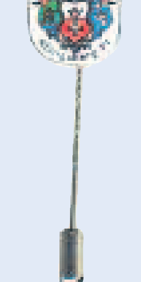
Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel

Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr“ Maße:
Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 32/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Korruption in Griechenland

Athen – Griechische Beamte kassieren laut einem Regierungsbericht nicht mehr die Schmiergeldzahlungen, die vor der Finanzkrise üblich waren. Dies wird vor allem auf die verschlechterte wirtschaftliche Situation der meisten Griechen zurückgeführt. Wobei damit die Korruption nicht beendet wurde, sondern die Beamten haben ihre Preise den wirtschaftlichen Bedingungen angepasst, so der Verfasser des Berichts, Leandros Rakintzis. *S.G.*

Kaum Spenden für Ponader

Berlin – Eine Spendenaktion der Piratenpartei für ihren Politischen Geschäftsführer Johannes Ponader ist recht schleppend angelaufen. Weil der bisherige Hartz-IV-Empfänger nach heftiger Kritik auf die staatliche Alimentierung verzichtet hat, sollten Parteifreunde den „Gesellschaftskünstler“ per Dauerspende finanzieren. In den ersten Tagen kamen aber nur 14 Zahlungswillige zusammen, die zwischen fünf und 30 Euro monatlich zahlen wollen. *H.H.*

ZUR PERSON

EU-kritischer Polterer

Einer neuen Umfrage zufolge wollen nicht nur 80 Prozent der Briten über einen Verbleib Großbritanniens in der EU abstimmen, sondern 49 Prozent befürworten auch einen Austritt. Vor zehn Jahren waren zwei Drittel der Befragten für einen weiteren Verbleib und nicht wie heute nur noch 40 Prozent.

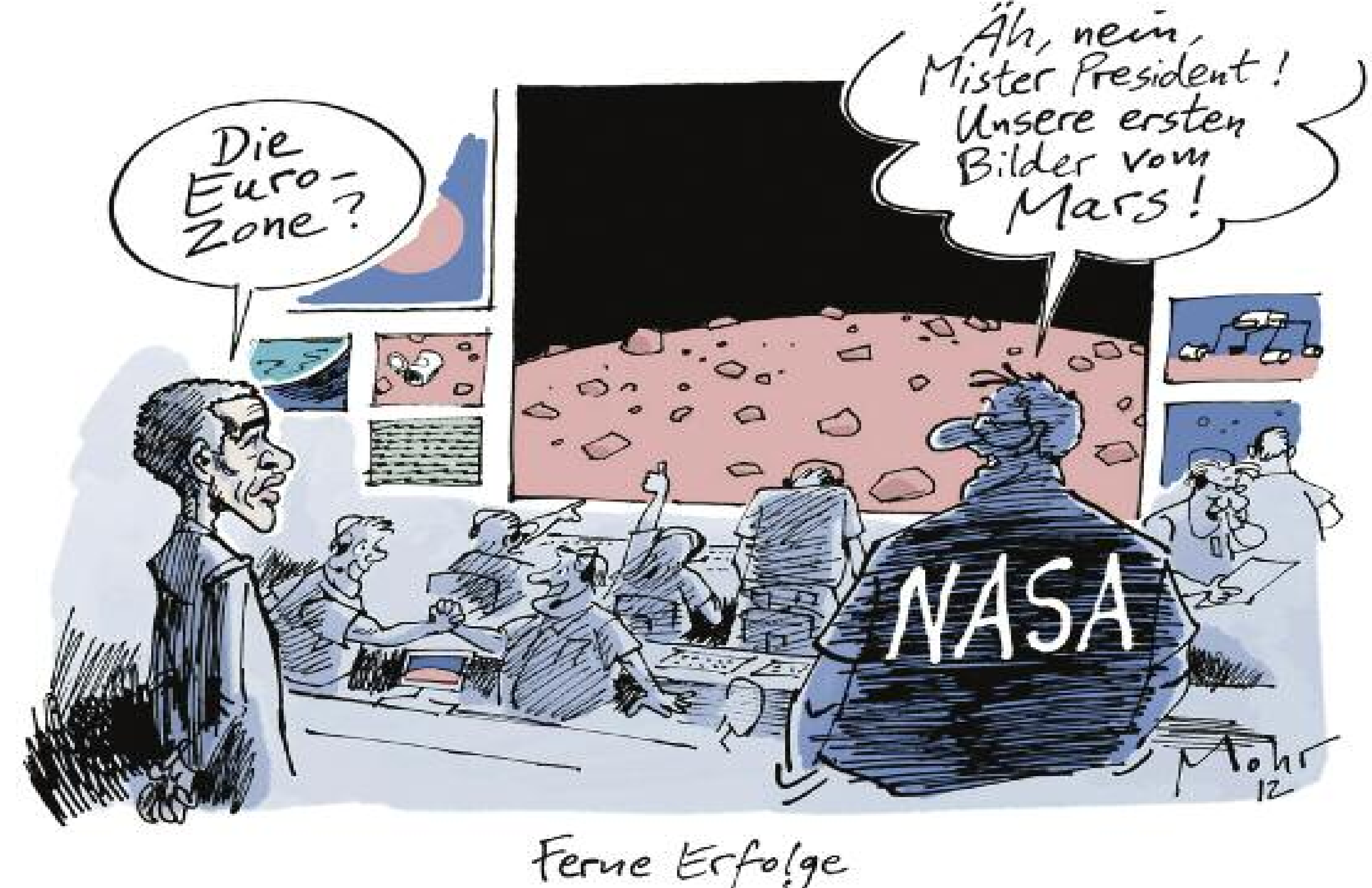
Für den britischen EU-Parlamentarier **Nigel Farage** Bestätigung seiner jahrelangen Politik gegenüber der EU und der steten Frage nach der Legimation europäischer Spitzenbeamter. Aber er geißelt nicht nur die Demokratiedefizite der EU, sondern stellt auch den ganzen Nutzen der EU in ihrer Funktion, Idee und Arbeitsweise in Frage. Nun darf der 48-Jährige erleben, wie eine immer größere Zahl von Briten seine tiefste Überzeugung teilt.

Schon zu Schulzeiten der Konservativen Partei beigetreten, war die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 der Grund für Nigel Farage, seine Partei zu verlassen und eine eigene Gruppierung zu gründen: die United Kingdom Independence Party, kurz Ukip. Seit 1999 sitzt Farage für seine Partei im Europäischen Parlament und ist seit 2006 Parteivorsitzender.



Sein Politikstil ist nicht von diplomatischen, versöhnlichen Tönen geprägt. Farage ist in seiner Sprache direkt, manchmal laut und oft ist sie durchsetzt von scharfen Zwischentönen. So attestiert er dem EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy das „Charisma eines feuchten Lappens“ und bezeichnet Belgien als „Nicht-Land“.

Durch solche Äußerungen spaltet er die Beobachter. Während die einen ihn als populistischen Polterer und als peinliche Figur abtun, sehen andere ihn als wichtiges Korrektiv innerhalb eines wenig pluralistischen Europäischen Parlaments und als Wahrer britischer Interessen. *S.G.*



Zeichnung: Mohr

Bedenkliche Nähe

Warum wir die Geschichte vergessen müssen, was uns der »Fall Drygalla« alles zeigt, und was man in Erfurt noch alles drauf hat / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es heißt ja, nur wer sich täglich die Geschichte präsent hält, ist gefeit davor, die Verfehlungen der Vergangenheit zu wiederholen. Mag sein. Aber irgendwann muss man auch vergessen können. Wie wollen wir unbeschwert die Gegenwart meistern und die Zukunft gestalten, wenn uns ständig die „Geschichte“ im Wege steht?

Zum Glück ist das mit dem Vergessen schon viel weiter vorangekommen, als wir hoffen mochten, wie der „Fall Drygalla“ zeigt. Stellen Sie sich vor, die Deutschen wüssten noch, welch bedrückende Rolle politischer Bekenntniszwang, Sippenhaft und Denunziation in der Geschichte gespielt haben? Dann würden sie sich derlei Zumutungen mit aller Macht verbitten. Mit schrecklichen Folgen: Denn ohne Sippenhaft, Bekenntniszwang und Denunziation wäre der Instrumentenkasten der politisch korrekten Inquisition praktisch leer!

Wie hätte beispielsweise Nadja Drygalla selbst auf die Attacken reagiert, wenn man ihr in der Schule etwas über die Methoden totalitärer Systeme erzählt und ihr verraten hätte, was rechtsstaatliche von totalitärer Gesinnung unterscheidet? Die 23-Jährige wäre ihren Funktionären an die Gurgel gesprungen und hätte ihnen öffentlich die Leviten gelesen, dass es kracht.

Zu unser aller Erleichterung verschonte die Schule die junge Ruderin mit solch vergiftetem Wissen, weshalb sie ganz brav zu Kreuze kroch. Befriedigt teilte der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Michael Vesper, den Medien mit, er und ein weiterer hoher Funktionär hätten „ein ausführliches und intensives Gespräch mit unserem Mannschaftsmitglied geführt. Frau Drygalla hat am Ende unseres Gesprächs (sprich: ihrer Kräfte) erklärt, dass sie das Olympische Dorf verlassen wird ... Der Deutsche Ruderverband begrüßt diese Entscheidung.“ In dem Gespräch habe Drygalla bekräftigt, „dass sie sich zu den Werten der Olympischen Charta und den in der Präambel der DOSB-Satzung niedergelegten Grundsätzen bekennt“. Wunderbar! Das liest sich wie das Protokoll eines erfolgreichen Ermahnungsgesprächs in der Stasi-Akte eines politisch verdächtigen Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Sündenregister der Bürgerin Drygalla ist lang. Sie stand im Verdacht, mit rechtsextremem Gedankengut zu sympathisieren, weil sie mit einem Freund sympathisiert, der mit solchem Gedankengut sympathisierte. Zudem will eine große deutsche Tageszeitung gehört haben, dass D. „rechtspopulistische Internetseiten“ angeguckt haben soll. Welche das waren, erfahren wir leider nicht. Wir tippen auf die Seite von Markus Söder; der CSU-Politiker hat bekanntlich Hellas auf das Allerrechtspopulistischste zum Austritt aus dem Euro ermuntert.

> D. hat auch »rechtspopulistische Internetseiten« angeguckt? – etwa die von Markus Söder?

Das ist noch nicht alles: Ihr Freund soll mit D.s Auto zu einer rechtsextremen Veranstaltung gefahren sein. D. behauptet, nicht da gewesen zu sein und nichts davon gewusst zu haben. Der Wagen schweigt zu den Vorwürfen.

In Rostock oder woanders geht angeblich das Gerücht um, dass D. in der Straßenbahn nur zwei Bänke entfernt von jemandem gesessen haben soll, der das neue Buch von Thilo Sarrazin gelesen haben soll. Oder irgendein anderes Druckerzeugnis. Jedenfalls konnte auch hier der Anfangsverdacht der „bedenklichen Nähe“ zu rechtspopulistischem Gedankengut (oder irgendwas anderem) nicht völlig ausgeräumt werden.

Weiter soll aus dem privaten Umfeld der D. durchgesickert sein, dass sie ihren 18. Geburtstag besonders ausgiebig gefeiert haben soll. Die Ziffern eins und acht stehen bei Rechtsextremen für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet: A und H, Adolf Hitler! Noch Fragen? Freunde der D. sollen eingewendet habe, sie hätte sich damals nur so sehr über ihre Volljährigkeit gefreut. Daher die große Party. Ja, ja, halten die uns für blöde? Solche Ausreden können wir in Zeiten erhöhter Wachsamkeit gegen Rechts natürlich nicht akzeptieren.

Daher wird sich der Sportausschuss des Bundestages „aufgrund des aktuellen Falls Drygalla“ („Welt“) auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 12. September mit der „schleichenden Infiltration“ von Spitzensportlern befassen. Das Vorhaben eines „Gütesiegels“ für vorbildlich gegen Rechts agierende Sportvereine soll dann endlich konkretisiert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, mehr Geld für die Erforschung und Bekämpfung politischer Auffälligkeiten in den Sportvereinen bereitzustellen. Dem wird sich nach dem „aktuellen Fall Drygalla“ niemand mehr verschließen. (Übrigens: Die magere Medaillenausbeute der Deutschen in London wird auch darauf zurückgeführt, dass deutsche Spitzensportler zu den am schlechtesten bezahlten Spitzenathleten der entwickelten Welt zählen. Das aber nur am Rande.)

Wir dürfen jetzt nicht mehr fackeln. Die Stadt Erfurt geht die Gefahr von Rechts daher mit ganzer Härte an: Personen, die „neonazistischen Organisationen angehören oder der extremen rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch antisemitische, rassistische, menschenverachtende oder nationalistische Äußerungen in Erscheinung getreten sind“, wird der Zutritt zu Museen, Ausstellungen und anderen öffentlichen Kultureinrichtungen generell verwehrt.

Doch was genau ist „antisemitisch“? Die Linkspartei muss sich dauernd mit dem Vorwurf des Antisemitismus herumschlagen, weil sie mit Israel partout nicht warm wird. Und sind Berliner Punks nicht rassistisch, wenn sie gegen Neuberliner aus Schwaben wettern? Ist Sahra Wagenknecht eine „Nationalistin“, weil sie gegen das „internationale Bankenkartell“ wettert?

Müssen die also künftig alle damit rechnen, aus dem Museum oder von einem städtischen „Kultur-Event“ zu fliegen? Ach was! Das Nützliche an solchen Gummiregeln ist ja, dass man sie frei nach Belieben auslegen, also nach Gusto einsetzen und wieder aussetzen kann. Wer echte Willkür will, der macht es exakt so. Beachtlich, was Erfurts Stadtväter nach fast 23 Jahren Pause alles noch drauf haben!

Was "menschenverachtend" ist, das wissen wir indes ganz genau: der Kapitalismus. Den haben nämlich die Reichen gemacht, weil sie die Armen verachten, also uns. Deshalb kommt uns die Aktion von Verdi, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und Attac gerade recht: „Umfairteilen“ heißt sie, eine Komposition aus "Umverteilen" und dem englischen Wörtchen „fair“. Witzig. Witzig war auch die Auftaktkundgebung: Da räkelte sich ein „Reicher“ in einer lustig-bunten Frack-Persiflage und Entenfüßen auf einem Haufen von Geldsäcken wie eine Hure beim Freier-Angraben. So schön deftig werden Feindbilder nur in den interessanteren Phasen der Geschichte inszeniert.

Die Initiatorin, Jutta Sundermann von Attac, erklärt, warum sie ans Geld der deutschen Reichen will: „In ganz Europa erleben wir derzeit eine brutale Kürzungspolitik, die zu gravierenden sozialen Verwerfungen führt und den gesellschaftlichen Frieden gefährdet.“

In „ganz Europa“? In Deutschland ist von sozialen Unruhen im Moment nicht viel zu spüren, die Krankenkassen schwimmen in Rücklagen, die Arbeitslosigkeit ist so gering wie seit 20 Jahren nicht und die Gehälter sind zuletzt (real) wenigstens stabil geblieben. Die „Verwerfungen“ sehen wir derzeit allein in Spanien, Griechenland und so weiter.

Aha: Sundermann spricht also nur zur Hälfte von Deutschland, nämlich an der Stelle, wo es ums Zahlen geht. Ausgegeben werden soll das Geld ganz woanders, da, wo die "Verwerfungen" sind, weil man jahrelang über seine Verhältnisse gelebt und schmerzhafte Reformen wie "Hartz" lieber den Deutschen überlassen hat. Macht nichts: In Athen stehen gewiss schon die Abgreifer bereit, um das deutsche "Reichengeld" ganz „fair“ auf dem Markt für Londoner Luxusimmobilien umzuverteilen.

MEINUNGEN

***Birgit Kelle**, Vorstandsmitglied beim europäischen Frauen-Dachverband „New Women for Europe“, kritisiert im „Focus“ vom 6. August die **verlogene „Gleichstellungspolitik“**:*

„Die aktuelle Frauenquoten-Debatte zeigt, dass nicht wenige bereit sind, eine ganze Generation junger Männer in Sippenhaft zu nehmen für 2000 Jahre Unterdrückung. Offen wird dabei von ‚positiver Diskriminierung‘ der Männer gesprochen. Ist das so etwas wie ‚positive Folter‘?“

***Ron Paul**, republikanischer US-Abgeordneter, der sich mehrfach um die Präsidentschaftskandidatur bewarb, erklärt im „Handelsblatt“ vom 2. August, wie er den **Euro einschätzt**:*

„Ich hätte den Euro gar nicht erst eingeführt. Geld muss durch etwas mit Wert gedeckt sein, Gold, Silber oder einen Rohstoff, den alle als wertvoll akzeptieren. Alles andere funktioniert auf Dauer nicht. Vor allem dann nicht, wenn einem eine Währung politisch aufgezwungen wird.“

***Peter Ehrlich**, Leiter des Büros der „Financial Times Deutschland“ in Brüssel, erklärte am 2. August die Interessenlage der **Europäischen Zentralbank**:*

„Die EZB würde wirklich alles tun für den Euro, auch hart am Rande der Legalität, wäre sie ohne Euro doch überflüssig. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Preisstabilität in der Euro-Zone zu verteidigen, aber nur eine vorhandene Sache kann auch stabil sein.“

Astronomisches

Jahrzehnte schon macht Mars mobil
– so richtig martialisch –
hingegen ist in Zweck und Ziel
das Mars-Mobil, wie's heißt, zivil,
auf Deutsch gesagt, moralisch.

Moral fällt ohnehin nicht schwer
am Mars, dem kahlen, nackten,
und weich gefedert forscht daher
– ganz unbehindert von Verkehr –
das Ding nach harten Fakten.

Wenn's Staub aufwirbelt,
stört das nicht
– wen soll's auch irritieren? –
und Spuren lassen
ist gar Pflicht,
in Klartext nämlich nennt
man's schlicht,
am Mars Revier markieren!

Es sagte ja schon Bush, der Sohn
und Überzeugungstäter:
Das Ziel der großen Nation
sei die bemannte Station –
als Garnison dann später?

Noch kurz zurück
zum Mars-Gefährt,
das manche teuer finden –
doch ist das, wie
Erfahrung lehrt,
vergleichend locker
aufgeklärt,
und Skepsis wird verschwinden:

Denn dass die Summen
höchst profan
sechs Tagen nur entsprechen
der Kosten in
Afghanistan,
das muss effektvoll
und spontan
wohl jedermann bestechen!

Pannonicus